

# Bayern – sozial und solidarisch

Wahlprogramm zur  
Bayerischen Landtagswahl 2013

**DIE LINKE.**

# Inhalt

<b>Warum DIE LINKE wählen? .....</b>	<b>4</b>	Medienvielfalt statt kommerzieller Verflachung .....	36
Eine andere Politik ist finanzierbar ..	6	<b>Demokratie statt Repression und Obrigkeitsstaat .....</b>	<b>37</b>
<b>Für gute Arbeit und soziale Gerechtigkeit: Eine starke LINKE verändert Bayern! .....</b>	<b>8</b>	Mehr Mitsprache in einem demokratischen Bayern ermöglichen .....	38
Soziale Sicherheit ist Menschenrecht .....	9	Für Chancengleichheit und Geschlechtergerechtigkeit ...	38
Gleichstellung von Frauen und Männern in der Wirtschafts- und Arbeitswelt .....	10	Öffentliche Verwaltung demokratisieren .....	39
Sinnvolle Arbeit für alle organisieren .....	11	Für die innere Sicherheit dürfen keine Freiheitsrechte geopfert werden .....	40
Vereinbarkeit von Familie, Beruf und gesellschaftlichem Engagement verbessern .....	14	Versammlungsfreiheit verteidigen .....	41
Öffentliche Daseinsvorsorge ausbauen statt privatisieren .....	14	Drogenpolitik – Hilfe statt Repression .....	42
Mehr soziale Unterstützung schaffen .....	16	Datenschutz ernst nehmen – Nein zum »gläsernen Menschen« .....	42
Gute Gesundheitsversorgung für alle in Bayern! .....	18	Religionsfreiheit, Trennung von Kirche und Staat, Gewissensfreiheit, Recht auf Kriegsdienstverweigerung ....	43
Selbstbestimmung und Teilhabe für Menschen mit Behinderung ....	20	Gewalt gegen Frauen bekämpfen .....	44
Für ein modernes Schutz- und Hilfegesetz für psychisch kranke Menschen (PsychKG) .....	21	Flüchtlinge brauchen Schutz – Asylrecht ausbauen .....	45
Selbstbestimmtes Leben im Alter .....	21	Migrations- und Integrationspolitik zukunftsfähig gestalten .....	46
Pflegenotstand verhindern .....	22	Faschismus und Nationalismus bekämpfen .....	48
<b>Wohnen ist Grundbedürfnis und Menschenrecht .....</b>	<b>23</b>	<b>Ein anderes Bayern: Kooperativ und solidarisch ....</b>	<b>49</b>
<b>Bildung für alle statt sozialer Auslese .....</b>	<b>25</b>	Bayern kann es nicht alleine! .....	50
Eine Schule für alle .....	27	Ballung und Schrumpfung – zwei alarmierende Entwicklungen .....	51
Berufliche Bildung verbessern ....	29	Greater Munich (»Groß-München«) – eine gescheiterte Strategie .....	52
Für eine demokratische Hochschule .....	30		
Erwachsenenbildung fördern – Weiterbildung ausbauen .....	32		
Elementarbildung, Jugendhilfe und Sozialarbeit .....	33		
Freiheit für Kunst und Kultur .....	35		

Wir wollen ein anderes Bayern: Kooperativ und solidarisch .....	53	Natur und Landschaften schützen .....	65
Nachhaltige Entwicklung braucht demokratische Verfahren .....	54	Flüsse müssen frei fließen .....	67
Bestandteile linker Struktur- und Regionalpolitik .....	54	Für einen ökologisch orientierten Landbau .....	68
<b>Für den Frieden – gegen Auslandseinsätze der Bundeswehr und die weitere Militarisierung Bayerns .....</b>	<b>56</b>	Bayerns Äcker ohne Gentechnik, keine Patente auf Leben .....	68
<b>Für ein lebenswertes Bayern ..</b>	<b>58</b>	Wenn die Biene stirbt, stirbt auch der Mensch .....	69
Klima schützen, Energie umbauen – sozial und ökologisch ..	59	Rohstoffe erhalten und wiederaufarbeiten .....	70
Mobilität ja, aber nicht auf Kosten von Umwelt und Gesundheit .....	63	Wasser ist keine Ware .....	71
		Bayerns Wälder: Kulturgüter, Naherholungsgebiete und Wirtschaftsfaktoren .....	71
		Tierschutz: Ein Gebot der Menschlichkeit .....	72

# Warum DIE LINKE wählen?

Bayern ist ein schönes und ein reiches Land. Aber auch die wachsende Kluft zwischen Reich und Arm, zwischen boomenden und zurückbleibenden Regionen, Ausgrenzung und Diskriminierung sind Realität in Bayern.

Mit dieser Kluft wachsen die Ungleichheit der Lebenschancen und die soziale Ungerechtigkeit. Die Politik hat die Aufgabe, auch gegen die Marktgesetze diese Kluft zu verringern und für einen Ausgleich zu sorgen, sowohl zwischen Reich und Arm als auch für einen Ausgleich der Lebensbedingungen zwischen den Regionen. Das hat Verfassungsrang.

Die schwarz-gelbe Staatsregierung hat das nicht erreicht, denn sie ist weiterhin in einer neoliberalen Marktgläubigkeit gefangen. Und die im Landtag vertretene Opposition hat in diese Richtung nichts bewirkt. Im Gegenteil: Auf der Bundesebene haben SPD und Grüne mit der »Agenda 2010-Politik« unter Kanzler Schröder einen ganz entscheidenden Anteil an der Verbreiterung dieser sozialen Kluft.

DIE LINKE steht für eine solidarische Gesellschaft und will Ungleichheit in allen Lebensbereichen bekämpfen. Die guten Normen der Bayerischen Landesverfassung geben uns dabei Orientierung.

Zu den wichtigsten Feldern der Landespolitik gehört die Bildung. Nirgends ist das Bildungssystem sozial selektiver als in Bayern. Dem setzt DIE LINKE die Forderung nach kostenfreier Bildung für alle und nach einer Schule für alle entgegen:

Bildungsprivilegien, Gebühren für den Besuch von Bildungseinrichtungen und soziale Selektion sind von vorgestern. Inklusion, kleinere Klassen, mehr und besser ausgebildete Lehrerinnen und Lehrer und Gebührenfreiheit von Bildung sind das Gebot der Stunde.

Die Regional- und Strukturpolitik der Bayerischen Staatsregierung ist einseitig auf die Ballungsräume und deren »Weltmarktbedeutung« ausgerichtet. Der Versuch, über die Landesbank zum Finanzplatz für den Alpen- und Adriaraum zu werden, hat Milliarden verschlungen und ist gescheitert. Die Weltmetropole »Greater Munich« ist ein Wahngelbilde geblieben. Es bleibt die Notwendigkeit, Bayern und seine Regionen im Gleichgewicht zu halten und an einem guten Verhältnis zu den Nachbarn zu arbeiten. DIE LINKE will gleichwertige Lebensbedingungen in ganz Bayern. Hierzu ist nicht nur die Verteilung von Fördermitteln zu überprüfen und zu korrigieren. Es geht auch darum, bornierte Politik aufzugeben: So darf das Verhältnis zur Tschechischen Republik nicht länger aus dem Denken eines »Schirmherrn der Sudetendeutschen« heraus bestimmt werden. Das schafft neue Grenzzäune statt Verbindungsräume und bremst Entwicklungschancen in diesen Regionen.

Durch die »Förderung« der Ballungsräume wurde die Wohnungsnot verstärkt und die Mieten in die Höhe getrieben, während in den Randgebieten Arbeitsplätze fehlen und Wohnraum leer steht. Neben einer ausgleichenden Strukturpolitik brauchen wir sofort Maßnahmen zur Förderung des

sozialen Wohnungsbaus. Luxussanierungen müssen eingeschränkt und Mieten verbindlich begrenzt werden. Wir wollen verhindern, dass öffentlicher Wohnungsbestand privatisiert wird – wie bei der GBW-AG geschehen.

Für DIE LINKE sind Ökologie, Natur- und Umweltschutz unverzichtbarer Teil einer sozialen und solidarischen Gesellschaft. Hierzu zählen eine Energiewende in Richtung erneuerbarer Energie, der Ausstieg aus oder der Verzicht auf Hochrisikotechnologien (Atomenergie, Fracking, CCS-Verpressung), der Verzicht auf unsinnige und naturzerstörende Verkehrsprojekte und die drastische Reduzierung der Treibhausgasemissionen. Wir stehen für eine Energiewende, die nicht mit höheren Gebühren auf Kosten der Nutzerinnen und Nutzer erkaufte wird, sondern die demokratisch und sozial ist. In der die Energie-Produktion öffentlich und kommunal organisiert und die Preise sozial gestaffelt sind. Die Versorgung mit Strom und Wasser ist ein Grundrecht.

Die Innenpolitik der Bayerischen Staatsregierung steht in der Tradition von Obrigkeitsstaat und Repression und nicht in der demokratischen Tradition der Räterepublik: Dies zeigt sich darin, dass Bürgerinnen und Bürger gegängelt und bespitzt werden, demokratische Rechte wie die Versammlungsfreiheit eingeschränkt werden, an einer repressiven Drogenpolitik, einer menschenverachtenden Flüchtlingspolitik und einer bornierten Gleichsetzung von rechts und links, die neonazistische Organisationen und Aktionen systematisch verharmlost und soziales und antifaschistisches Engagement diffamiert. Stattdessen müssen demokratische

Rechte gestärkt und zivilgesellschaftliches Engagement ermutigt werden.

Die Situation in den Krankenhäusern und Pflegeheimen in Bayern ist für Ärztinnen und Ärzte und besonders für das Pflegepersonal unzumutbar. Dies führt zu Zuständen, die für Patientinnen und Patienten gesundheits- oder gar lebensbedrohlich sind. Jedes dritte Krankenhaus schreibt rote Zahlen. Viele Einrichtungen reagieren auf den Kostendruck mit Personalabbau und Arbeitsverdichtung. Bayern finanziert die Investition in und Planung von Krankenhäusern nicht ausreichend, obwohl er dazu verpflichtet wäre. Die Folgen sind weiterer Kostendruck, Outsourcing von Servicebereichen, Schließungen und Verkauf an private Klinikkonzerne. Das gefährdet auf Dauer die Gesundheitsversorgung vor allem im ländlichen Raum. Hier muss im Land und in den Regierungsbezirken energisch umgesteuert werden. Die Krankenhausfinanzierung nach Fallpauschalen muss auf den Prüfstand. Die Einführung von Fallpauschalen in psychiatrischen Einrichtungen ist falsch und muss rückgängig gemacht werden.

Die in Bayern nötigen Veränderungen werden sich nicht aus den Parteien heraus ergeben, die sich in unrealistischen und veralteten Strategien festgefahren haben. Sie werden im Dialog und in der Zusammenarbeit mit den politischen und sozialen Bewegungen entstehen. Informationsrechte und Rechte auf unmittelbare demokratische Mitwirkung sind dabei machtvolle Hebel, politische Veränderungen herbeizuführen.

DIE LINKE ist in der Bundespolitik, in den Gemeinden und den Bezirkstagen

Bayerns ein zuverlässiger Partner für alle, die sich für soziale Gerechtigkeit, Selbstbestimmung und Frieden einsetzen. Wir werden das auch in der Landespolitik sein. DIE LINKE. Bayern steht für einen politischen Kurswechsel in Bayern. Linke Politik ist mehr als Repräsentation, mediale Inszenierung und ein paar prominente Köpfe in Talkshows. Für eine starke LINKE und ein soziales Bayern benötigen wir das Engagement der vielen. Für einen tatsächlichen gesellschaftlichen Wandel den Widerstand auf der Straße. Ein Kreuz an der richtigen Stelle ist hilfreich, reicht aber allein nicht aus. Deshalb ist der wichtigste Programmpunkt: Mehr werden – in der Partei, aber auch bei Protesten auf der Straße und bei Streiks in den Betrieben und Verwaltungen. Eine neue Politik ist nicht nur nötig, sondern dann auch möglich.

### ***Mit der LINKEN für eine andere Politik in Bayern!***

### **Eine andere Politik ist finanzierbar**

Wir werden immer wieder gefragt, wie unsere Politik zu finanzieren ist. Seit nunmehr 30 Jahren betreiben SPD und CDU/CSU zusammen mit FDP und GRÜNEN dieselbe Politik: Nehmt es von den geringen und mittleren Einkommen und schont die Reichen! Bei der Effektivbesteuerung nimmt Deutschland einen der hinteren Ränge in der EU ein.

Im Artikel 123 der Bayerischen Verfassung heißt es unter dem Titel »Angemessene Besteuerung«:

»(1) Alle sind im Verhältnis ihres Einkommens und Vermögens und

unter Berücksichtigung ihrer Unterhaltungspflicht zu den öffentlichen Lasten heranzuziehen.

(2) Verbrauchssteuern und Besitzsteuern müssen zueinander in einem angemessenen Verhältnis stehen.

(3) Die Erbschaftsteuer dient auch dem Zwecke, die Ansammlung von Riesenvermögen in den Händen einzelner zu verhindern. Sie ist nach dem Verwandtschaftsverhältnis zu staffeln.«

CSU, FDP, SPD und Grüne haben in den letzten Jahren im Bund und in Bayern massiv gegen diesen Artikel der Bayerischen Verfassung verstoßen: Die Vermögenssteuer wurde abgeschafft, Spitzensätze bei der Einkommensteuer massiv gesenkt, Kapitalerträge werden nur noch mit maximal 27 Prozent (inklusive Soli) besteuert. Die Erbschaftsteuer, deren Aufkommen den Ländern zusteht, wurde massiv gesenkt und zahlreiche Steuerbefreiungen eingeführt. Im Gegenzug wurden die Mehrwertsteuer und zahlreiche andere Verbrauchsteuern massiv erhöht.

Das führt dazu, dass bei den zehn Prozent mit dem höchsten Einkommen privater Reichtum überdurchschnittlich angewachsen ist, während bei dem überwiegenden Teil der Bevölkerung das Einkommen gesunken ist. Gerade auch die öffentliche Armut hat zugenommen – vor allem in den Kommunen. Aber nur die Reichen können sich einen armen Staat leisten. Die Armen, aber auch die Normalverdiener sind auf eine handlungsfähige öffentliche Daseinsvorsorge angewiesen.

Eine »Schuldenbremse« in der Bayerischen Verfassung lehnen wir ab. Durch sie wird nicht die falsche Steuerpolitik korrigiert, sondern der Abbau öffentlicher Leistungen im Land und den Kommunen legitimiert.

Die Bundestagsfraktion der LINKEN hat ein Steuerkonzept vorgelegt, das per Saldo zu 180 Milliarden Euro Mehreinnahmen führen würde ([www.linksfraktion.de/folder/steuergerechtigkeit-noetig-moeglich/](http://www.linksfraktion.de/folder/steuergerechtigkeit-noetig-moeglich/)). Die wesentlichen Elemente sind:

- Die Vermögensteuer wird in Form der Millionärssteuer wieder eingeführt.
- Mit einer Reform der Steuersätze und der Steuerbefreiungen wollen wir die Einnahmen aus der Erbschaftsteuer deutlich erhöhen.
- Steuergeschenke für Unternehmen werden zurückgenommen. Wichtigste Maßnahme ist die Anhebung des Körperschaftsteuersatzes von heute 15 auf 25 Prozent.
- Die Gemeindegewerbesteuer ersetzt die bisherige Gewerbesteuer. Durch Verbreiterung der Bemessungsgrundlage, unter anderem durch Einbeziehung der Selbständigen, kann sie bis zu 14 Milliarden Euro Mehreinnahmen für die Kommunen herbeiführen.
- Durch eine Finanztransaktionsteuer, eine Bankenabgabe nach US-amerikanischen Vorbild sowie einer Boni-Steuer werden die Verantwortlichen für die Krise in die Pflicht genommen.
- Der ermäßigte Mehrwertsteuersatz ist auf Produkte und Dienstleistun-

gen für Kinder, apothekenpflichtige Arzneimittel, arbeitsintensive Handwerksdienstleistungen sowie für den Schienenpersonenfernverkehr einzuführen. Demgegenüber ist der ermäßigte Mehrwertsteuersatz für die Hotellerie zurückzunehmen. Die Mindereinnahmen werden verringert durch die Einführung von Kerosin- und Schiffsbenzinsteuer.

■ Insgesamt bleibt das Aufkommen aus der Einkommensteuer gleich. Allerdings wird die Steuerlast von unten nach oben verschoben: Wer weniger als 5850 Euro pro Monat zu versteuern hat, wird entlastet. Wer mehr zu versteuern hat, wird belastet. Erreicht wird dies durch die Anhebung des Grundfreibetrags von 8004 auf 9300 Euro und die Begradigung des Tarifverlaufs. Im Gegenzug wird der Spitzensteuersatz ab einem zu versteuernden Jahreseinkommen in Höhe von 65 000 Euro wieder auf 53 Prozent angehoben.

Bayern hat die bundesweit geringste Zahl an Betriebsprüfungen – die Bayerische Staatsregierung nennt das sogar einen positiven Standortfaktor im globalen Wettbewerb. Durch eine bessere personelle und finanzielle Ausstattung der Finanzbehörden könnten Steuerhinterziehungen effektiver aufgedeckt und verfolgt sowie intensivere Betriebsprüfungen bei Großunternehmen und Banken durchgeführt werden. Derzeit erbringt jede/r zusätzliche Betriebsprüfer/in ca. eine Millionen Euro mehr an Steuereinnahmen.

***Eine andere Politik ist finanzierbar!***

# Für gute Arbeit und soziale Gerechtigkeit: Eine starke LINKE verändert Bayern!

Die Zahlen der wirtschaftlichen Entwicklung Bayerns erscheinen auf den ersten Blick beeindruckend: Mit einem Zuwachs des Brutto-sozialprodukts um 4,2 Prozent in 2010 und 2,7 Prozent in 2011 jeweils gegenüber den Vorjahren konnten die Kriseneinbrüche von 2008 und 2009 ausgeglichen werden. Aber schon für 2012 weisen die Konjunkturdaten erheblich niedrigere Zuwachsraten auf und für 2013 wird Stagnation oder sogar Rückgang der wirtschaftlichen Entwicklung prognostiziert. Auch wenn die Exportquote im Mai 2012 nur geringfügig kleiner war als in 2011 sind auch hier die Perspektiven trübe. Der zentrale Punkt ist allerdings, dass Wachstum nicht nach sozialen und ökologischen Gesichtspunkten bewertet sowie die Folgen von Produktionsweisen und hergestellten Produkten nicht abgeschätzt werden.

Die Arbeitslosigkeit bewegte sich 2012 offiziell auf einem niedrigen Niveau: So waren im September 2012 offiziell rund 238 000 Personen als arbeitslos registriert. Rechnet man aber die nicht in der Statistik erfassten Erwerbslosen ehrlich hinzu, erhöht sich die Zahl auf rund 308 000. Das entspricht einer Erwerbslosenquote von 4,45 Prozent. Vor diesem Hintergrund von Vollbeschäftigung zu reden, wie es die schwarz-gelbe Staatsregierung tut, ist bloße Schönfärberei.

Die gesellschaftliche Spaltung schreitet auch in diesem reichen Bayern voran: Auf der einen Seite haben wir die Erwerbstätigen und

prekär Beschäftigten mit ihren Familien, die von ihrer Arbeit kaum leben können, die Erwerbslosen, Rentnerinnen und Rentner und Armen. Bei ihnen kommt wenig bis überhaupt nichts vom beschriebenen Wirtschaftswachstum an. Auf der anderen Seite nimmt der Reichtum der Unternehmen, Vermögenden und Aktionärinnen und Aktionären zu. Die Umverteilung von unten nach oben findet überall in Deutschland statt, auch in Bayern:

Ende 2011 gab es in Bayern rund 125 000 Leiharbeitende, 120 000 geringfügig Beschäftigte, 929 000 oft unfreiwillig Teilzeitbeschäftigte und fast 83 000 Hartz-IV-Aufstockende. 58,5 Prozent der Familien in Paarhaushalten in Bayern sind von Armut gefährdet, wenn die Hauptverdienenden erwerbslos werden. 72,3 Prozent der erwerbslosen Alleinerziehenden sind von Armut gefährdet. Rund 53 000 Alleinerziehende bezogen zum Jahresende 2011 Hartz IV. Und in keinem Bundesland sind die Nettokaltmieten zwischen 2005 und 2011 so stark gestiegen wie in Bayern: plus 10,5 Prozent (Bund: plus 7,1 Prozent), durchschnittlich, d.h. in den Ballungsräumen ist der Anstieg wesentlich höher.

Auch die Regionen sind in arm und reich gespalten. Während sich der Großraum München, Ingolstadt, der Großraum Regensburg und die Region Nürnberg zu Wachstumsregionen entwickelt haben, sind Regionen wie der fränkische Nordosten Bayerns



und der Bayerische Wald zunehmend abgehängt.

Mit Ausbruch der Finanzmarktkrise wurden auch bei der Bayerischen Landesbank die Milliardenverluste offensichtlich, die durch Spekulation mit dubiosen Finanzprodukten entstanden sind. Hinzu kamen mehrere Milliarden Verluste durch die Rückabwicklung des Kaufs der österreichischen Hypo Alpe-Adria-Bank. Verantwortlich dafür war die damalige CSU-Staatsregierung, zahlen sollen die Menschen in Bayern, u. a. die Mieter der GBW-Wohnungsgesellschaft: Beim Verkauf der GBW-AG an private Investoren drohen Mieterhöhungen von bis zu 20 Prozent. Mit dem Fiskalpakt – dem bis auf DIE LINKE alle im Bundestag vertretenen Parteien zugestimmt haben – und der dort verankerten Schuldenbremse wird alles noch schlimmer: Verschärfter Abbau von Sozialleistungen und Personalabbau sowohl in den Kommunen als auch in den Ländern und im Bund.

Die Staatsregierung unterwirft jedes Politikfeld dem neoliberalen Leitbild der Standortstärkung im globalen Wettbewerb: Bildung, Kultur, Verkehr, Energie, Forschung, Gesundheit, Wohnen sowie die Entwicklung des ländlichen Raums, der Regionen und der Städte. Die Bedürfnisse der Menschen und ihre berechtigten Lebensinteressen werden dem untergeordnet. Sozialpolitik wird ausschließlich als von der Wirtschaftspolitik abhängige Variable betrachtet. Diese Haltung ist weder mit dem Sozialstaatsgebot des Grundgesetzes noch mit der Bayerischen Verfassung zu vereinbaren. Sozialleistungen sind keine Brotkrumen, die vom Tisch der Reichen fallen. Sie sind keine Almosen sondern Rechtsansprüche.

## **Soziale Sicherheit ist Menschenrecht**

DIE LINKE streitet für eine Gesellschaft, die allen Menschen ein Leben in Freiheit und sozialer Sicherheit ermöglicht. Ohne Existenzsichernde, sinnvolle Arbeit, ohne freien Zugang zu Bildung und Kultur, ohne soziale Absicherung und Gesundheitsleistungen werden Menschen ausgeschlossen und erniedrigt, wird ihre Würde der Wirtschaft geopfert.

Die rot-grüne Agenda-2010-Politik hat den Arbeitsmarkt dereguliert, durch Sozialabbau, Privatisierung, Massenerwerbslosigkeit, unsichere Beschäftigung, stagnierende und sinkende Einkommen sind unsere Sozialsysteme in die Krise geraten. Die positive konjunkturelle Entwicklung sowie die bescheidenen Lohnzuwächse konnten dem nur wenig entgegen wirken. Die Politik der Bundesregierung und der Staatsregierung war ein Totalausfall. Im Artikel 169 der Bayrischen Verfassung heißt es: »Für jeden Berufszweig können Mindestlöhne festgesetzt werden, die dem Arbeitnehmer eine den jeweiligen kulturellen Verhältnissen entsprechende Mindestlebenshaltung für sich und seine Familie ermöglichen.« Statt diesen Verfassungsauftrag endlich umzusetzen, hintertreiben die CSU und vor allem die FDP alle Bemühungen, einen Mindestlohn für ganz Deutschland einzuführen. DIE LINKE fordert einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn von zehn Euro. Die Einkommen von fast acht Millionen Beschäftigten in Deutschland würden direkt und spürbar steigen. Der Mindestlohn muss jährlich ansteigen. Dabei ist mindestens die Produktivitäts- und Preisentwicklung zu berücksichtigen. In den nächsten vier Jahren

ist ein Anstieg des Mindestlohns auf bis zu zwölf Euro die Stunde denkbar.

Schließlich sagen wir immer noch laut und deutlich: Hartz IV muss weg! Stattdessen brauchen wir eine sanktionsfreie Mindestsicherung, die Betroffene gegen Armut absichert und gesellschaftliche Teilhabe garantiert. Kurzfristig müssen die Regelsätze auf 500 Euro erhöht und die Sanktionen abgeschafft werden. Wir wollen ein Konzept einbringen, in dem keine Mindestsicherung mehr unter 1050 Euro liegt.

DIE LINKE setzt sich deshalb für die Erneuerung des Sozialstaats ein. Sie verteidigt gemeinsam mit Gewerkschaften und Sozialverbänden die berechtigten Ansprüche der Bürgerinnen und Bürger auf Existenzsichernde Arbeit, auskömmliche Absicherung bei Erwerbslosigkeit und Erwerbsunfähigkeit, gute Gesundheitsversorgung sowie wirtschaftliche und soziale Sicherheit für ein würdevolles Leben im Alter. Statt weitere Sparpakete zu schnüren und Personalabbau zu betreiben, muss die Einnahmeseite gestärkt werden: Durch Reformen in der Steuerpolitik (Erbschaftssteuer als Ländersteuer, Millionärssteuer, Vermögenssteuer, Finanztransaktionssteuern, Erhöhung des Spitzensteuersatzes, linearer Steuertarifverlauf usw.) sowie durch Reformen bei der Finanzierung der Sozialsysteme (Bürgerinnen- und Bürgerversicherung bei der Gesundheitsversorgung und Erwerbstätigenversicherung in der Rentenversicherung).

Die Löhne in Deutschland sind – erkennbar u. a. an der viel zu niedrigen Lohnquote und den seit zehn Jahren viel zu hohen Leistungsbilanzüber-

schüssen von fünf bis acht Prozent des Bruttosozialprodukts – im Durchschnitt um 15 bis 20 Prozent zu niedrig. Die zu geringe Höhe der Löhne schwächt seit Jahren die Binnennachfrage, stellt eine erhebliche Verletzung der sozialen Gerechtigkeit dar und ist auch volkswirtschaftlich schädlich. Sie ist eine der Ursachen für die sogenannte Eurokrise. DIE LINKE setzt sich deshalb für deutliche Lohnerhöhungen für Niedrig- und Durchschnittsverdiener ein und unterstützt alle Bemühungen, dass deutsche Lohn- und Sozialleistungsniveau innerhalb einer überschaubaren Zeitspanne von zehn bis 15 Jahren entsprechend anzupassen, z. B. durch regelmäßige Lohnerhöhungen, die um 1 bis 1,5 Prozent über der verteilungsneutralen Lohnsteigerungsrate (Inflationsrate plus Produktivitätszuwachs) liegen. Mit der Steigerung des Lohnniveaus soll auch eine Rücknahme aller Kürzungsfaktoren bei der Rente einhergehen.

### **Gleichstellung von Frauen und Männern in der Wirtschaftswelt und Arbeitswelt**

Frauen erhalten immer noch nur rund 75 Prozent der durchschnittlichen Löhne und Gehälter der Männer. Sie arbeiten weit häufiger als Männer unter Niedriglohnbedingungen, oft unfreiwillig in nicht existenzsichernden Teilzeitbeschäftigungen, Minijobs und anderen prekären Arbeitsverhältnissen. Sie arbeiten länger als männliche Berufseinsteiger in schlecht oder gar nicht bezahlten Praktika. Diese strukturelle Benachteiligung der Frauen wollen wir in Bayern systematisch abbauen.

Die Novellierung des *Bayerischen Gesetzes zur Gleichstellung von Frauen und*

*Männern (Bayerisches Gleichstellungsgesetz – BayGIG) ist überfällig. Verbindliche Regelungen zur Besetzung der Führungspositionen in landeseigenen Unternehmen, Anstalten und Stiftungen öffentlichen Rechts, zur Frauenförderung im Zusammenhang mit öffentlicher Vergabe, zur paritätischen Besetzung der Gremien mit Frauen und Männern sind für eine effektive Gleichstellungspolitik erforderlich.*

In der privaten Wirtschaft stoßen Frauen weiter gegen gläserne Decken. Solange es keine verbindlichen Regelungen und gesetzlichen Vorgaben gibt, sind Männer meist nicht bereit, dies zu ändern. Uns geht es darum, auf allen Ebenen – von der Sachbearbeitung bis zur Leitungsfunktion – für Frauen die gleichen Arbeits- und Entwicklungsmöglichkeiten zu schaffen, wie sie für Männer bestehen. Deshalb streiten wir auf Bundesebene für ein Gleichstellungsgesetz auch in der privaten Wirtschaft. Dabei sehen wir eine Quotierung der Vorstände und Aufsichtsräte nur als ersten Schritt an.

### **Sinnvolle Arbeit für alle organisieren**

DIE LINKE in Bayern steht für eine Politik, in der die Interessen der breiten Schichten der Bevölkerung Vorrang haben vor den Profitinteressen weniger. Wir wollen eine wirksame Arbeitsmarktpolitik, die folgende Anforderungen erfüllt:

- Eine Entlohnung, von der man leben kann
- materielle Absicherung, die vor Armut bei Erwerbslosigkeit und im Alter schützt

- aktive und repressionsfreie Unterstützung Erwerbsloser
- Schaffung von Erwerbsperspektiven und gesellschaftlich nützlichen Aufgaben
- Auf- und Ausbau eines Öffentlichen Beschäftigungssektors (ÖBS)
- Ausbau von Qualifizierungsangeboten und eine Qualifizierungsoffensive statt Abbau von Weiterbildungsmaßnahmen
- wesentliche finanzielle Verbesserung des Weiterbildungsbereichs
- ein am gesellschaftlichen Bedarf ausgerichtetes, quantitativ ausreichendes und qualitativ Zukunft sicherndes Ausbildungsangebot

DIE LINKE in Bayern will die Wirtschaft demokratisieren und sozialen Maßstäben unterordnen. Wir treten dafür ein, die alleinige Macht des Kapitals über wirtschaftliche Entscheidungen zu brechen, die abhängig Beschäftigten zu schützen und auf allen wirtschaftlichen Ebenen Mitbestimmungsrechte für sie zu verwirklichen. Deshalb setzen wir uns konsequent für die Stärkung der Handlungsfähigkeit der Gewerkschaften und Betriebs- und Personalrätinnen und Personalräte ein. DIE LINKE steht bei allen Kämpfen gegen Arbeitsplatzabbau, Betriebsverlagerungen, Verbesserung der Arbeitsbedingungen und der Einkommen solidarisch an der Seite der Beschäftigten.

### ***DIE LINKE steht für:***

- einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn von mindestens zehn Euro

- Erhalt und Ausweitung von Flächentarifverträgen
- Beseitigung prekärer Beschäftigung
- Erhalt und Ausweitung öffentlichen Eigentums, um eine gestaltende Wirtschaftspolitik im Interesse des Gemeinwohls zu ermöglichen
- paritätische Mitbestimmung in allen Großunternehmen
- Novellierung des Bayerischen Personalvertretungsgesetzes mit einer deutlichen Ausweitung der Mitbestimmungsmöglichkeiten
- ein Bildungsurlaubsgesetz in Bayern

Die Regierungspolitik in Bayern geht jedoch in die andere Richtung. Die Förderung von sozial und ökologisch verträglichen Zukunftstechnologien bleibt weit hinter den Möglichkeiten zurück. Für Existenzgründerinnen und Existenzgründer sowie dem Mittelstand gibt es keine überzeugenden Konzepte der Staatsregierung. Firmenneugründungen enden deshalb häufig in der Insolvenz. Dagegen werden der Niedriglohsektor und der Bereich sozialversicherungsfreier Beschäftigung ausgeweitet. Bei den großen Firmenpleiten in Bayern (zum Beispiel Quelle oder Schlecker) griff die Staatsregierung nicht ein. Im Fall von Schlecker versagte sie den betroffenen Beschäftigten (vor allem Frauen) aktiv jede Unterstützung. Hier tat sich besonders die bayerische FDP bei der Verhinderung der Organisierung einer Übergangsgesellschaft hervor.

Die Verlängerung der Ladenöffnungszeiten sowie erweiterte Sonn- und Feiertagsöffnungen stehen demnächst erneut zur Diskussion. Die

Staatsregierung nimmt dabei keine Rücksicht auf die in Handel und Dienstleistungsbereich Beschäftigten. Statt die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu fördern, setzt die CSU im Bund eine »Herdrprämie« durch – das widerspricht jedem Ansatz der Gleichberechtigung von Frau und Mann.

Die neoliberale Politik der Staatsregierung hat das Klima in Betrieben und Verwaltungen verschlechtert, zu Konkurrenzkampf statt Kooperation und Einschüchterungen statt selbstbewusstem Engagement geführt. Die Positionen von Betriebs- und Personalräten wurden geschwächt. Die CSU/FDP-Regierung lässt zu, dass Unternehmensleitungen die Wahlen von Betriebsrätinnen und -räten behindern. Sie hat die Arbeitszeiterhöhungen von Beamtinnen und Beamten nur teilweise zurückgenommen. Gleichzeitig ist die Verdichtung der Arbeit weitergegangen, Stellen im Öffentlichen Dienst wurden abgebaut. Psychische und physische Belastungen am Arbeitsplatz nehmen gesundheitsgefährdende Ausmaße an – nicht nur in der Privatwirtschaft sondern auch im bayerischen Öffentlichen Dienst.

### ***DIE LINKE steht für:***

- ein öffentliches Zukunftsinvestitionsprogramm, um öffentliche und soziale Dienstleistungen zu verbessern, öffentlich geförderte Beschäftigungsverhältnisse und neue Arbeitsplätze mit umweltfreundlichen und zukunftsfähigen Investitionen zu schaffen
- den Ausbau der Infrastruktur in Bayern
- eine bessere finanzielle Ausstattung der Kommunen, damit diese im

»Dritten Sektor«, in dem Verbände, Vereine und Genossenschaften soziale, kulturelle und ökologische Aufgaben erfüllen, investieren und Beschäftigung fördern können

■ Neueinstellungen im Öffentlichen Dienst. Vor allem im Bildungs- und Sozialbereich müssen der Arbeitsplatzabbau beendet und mehr Stellen geschaffen werden.

■ eine Initiative für ein wirkliches Tariftreue- und Vergabegesetz

■ die Rücknahme von Entgeltkürzungen, der Streichung von Urlaubs- und Weihnachtsgeld sowie die Angleichung der Arbeitszeit der Beamtinnen und Beamten des Landes an die der Angestellten

■ öffentliche Aufträge nur solchen Unternehmen zu erteilen, die einen Mindestlohn von zehn Euro/Stunde zahlen. Wenn die Tariflöhne höher sind, diese bezahlen, ausbilden, Frauen fördern, das Betriebsverfassungsgesetz und ökologische Standards einhalten

■ zusätzliche Arbeitsplätze durch Verkürzung der Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich

■ Teilzeitarbeit in einem Volumen, das eine eigenständige soziale Sicherung ermöglicht. Jede Arbeitsstunde muss sozialversicherungspflichtig sein.

■ eine Initiative »Gute Arbeit« in Bayern gemeinsam mit Betriebsrätinnen und -räten, Personalrätinnen und -räten und Gewerkschaften, die besonders in Zukunftsbranchen Projekte für optimale Arbeitsbedingungen schafft

■ die Konzentration von Wirtschaftsförderungsmitteln auf mittelständische

Betriebe und Existenzgründerinnen und -gründer, die tarifliche Standards anwenden und Fördermittel zur Sicherung bestehender bzw. Schaffung neuer Arbeitsplätze verwenden

■ die Förderung der Zusammenarbeit kleiner und mittlerer Unternehmen mit Hochschulen und Forschungseinrichtungen

■ Unternehmen, die Arbeitsplätze abbauen und ins Ausland verlegen oder aus steuerlichen Gründen den Firmensitz ins Ausland verlagern, aus den Förderprogrammen des Landes auszuschließen

■ ein generelles Verbot von Massenentlassungen in profitablen Unternehmen und eine Abgabe in Höhe der entstehenden sozialen Folgekosten bei Verlagerung von Betriebsteilen ins Ausland

■ in den Regionen sowie im Land Wirtschafts- und Sozialräte mit Informations-, Initiativ-, Beratungs- und Entscheidungsrechten zu bilden, in denen Gewerkschaften und Unternehmerverbände sowie Sozial-, Umwelt- und Verbraucherverbände vertreten sind

■ ein verbessertes Landesprogramm für erneuerbare Energien und Stoffe zu erarbeiten, das zusätzliche Arbeitsplätze schafft

■ die Gewerbeaufsicht nach jahrelangem Personalabbau wieder personell zu stärken, um den weiter zunehmenden Arbeitsschutzverstößen entgegenzuwirken

■ eine gesetzliche Regelung des Ladenschlusses

■ eine Ladenschlusszeit von 18 Uhr an Samstagen - mit Ausnahme der vier Adventssamstage (20 Uhr)

■ keine Sonderöffnungen an Werktagen (Mo-Sa)

■ für eine Festlegung von maximal zwei sogenannten Marktsonntagen (jeweils fünf Stunden) außerhalb der Adventszeit durch das zuständige Ministerium (Bay. Arbeits-/Sozialministerium)

### **Vereinbarkeit von Familie, Beruf und gesellschaftlichem Engagement verbessern**

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, die Möglichkeit, dass Väter, Mütter und Pflegende einer Berufstätigkeit nachgehen können und ihre Kinder und andere Familienangehörige in dieser Zeit gut betreut, gefördert und versorgt werden, ist wichtig für die Lebensqualität und das Recht, über das eigene Leben bestimmen zu können. Dies ist besonders wichtig, um die Situation für pflegende Angehörige, Studierende und Alleinerziehende zu verbessern.

Erstere ist auch ein Wirtschaftsfaktor, gerade weil viele Unternehmen derzeit händeringend um Fachkräfte werben. Deshalb wollen wir die Unternehmen zur Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf in Verantwortung nehmen. Darum streitet DIE LINKE für den Ausbau betrieblicher Kinderbetreuung, der Möglichkeiten zu Teilzeitstudium und -ausbildung sowie für die Entwicklung von Arbeitszeitmodellen, die sich an den Bedürfnissen der Beschäftigten orientieren.

Das Betreuungsgeld (Herdrprämie) ist ein Rückschritt. Die vorliegende Fas-

sung des Familienpflegezeitgesetzes lehnen wir als völlig unzureichend ab. Die Vereinbarkeit von Familie, Beruf und gesellschaftlichem Engagement erfordert eine grundsätzliche Neuverteilung der gemeinschaftlichen Arbeit.

Eltern sind häufig von der Mitwirkung am politischen Geschehen ausgeschlossen und haben es schwer, gesellschaftliches Engagement zu zeigen, weil die Betreuung der Kinder nicht gewährleistet ist. Es ist daher nötig, die öffentlichen Betreuungsangebote auszuweiten und bezahlbar zu gestalten. Parteien, Organisationen und Verbände werden aufgefordert, Kinderbetreuungsangebote bei eigenen Veranstaltungen, Tagungen und Konferenzen anzubieten.

### **Öffentliche Daseinsvorsorge ausbauen statt privatisieren**

Öffentliche Daseinsvorsorge – Bildung, Gesundheit und Pflege, Betreuung, Kultur, Mobilität, Wohnen, Wasser, Gas und Strom – ist elementarer Bestandteil sozialer Sicherheit und Voraussetzung für die Teilnahme am öffentlichen Geschehen. Deshalb verteidigt DIE LINKE die öffentliche Daseinsvorsorge und tritt für ihre Stärkung und Ausweitung ein. Wir wollen den Verkauf öffentlicher Einrichtungen und des öffentlichen Eigentums an Wohnungen und Versorgungsunternehmen verhindern.

Privatisierungen sind auch ein Verlust von Demokratie. Wenn es immer weniger Bereiche gibt, für die der demokratisch gewählte Landtag oder die Kommunalparlamente Entscheidungs- und Gestaltungskompetenz haben, schwächt das die Demokratie und fördert die Politikverdrossenheit.

Wenn dagegen Schlüsselbereiche wie Gesundheit, Bildung, Sicherheit, Wirtschaftsförderung öffentlich-rechtlich und damit unter dem Einfluss der gesamten Gesellschaft betrieben werden, lohnt sich das Engagement: Die Bevölkerung bzw. die Vertreterinnen und Vertreter gesellschaftlicher Gruppen können über Ziele und Methoden der Einrichtungen mitentscheiden.

Bayern liegt bei der Privatisierung bundesweit an der Spitze. Die Staatsregierung rühmt sich, ihre wirtschafts- und strukturpolitischen Programme durch den Ausverkauf öffentlichen Eigentums mit den so genannten »Privatisierungserlösen« zu finanzieren. Bayern hat – teilweise verfassungswidrig – umfangreiche Beteiligungen verkauft (Zehntausende Wohnungen, Bayernwerk AG, Bayerische Versicherungskammer und andere) und nichts gegen den Verkauf öffentlicher Krankenhäuser der Bezirke, Kreise und Kommunen unternommen.

Bei Verkäufen öffentlicher Gesundheitseinrichtungen sind die Folgen absehbar: Die sozialen Standards der Arbeitsverhältnisse sinken nach Ablauf einer gewissen Schamfrist. Alle wirtschaftlichen Entscheidungen in solchen Einrichtungen folgen zuerst ökonomischen Erwägungen sowie Renditeinteressen und weniger medizinischen Erfordernissen. Die neuen Eigentümer wollen den Kaufpreis durch Verringerung der Personalkosten, durch Arbeitsverdichtung, Arbeitszeitverlängerung, Personaleinsparungen und Auslagerungen von Betriebsteilen schnell wieder hereinholen.

Die bayerische Staatsregierung fördert massiv die »Public-Private-

Partnership« (PPP), eine spezielle Form der Privatisierung. Nach diesem Modell werden im Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge entweder gemischte Eigentumsformen geschaffen oder öffentliche Aufgaben durch private Investoren mit harten Renditeerwartungen finanziert.

Beide Varianten gefährden Arbeitsplätze, verschlechtern Arbeits- und Sozialbedingungen der Beschäftigten und verringern Qualitätsstandards. Vor allem aber kommen PPP-Projekte die Kommunen wesentlich teurer zu stehen, als wenn sie diese Aufgaben selbst erledigen würden. Dies wurde deutlich beim Scheitern der Bertelsmann-Tochter Arvato in Würzburg beim Versuch der Privatisierung kommunaler Aufgaben. Risiken werden auf die Steuerzahler abgewälzt, während sich die privaten Beteiligten langfristig sichere Renditen zuschanzen. Die demokratische Kontrolle bei PPP-Projekten fehlt durch Geheimhaltung der Verträge und den in der Regel geforderten Einredevorbehalt völlig. Sogar der Bundesrechnungshof sieht PPP-Projekte inzwischen kritisch und auch nicht als Lösung knapper kommunaler Haushalte, da es sich um eine verdeckte und nur in die Zukunft verlagerte Schuldenaufnahme handelt.

Im kulturellen, ökologischen und sozialen Bereich gibt es Wohlfahrtsverbände, gemeinnützige Organisationen und Vereine, die mit wenig Mitteln und zusätzlicher ehrenamtlicher Arbeit gesellschaftlich sinnvolle Arbeit leisten. Sie sind zu schützen und zu fördern. Aber auch für sie müssen Tarifrecht und Arbeitsrecht gelten. Das verfassungsrechtlich verankerte Subsidiaritätsprinzip darf nicht zum Nachteil der Beschäftigten wirken. Gleiche,

überprüfbare Arbeitsbedingungen sind ein Muss.

DIE LINKE will durch aktive Beschäftigungspolitik, durch die Vergabe von zinsgünstigen Krediten, durch Unterstützung für Selbsthilfegenossenschaften und einen öffentlich geförderten Beschäftigungssektor in diesen Bereichen Arbeitsplätze mit Tariflöhnen schaffen. Ein-Euro-Jobs lehnt DIE LINKE ab. Sie sind abzuschaffen.

DIE LINKE fordert den Ausbau eines umfassenden Qualifizierungs- und Beratungsangebots für die Gründung und Stabilisierung von Genossenschaften im Bereich der Daseinsvorsorge.

### ***DIE LINKE steht für folgende landespolitische Ziele:***

- keine Privatisierung öffentlichen Eigentums in Bayern
- keine Verschlechterung des Sparkassengesetzes oder anderer Gesetze, die bislang öffentliches Eigentum vor dem Zugriff privater Erwerber bewahren
- »Public-Private-Partnership« (PPP) als demokratisch nicht kontrollierbares und stark überteuertes Modell zur Erfüllung von Aufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge lehnen wir ab. Alle bislang abgeschlossenen Verträge sind offen zu legen. Wir wollen die Rückführung bereits erfolgter Ausgliederungen und den Ausstieg aus PPP-Projekten.
- Bildungseinrichtungen Bayerns dürfen nicht privatisiert werden. Wir wollen weder Fastfood in den

Schulen noch Turnhallen mit Werbung für Markenturnschuhe oder Vorlesungssäle mit Werbetafeln. Unsere Bildungseinrichtungen sollen aus dem demokratisch bestimmten Landeshaushalt mit dem ausgestattet werden, was sie brauchen. Hier gilt es, endlich die Forderung des Bildungsgipfels von 2008 auch in Bayern anzugehen und schrittweise die bereitzustellenden Mittel auf sieben Prozent Bruttoinlandsprodukts anzuheben.

- Sicherheit der Städte und Dörfer des Landes als öffentliche Aufgabe: Sicherheit ist Sache der Polizei, sie gehört nicht in private Hände.

### **Mehr soziale Unterstützung schaffen**

Hohe Mieten in Bayern verschärfen die Armut. Normalverdienende, Familien und Wohngemeinschaften können Mietpreise z. B. in München und anderen Ballungsräumen kaum noch bezahlen. Steigende Energiepreise verschlimmern das Problem. Hier ist die Landespolitik gefordert: Der soziale Wohnungsbau muss stärker gefördert werden. Nötig ist ein Umwandlungsverbot, das das Ausschichten institutioneller Wohnungsbestände durch private Finanzinvestoren erschwert und letztlich unmöglich macht. Der Mangel an bezahlbaren Wohnungen ist zu beseitigen. Laut dem Pestel-Institut Hannover gibt es in Bayern einen Bedarf von rund 400 000 Sozialwohnungen. Fördermittel für die energetische Gebäudesanierung sollen eine Preisexplosion bei den Wohnungsmieten durch Überwälzung der Kosten verhindern.

Zusätzlich muss der öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) flächen-



deckend ausgebaut werden. Die 2002 eingefrorene Förderung des ÖPNV ist auf das aktuelle Niveau anzupassen. Damit soll den Fahrpreiserhöhungen im ÖPNV – wie 2011 und 2012 in vielen Regionen geschehen – entgegengesteuert werden.

DIE LINKE setzt sich dafür ein, landesweit einen Sozialpass einzuführen. Damit erhalten Menschen mit geringem Einkommen die Möglichkeit, kulturelle und sportliche Angebote kostengünstig wahrzunehmen. Viele Kinder und Jugendliche sind wegen fehlender finanzieller Mittel von Musik-, Kultur- und Freizeitaktivitäten ebenso ausgeschlossen wie von aktivem Sport in Vereinen. Bei der Vergabe von Landesmitteln in den Bereichen Verkehr, Kultur und Sport muss die Integration sozial Benachteiligter gesondert berücksichtigt werden. Soziale Tarife für die Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel sind in das Landesrecht aufzunehmen und entsprechend zu fördern. Für Geringverdienende, Empfängerinnen und Empfänger von Grundsicherung, Erwerbslose usw. sind in ganz Bayern Sozialtickets zu fördern.

Immer mehr private Haushalte in Bayern sind verschuldet. Der Anteil der Haushalte mit Kreditverpflichtungen ist rapide gestiegen. Besonders die Überschuldung von Familien mit Kindern hat stark zugenommen. Eine qualifizierte Beratung von Schuldnerinnen und Schuldnern ist von großer Wichtigkeit.

### ***DIE LINKE steht für:***

■ stärkere Förderung des sozialen Wohnungsbaus

■ ein Umwandlungsverbot, das die Ausschlichtung institutioneller Wohnungsbestände durch Finanzinvestoren erschwert bzw. verhindert

■ ein Landesprogramm für Altbausanierung, um günstigen Wohnraum zu erhalten

■ eine Städtebauförderung zur ökologischen und energetischen Sanierung aus Landesmitteln

■ die Absetzbarkeit der realen Kosten des ÖPNV für Fahrten zwischen Wohnung und Arbeitsstätte wieder einzuführen

■ ein Sozialticket für den öffentlichen Nahverkehr

■ ein Landesprogramm für kostenlose Mahlzeiten in Schulen und Kindertagesstätten

■ einen regelmäßigen Armuts- und Reichtumsbericht für Bayern

■ Ausbau und Förderung landesweit unabhängiger Beratungsstellen für Schuldnerinnen und Schuldner, Verbraucherinnen und Verbraucher sowie für Erwerbslose

### ***Paragraph 218 abschaffen!***

■ Abtreibung ist in Deutschland immer noch rechtswidrig. DIE LINKE fordert, dass der Paragraph 218 in Bayern und bundesweit abgeschafft und Schwangerschaftsabbruch legalisiert wird. Basis ist die EU-Empfehlung von 2002, in der der Verhütung und der Präventionsinformation eine zentrale Rolle zukommen. Zusammenfassend wird in der Resolution empfohlen, »dass

Abtreibung zur Gewährleistung der reproduktiven Gesundheit und Rechte der Frau legal, sicher und für alle zugänglich sein sollte«. Die Regierungen der Mitgliedstaaten und der Beitrittsländer werden aufgefordert, »auf jegliche Verfolgung von Frauen, die illegal abgetrieben haben, zu verzichten«.

■ Schwangerschaft und der Abbruch einer Schwangerschaft unterliegen dem Selbstbestimmungsrecht der Frau. Dieses Recht muss von jeder Frau diskriminierungsfrei ausgeübt werden können. Eine Zwangsberatung lehnen wir ab; eine zwanglose und wohnortnahe Unterstützung sowie unabhängige Beratung muss zur Verfügung gestellt werden.

■ Zusätzlich fordern wir, dass für Menschen aus sozial benachteiligten Verhältnissen, wie auch Jugendlichen Verhütungsmittel kostenfrei zur Verfügung gestellt werden. Zudem soll der Zugang zur Notfallverhütung (»Pille danach« u. a.) erleichtert werden. Weiter sollen Beratungsdienste inhaltlich hoch qualifiziert werden, um auch spezifische Gruppen, wie etwa Einwanderinnen und Einwanderer umfassend informieren zu können. Durch eine moderne Sexualerziehung sollen Jugendliche rechtzeitig aufgeklärt werden.

### **Gute Gesundheitsversorgung für alle in Bayern!**

Gesundheit ist mehr als die Behandlung von Krankheit. Viele Studien ergeben das gleiche erschreckende Bild: Wer arm ist, stirbt früher. Das ärmste Fünftel der Bevölkerung stirbt fast zehn Jahre früher als das reichste

Fünftel. Das hängt nicht nur an der unterschiedlichen medizinischen Versorgung, sondern an den gesamten Lebensumständen: Ernährung, Wohnung, Bewegung, allgemeine Zufriedenheit, Arbeitsplatz und vieles mehr unterscheiden sich erheblich zwischen Arm und Reich. Zu sozialer Gerechtigkeit in Bayern gehört eine gute Gesundheitspolitik für alle in Bayern.

### ***Für gute medizinische Versorgung unabhängig vom Geldbeutel***

Wer krank wird, will und braucht eine gute medizinische Versorgung. DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass alle Menschen unabhängig von Kasse und Geldbeutel die notwendige medizinische Behandlung auf dem aktuellen Stand von Wissenschaft und Forschung erhalten.

### ***Krankenhäuser ausreichend finanzieren***

Viele bayerische Krankenhäuser stehen unter großem finanziellem Druck. Das liegt einerseits an steigenden Energie- und sonstigen Sachkosten, andererseits werden die notwendigen und überfälligen Tariflohnsteigerungen bei den Beschäftigten durch die Gesetzgebung der Bundesregierung nur zu etwa einem Drittel ausgeglichen. Die übrigen zwei Drittel müssen die Krankenhäuser, die häufig in den roten Zahlen stecken, aus Effizienzsteigerungen aufbringen. Das geht zu Lasten der Patientinnen und Patienten und der Angestellten in den Krankenhäusern. Das wollen wir nicht. Deshalb fordern wir, dass die Tarifsteigerungen vollständig vom Bund ausgeglichen werden.

## ***Statt Privatisierung: Erhalt der öffentlichen Krankenhäuser***

Insbesondere kleine öffentliche Krankenhäuser, die eine Grundversorgung außerhalb der Ballungsräume für die meist ländliche Bevölkerung bereitstellen, sind vom derzeitigen Finanzierungssystem benachteiligt und erwirtschaften meist ein Defizit. Da die Kommunen meist nicht in der Lage sind, diese Verluste über Jahre hinweg auszugleichen, werden diese Krankenhäuser entweder geschlossen oder privatisiert. Privatisierung bedeutet, dass nicht mehr demokratisch gewählte Kommunalvertreter das Sagen haben, sondern Krankenhauskonzerne. Ob dann eine Abteilung im Krankenhaus bleibt oder gar das gesamte Krankenhaus geschlossen wird, hängt allein von den Gewinnzielen dieser Konzerne ab. Zudem zwingen die Konzerne den Kommunen und Kreisen Knebelverträge auf, die nur eines zum Ziel haben: die Gewinnmaximierung der Krankenhauskonzerne auf Kosten der Allgemeinheit. Damit muss Schluss sein. Deshalb brauchen wir wieder eine ausreichende Finanzierung der öffentlichen Krankenhäuser.

DIE LINKE will Artikel 151 (1) der Verfassung des Freistaates Bayern wieder Geltung verschaffen: »Die gesamte wirtschaftliche Tätigkeit dient dem Gemeinwohl, insbesondere der Gewährleistung eines menschenwürdigen Daseins für alle und der allmählichen Erhöhung der Lebenshaltung aller Volksschichten.«

## ***Gegen weitere Kürzung der Krankenhausfinanzierung***

Zwar hat Bayern immer noch einen hohen Anteil an Krankenhäusern in

öffentlicher Hand. Dennoch sind hier seit 1990 fast ein Viertel der Betten in öffentlichen Krankenhäusern abgebaut worden. Gleichzeitig nehmen die Zahl der privaten Kliniken und deren Betten immer weiter zu. Die bisherigen Staatsregierungen haben die Investitionen für die Krankenhäuser seit Jahren immer weiter gekürzt. DIE LINKE will, dass wieder ausreichend in Gebäude und Technik investiert wird, um die öffentlichen Krankenhäuser in Bayern auf dem aktuellen Stand der medizinischen Versorgungsmöglichkeiten zu halten. DIE LINKE will, dass sie weiterhin in öffentlicher Hand betrieben und damit auch von den demokratisch gewählten Kommunalvertreterinnen und -vertretern kontrolliert werden.

## ***Ärztliche und therapeutische Versorgung außerhalb der Ballungsräume erhalten und ausbauen***

Die Lücken in der ärztlichen Versorgung auf dem Land werden immer größer. Gerade ältere Menschen oder Geringverdienende ohne eigenes Fahrzeug haben Probleme, Haus- oder Fachärztinnen und -ärzte aufzusuchen. Umgekehrt lassen sich auch keine Medizinerin und kein Mediziner nieder, wenn die übrige Infrastruktur, Kultur, Verkehr, Schulen und Kitas nicht vorhanden sind. Hier hat der Freistaat Eingriffs- und Gestaltungsmöglichkeiten und -pflichten. Medizinische Versorgung ist Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Diese muss erhalten und wieder ausgebaut werden.

## ***Innovative Versorgungskonzepte statt medizinischer Versorgungswüsten***

Innovative Versorgungskonzepte, wie etwa Gemeindegewesterkonzepte,

die erfolgreich in anderen Ländern erprobt wurden, können zur Entlastung der bestehenden Arztpraxen beitragen. Auch in der Förderung von Telemedizin, von regionalen Hol- und Bringdiensten und in der Überwindung der Grenzen zwischen ambulanter und stationärer Versorgung stecken Potenziale, die es zu nutzen gilt. Dazu gehört auch der Erhalt der gewachsenen Hebammenstruktur.

### ***Investitionskostenzuschläge für Pflegeeinrichtungen wieder einführen***

Im Bereich der Pflege hat das Land im Jahr 2007 die Investitionskostenzuschläge für Pflegeeinrichtungen gestrichen. Wenn die Kommunen nicht in diese Lücke einspringen, müssen die Einrichtungen den Pflegebedürftigen dies in Rechnung stellen. Wir wollen, dass der Freistaat hier wieder seinen Aufgaben nachkommt.

### ***DIE LINKE steht für:***

- den Stopp und die Rückholung der Privatisierung von Gesundheitseinrichtungen
- die ausreichende Finanzierung der kommunalen Krankenhäuser
- das Verbot des Ausverkaufs öffentlicher Krankenversorgungseinrichtungen
- ein leistungsfähiges Gesundheitswesen auch in ländlichen Regionen
- die Wiederaufnahme der Investitionskostenzuschläge für Pflegeeinrichtungen

### **Selbstbestimmung und Teilhabe für Menschen mit Behinderung**

Wir unterstützen und fördern die Behindertenverbände und -vertretungen in ihren Forderungen nach Eigenverantwortlichkeit unter Berücksichtigung der individuellen Bedürfnisse der Betroffenen. Menschen mit Behinderungen sind Fachleute in eigener Sache (»Inklusion von unten«). Der Ausgleich von Nachteilen aufgrund von Behinderungen ist eine öffentliche Aufgabe (»Inklusion von oben«). Solidarität mit den Menschen mit Behinderungen ist für uns unverzichtbar und zukunftsweisend – wir wollen keine genetische Auslese sondern respektieren Vielfalt, die Menschenwürde stärkt und erhält. Politik mit und für Menschen mit Behinderung ist eine Querschnittsaufgabe, die sich durch alle gesellschaftlichen Bereiche darstellen muss und nicht nur im Bereich Gesundheit!

### ***DIE LINKE steht für:***

- die Umsetzung der Pflicht zu konkreten Umsetzungsplänen der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen unter deren Mitwirkung
- die Beseitigung von Barrieren und den Ausgleich behinderungsbedingter Nachteile für alle Menschen mit Behinderungen (körperlich, geistig und psychisch)
- die barrierefreie Gestaltung aller Neu-, Um- und Anbauten im öffentlichen Bereich Bayerns
- die Verpflichtung von Kommunen durch ein Landesgesetz, Behindertenbeiräte zu bilden

oder eine/n Betroffene/n als Behindertenbeauftragte/n

## **Für ein modernes Schutz- und Hilfesgesetz für psychisch kranke Menschen (PsychKG)**

Wichtige Urteile von Bundesverfassungsgericht und Bundesgerichtshof und die UN BRK weisen darauf hin, dass das bayrische Unterbringungsgesetz für psychisch kranke Menschen nicht haltbar ist. Bayern hat als einziges Bundesland kein umfassendes »PsychKG«. Der Fall Gustl Mollath zeigt, dass Psychiatrie offen für den Missbrauch ist, unbequeme Zeitgenossinnen und -genossen aus dem Verkehr zu bringen und als unglaublich hinzustellen. Die Staatsanwaltschaft hat die Untersuchungen zu dem Brandtodesfall in Mainkofen im letzten Sommer, bei dem ein fünffach festgebundener Psychiatriepatient ums Leben kam, ohne Ergebnis eingestellt. Diese Beispiele sind eklatant und herausragend und zeigen, dass unsere Solidarität mit als »psychisch krank« definierten Menschen unverzichtbar ist. Andere Länder (z. B. Finnland, England) machen vor, dass psychiatrische Versorgung wesentlich menschenwürdiger als bei uns und unter klarer Mitwirkung der Betroffenen gestaltbar ist.

### ***DIE LINKE steht für:***

- die Entschädigung für Psychiatrie-Opfer
- die sofortige Einrichtung unabhängiger trialogisch arbeitender Beschwerdestellen
- die Gestaltung eines umfassenden SCHUTZ- und HILFEgesetzes für den gesamten psychiatrischen Bereich

unter Mitwirkung der Betroffenen und der Angehörigen und mit klarer Definition der Verantwortlichkeiten auf Landesebene:

## **Selbstbestimmtes Leben im Alter**

Rentnerinnen und Rentner wollen und sollen ihr Leben im Alter weiterhin selbstständig gestalten und so lange wie möglich in ihrer gewohnten Umgebung bleiben, ohne zu vereinsamen. Daher sind Wohnformen zu fördern, die ein Leben auch im Alter zu Hause und die Unterstützung in den alltäglichen Dingen ermöglichen sowie der Vereinsamung vorbeugen. Förderprogramme sollen den Bau von Mehrgenerationenhäusern sowie die Einrichtung von Senioren-Wohngemeinschaften ermöglichen. Betreute dürfen nicht finanziell ausgenutzt oder ohne Notwendigkeit in ein Heim abgeschoben werden. Im ländlichen Bereich muss über die Infrastruktur- und Wirtschaftsförderpolitik dafür gesorgt werden, dass eine seniorengerechte Infrastruktur im Dorf erhalten bleibt oder geschaffen wird. Dazu gehören ausreichende Versorgungsmöglichkeiten zum Einkauf von Waren des täglichen Bedarfs sowie eine wohnortnahe gesundheitliche Versorgung. Dies gilt auch für den Bau von barrierefreien Gehwegen und Treffpunkten sowie für öffentliche Verkehrsmittel.

DIE LINKE in Bayern fordert ein Landesseniorengesetz. Es soll das Älterwerden in Würde gewährleisten und die aktive Beteiligung der Seniorinnen und Senioren am sozialen, kulturellen und politischen Leben fördern.

Geriatrischen Patientinnen und Patienten müssen alle individuell notwendigen fachspezifischen

Versorgungsangebote – von ambulant bis stationär – für alle Phasen der Erkrankung wohnortnah zur Verfügung stehen.

### ***DIE LINKE steht für:***

- die Fortschreibung, Verbesserung und konsequente Umsetzung des Landesgeriatriekonzepts
- die Anpassung der Ressourcen der geriatrischen Rehabilitation an den steigenden Bedarf
- die Entwicklung, Erprobung, Evaluation, Verbreitung und regionale Vernetzung innovativer geriatrischer Versorgungsangebote
- die Garantie, dass geriatrischen Patienten alle individuell notwendigen fachspezifischen Versorgungsangebote – von ambulant bis stationär – für alle Phasen der Erkrankung wohnortnah und gut vernetzt in ausreichender Dauer zur Verfügung stehen.

### **Pflegenotstand verhindern**

Beim bayerischen Heimgesetz ist eine Novellierung notwendig, die den Interessen der Betroffenen gerecht wird. Damit sollen die Selbständigkeit der Bewohnerinnen und Bewohner, eine humane Pflege und ein effektiver Schutz der Schwachen sowie gute Arbeitsbedingungen zu guten Löhnen für die Beschäftigten nachprüfbar geschaffen werden.

### ***DIE LINKE steht für:***

- einen Personalschlüssel, der Bewohnerinnen und Bewohnern ein

Leben in Würde ermöglicht. Für 20 pflegebedürftige Menschen müssen mittelfristig zehn Pflegekräfte eingesetzt werden.

- die angemessene und dem öffentlichen Dienst vergleichbare Entlohnung der Tätigkeit der Pflegekräfte
- die Herstellung vollständiger Kostentransparenz im Pflegebereich
- die komplette Überführung des Pflegewesens in gemeinnützige, genossenschaftliche, kommunale oder staatliche Verantwortung
- den Ausbau ambulanter Strukturen in der Pflege mit entsprechender finanzieller Unterstützung der betreuenden Familie
- die Sicherstellung von Angeboten für eine professionelle Versorgung, um die pflegenden Angehörigen zu entlasten
- demokratisch gewählte Heimbeiräte mit echten Mitbestimmungsrechten, damit die Bewohnerinnen und Bewohner, ihre Angehörigen bzw. Betreuerinnen und Betreuer Einfluss auf sie betreffende Entscheidungen nehmen können
- die flächendeckende Einrichtung von Beschwerdestellen; diese sind durch Land, Kommunen und die jeweiligen Träger zu finanzieren
- die Vorbeugung und Verhinderung von Missständen in Pflegeheimen durch echte und effektive Kontrollen

# Wohnen ist Grundbedürfnis und Menschenrecht

Bezahlbarer Wohnraum wird in großen Teilen Bayerns immer knapper. Der Ausverkauf öffentlicher Wohnungsbestände, Wohnungsmodernisierung und das Auslaufen von Miet- und Belegungsbindungen lassen besonders in der letzten Zeit den noch verbliebenen preiswerten Bestand immer weiter schrumpfen. Wohnen darf kein Luxus sein. Es darf keine weiteren Gebiete geben, wo nur Gutverdienende wohnen können.

Ein wesentlicher Grund für die ständig steigenden Immobilienpreise und damit Mieten in den Ballungsgebieten sind die rapide steigenden Preise für Baugrund. Der zügellosen Bodenspekulation ist Einhalt zu gebieten. Dazu ist der Artikel 161 der Bayerischen Verfassung endlich durch konkrete Maßnahmen des Gesetzgebers umzusetzen.

»Artikel 161 Bodenverteilung; Nutzung des Wertzuwachses von Grund und Boden

(1) Die Verteilung und Nutzung des Bodens wird von Staats wegen überwacht. Missbräuche sind abzustellen.

(2) Steigerungen des Bodenwertes, die ohne besonderen Arbeits- oder Kapitalaufwand des Eigentümers entstehen, sind für die Allgemeinheit nutzbar zu machen.«

Die bestehende Regelung, dass Gewinne bei der Veräußerung von Immobilien nach zehn Jahren Haltedauer der Immobilien in allen Fällen vollstän-

dig steuerfrei sind, muss abschafft werden

Die soziale Wohnbauförderung – insbesondere auch der Neubau von Sozialwohnungen – ist ein wirksames Mittel, im Rahmen der bestehenden Gesellschaft preiswerteren Wohnraum zu schaffen. Bayern erhielt wie die anderen Bundesländer auch mit der Föderalismusreform die Zuständigkeit für die soziale Wohnraumförderung übertragen. Aber entsprechend Artikel 106 der Bayerischen Verfassung ist die Förderung des Baues »billiger Volkswohnungen« schon lange Aufgabe des Staates und der Gemeinden. Wir fordern deshalb auch, dass sich Bayern für die Weiterführung der 2013 auslaufenden Regelung einsetzt, wonach der Bund jährlich 518 Millionen Euro zur sozialen Wohnungsbauförderung bereitstellt.

Wir fordern, andere Eigentumsformen zu fördern, die nicht primär auf Gewinnwirtschaft ausgerichtet sind, wie z. B. Genossenschaften, gemeinnützigen Organisationen und Stiftungen.

Armut, Altersarmut und prekäre Lebenssituationen Älterer nehmen immer mehr zu und treffen auch neue Schichten der Bevölkerung. Bezahlbarer Wohnraum hilft, soziale Probleme zu bewältigen und entlastet auch Sozialhaushalte der Kreise und Kommunen.

Wir fordern, einen gesetzlichen Rahmen für die Einführung einer verbindlichen Quote an sozialgebundenen Wohnungen zu erlassen.

Die energetische Sanierung und die damit veränderte Modernisierungsumlage durch die Vermieterinnen und Vermieter werden zur Verteuerung von Mieträumen beisteuern. Wir fordern, dass sich Bayern dem Antrag des Landes Berlin anschließt, die derzeitige Modernisierungsumlage von 11 Prozent auf 5 Prozent zu senken oder sich dafür einsetzt, dass sie an den Abschreibungsfristen orientiert werden.

Modernisierungsumlagen für die Kosten für energetische Sanierungen, z. B. Wärmedämmungen, sollen zusätzlich durch die Höhe der nachweisbaren oder plausiblen jährlichen Heizkosteneinsparungen begrenzt werden. Den Mieterinnen und Mietern ist bei Modernisierungen, die Mieterhöhungen zur Folge haben, ein Mitspracherecht einzuräumen.

Die Energiewende kann nicht gegen die Mieterinnen und Mieter in Bayern und auf ihrem Rücken ausgetragen werden. Menschen in prekären Lebenssituationen, Familien mit Kindern sollen weiterhin mit Wohngeld unterstützt werden, die vorgesehene Senkung des Satzes lehnen wir ab.

Wir fordern regionale Mietobergrenzen sowie qualifizierte Miet-, Betriebs- und Heizkostenspiegel im gesamten Land. Die Mietspiegel müssen alle Bestandsmieten erfassen. Die Kommunen sind bei deren Erstellung finanziell und personell zu unterstützen, damit wird die Preissteigerung bei Neuvermietung eingedämmt.

### ***DIE LINKE steht für:***

■ eine stärkere Förderung des sozialen Wohnungsbaus und der Bereitstel-

lung notwendiger finanzieller Mittel für die Kommunen durch das Land

■ ein Umwandlungsverbot, das die Ausschachtung institutioneller Wohnungsbestände durch Finanzinvestoren erschwert bzw. verhindert

■ ein Landesprogramm für Altbausanierung, um diesen günstigen Wohnraum zu erhalten

■ eine Verhinderung der Verdrängung von Mieterinnen und Mietern mit niedrigem Einkommen ins Umland der Städte

■ Ergänzung aller Förderregeln um die Punkte Barrierefreiheit und Klimagerechtigkeit

■ eine Erhöhung der Nettokaltmiete in bestehenden Mietverhältnissen ohne maßgebliche Wohnwertverbesserung nur im Rahmen des Inflationsausgleiches; Mieterhöhungen allein wegen Neuvermietung sind unzulässig; die vom Bundestag geschaffene Möglichkeit, die Kappungsgrenze bei Mieterhöhungen örtlich von 20 Prozent auf 15 Prozent alle drei Jahre zu senken, muss als Sofortmaßnahme so schnell wie möglich von der Staatsregierung für alle Kommunen in Bayern verbindlich vorgeschrieben werden

■ Das Wohngeld muss individualisiert und auf die Bruttowarmmiete bezogen werden, die regionalen Wohngeldtabellen sollen regelmäßig überprüft und an die steigenden Mieten angepasst werden. Heizkosten müssen wieder im Wohngeld enthalten sein.

■ Weiterentwicklung des sozialen Wohnungsbaus mit den Ländern



und Kommunen zu einem starken öffentlichen und genossenschaftlichen Sektor der Wohnungswirtschaft; dazu gehören auch woh-

nungswirtschaftliche Eigenbetriebe.; das setzt voraus, dass die Privatisierung öffentlicher Wohnungen sofort gestoppt wird

## Bildung für alle statt sozialer Auslese

Das Bildungswesen in Bayern ist weit davon entfernt, Bildung als Menschenrecht zu verwirklichen. Stattdessen werden bestehende gesellschaftliche Ungleichheiten verstärkt: durch Wettbewerbsorientierung, frühzeitige Auslese und soziale Ausgrenzung. Nirgendwo anders in der Republik hängen die Entwicklungschancen von Kindern und jungen Menschen so sehr von den finanziellen Voraussetzungen und dem sozialen Status der Eltern ab wie in Bayern. Die Chance auf höhere Bildungsabschlüsse ist bei gleicher Leistungsfähigkeit für Kinder aus Arbeiterfamilien um ein Vielfaches schlechter als für Kinder aus Familien mit akademischer Bildung oder aus wohlhabenden Elternhäusern. Kinder mit Migrationshintergrund haben deutlich schlechtere Chancen auf einen guten Schulabschluss als andere. Kinder, die mit Behinderungen aufwachsen, können in der Regel nicht mit gleichaltrigen Kindern zusammen lernen.

Im öffentlichen Bildungssystem wurde in den letzten Jahren massiv gekürzt, die Bildungsausgaben in Deutschland bleiben hinter der internationalen Entwicklung weit zurück: Nach OECD-Angaben lagen diese im Jahr 2008 bei nur 4,8 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP), wogegen der OECD-Durchschnitt bei 5,7 Prozent lag, in Norwegen beispielsweise bei 7,3 Prozent. Und in Bayern liegt der Anteil der

Bildungsausgaben am BIP noch unter dem Bundesdurchschnitt. Gleichzeitig wurden elitäre Prestigeprojekte vorangetrieben, die den Leistungsdruck weiter erhöhen: die Exzellenzinitiative an den Hochschulen, die Zusammenarbeit von Hochschulen und Großkonzernen, Privatisierungen von Schulen, die Verkürzung der Schulzeit im Rahmen des G8.

DIE LINKE vertritt ein emanzipatorisches Bildungsverständnis. Bildung muss in die Lage versetzen, gesellschaftliche und wirtschaftliche Zusammenhänge zu erkennen, sich eine eigenständige Meinung bilden und die eigenen Interessen selbstbewusst und wirksam vertreten zu können. Ein modernes Bildungssystem muss den Zugang zu Bildung diskriminierungsfrei ermöglichen. Gleicher Zugang zu Bildung für jeden Menschen ist grundlegende Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe, für persönliche Verwirklichung und Selbstbestimmung sowie soziale Gerechtigkeit in der Gesellschaft. Ein demokratisches Bildungswesen darf niemanden ausgrenzen, sondern muss sich um individuelle Förderung und den aktiven Ausgleich von Benachteiligungen und Beeinträchtigungen bemühen. Dazu gehören das Verbot jeglicher Bildungsgebühren oder -beiträge und die konsequente Absage an mehrgliedrige Schulsysteme sowie ein Inklusionskonzept, das die

Verschiedenheit der Menschen als Normalität und Bereicherung begreift.

Der gleiche und gleichberechtigte Zugang zu umfassender und hoher Bildung ist zudem eine der wichtigsten Menschheitsfragen des 21. Jahrhunderts. Um den gesellschaftlichen Herausforderungen, aber auch Entwicklungsproblemen der Menschheit verantwortungsbewusst begegnen zu können, kurz: für die Entwicklung einer sozial gerechten, demokratischen Gesellschaft, ist hohes Wissen und Können nötig sowie der verantwortungsbewusste und das eigene Handeln kritisch reflektierende Umgang mit neuen wissenschaftlichen Einsichten und technologischen Errungenschaften. Damit die Bildungseinrichtungen ihren Beitrag zur demokratischen Gesellschaft leisten können, müssen sie allen zugänglich und demokratisch verfasst sein.

Um ihrer gesellschaftlichen Bedeutung gerecht zu werden, um alle Bildungsaufgaben ausreichend finanzieren zu können, muss Bildung als gesamtgesellschaftliche und öffentliche Aufgabe von Bund und Ländern gemeinsam begriffen werden und ein wachsender Anteil des Bruttoinlandsproduktes für öffentliche Bildungsaufgaben zur Verfügung stehen. Für Bildung und Ausbildung muss genügend Zeit zur Verfügung stehen. Das gilt für die vorschulische und schulische Bildung wie für die Hochschule, für die Wege in den Beruf und alle Formen lebensbegleitenden Lernens.

### ***DIE LINKE steht für:***

■ die Anerkennung des Menschenrechts auf Bildung als gesamtgesellschaftliche und öffentliche Aufgabe.

Artikel 128 (1) der Bayerischen Verfassung »Jeder Bewohner Bayerns hat Anspruch darauf, eine seinen erkennbaren Fähigkeiten und seiner inneren Berufung entsprechende Ausbildung zu erhalten« und das im Grundgesetz verankerte Recht auf Berufswahlfreiheit müssen umgesetzt werden. Dazu gehören die vollständige Lehr- und Lernmittelfreiheit sowie eine Absage an jede Form der Privatisierung von Bildungsaufgaben und -institutionen sowie das Verbot von Gebühren und Beiträgen wie Studienbeiträge oder Büchergeld.

■ mehr Geld für Bildung: Die öffentlichen Bildungsausgaben sollen schrittweise auf sieben Prozent erhöht werden und dauerhaft am wachsenden Bedarf ausgerichtet sein. Die Föderalismusreform, d. h. insbesondere das Verbot der Zusammenarbeit von Bund und Ländern im Bildungsbereich, ist rückgängig zu machen, das Kooperationsverbot umgehend abzuschaffen.

■ die umfassende Verwirklichung von Inklusion und individueller Förderung: Das bedeutet die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention, die Ersetzung der schulischen Vielgliedrigkeit durch eine Schule für alle, die Reduzierung der Gruppen- und Klassenstärken, die notwendigen personellen und materiellen Voraussetzungen dafür durch Bund, Länder und Kommunen sowie Lehr- und Lernkonzepte für heterogene Lerngruppen.

■ den aktiven Ausgleich strukturell bedingter sozialer und anderer Benachteiligungen. Dies meint eine Abkehr von sanktionierenden Lehrmethoden wie dem »Sitzenbleiben« ebenso wie eine umfassende Reform des BAföG: eine Anhebung der Frei-

beiträge und Bedarfssätze um jeweils zehn Prozent, die Gewährung als Vollzuschuss, die automatische jährliche Dynamisierung der Förderbeiträge und Freibeträge sowie die Abschaffung von Höchstaltersgrenzen und Förderungshöchstdauern. Mittelfristig ist eine grundlegende Strukturreform des BAföG einzuleiten hin zur elternunabhängigen Förderung für alle in Ausbildung befindlichen Volljährigen, natürlich ohne neue soziale Benachteiligungen entstehen zu lassen. Junge Menschen müssen über ihren Bildungsweg finanziell unabhängig von ihren Eltern entscheiden können.

■ die dauerhafte, versicherungspflichtige und tarifvertragliche Regelung der Arbeitsverhältnisse in sämtlichen Bildungsbereichen und den Ausbau der Mitbestimmungsrechte der Beschäftigten – in den Kitas genauso wie an den Hochschulen oder Volkshochschulen – sowie das Verbot von Leiharbeit im Bildungswesen. Die Vergabe öffentlicher Mittel und Aufträge muss an diese Mindeststandards gekoppelt werden.

■ die institutionelle Verankerung der Demokratisierung der Bildungseinrichtungen sowie Mitbestimmungsrechte der Lernenden, Lehrenden und anderen Beschäftigten

■ Geschlechtergerechtigkeit und eine aktive Gleichstellungspolitik durch die Förderung von geschlechtssensiblen Unterricht und Mentoring-Programmen, durch die bessere Vereinbarkeit von Elternschaft und Studium, durch eine verbindliche, mit Sanktionen verknüpfte Quotierung für ein ausgeglichenes Verhältnis zwischen den Geschlechtern auf allen Karrierestufen sowie Schaffung regulärer, unbefristeter Beschäftigungsverhältnisse.

■ die Förderung offener Lehrmaterialien zur freien Nutzung in Kitas, Schulen und Hochschulen. Die Möglichkeiten digitaler und interaktiver Medien sollen stärker entfaltet und im Sinne eines sozial gerechten Lernens für alle eingesetzt werden. Lehr- und Lernmaterialien sollen stärker unter Einbeziehung von Lehrenden sowie von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern gestaltet werden.

## **Eine Schule für alle**

Nirgends ist das Bildungssystem sozial selektiver als in Bayern, in keinem anderen Bundesland werden Bildungschancen so stark vererbt. Selbst von den Kindern, die es auf das Gymnasium schaffen, erreichen nur zwei Drittel das Abitur.

Die bayerische LINKE setzt auf eine zehnjährige gemeinsame Schule für alle.

Alle Kinder und Jugendliche – insbesondere aus sozial benachteiligten Familien und Kinder mit Migrationshintergrund – müssen umfassend Zugang zu höherer Bildung erhalten.

»Eine Schule für alle« beschreibt Wege zu einer gemeinsamen Schule für alle Kinder, unabhängig von sozialer, kultureller oder ethnischer Herkunft, unabhängig von Alter und Geschlecht, unabhängig von der Religionszugehörigkeit und unabhängig von Behinderungen. Diese Schule ist von einer Lehr- und Lernkultur gekennzeichnet, in der gegenseitige Achtung und Akzeptanz wie auch das Lernen mit- und voneinander selbstverständlich sind. Sie fördert kollektives und regt individuelles Lernen an. Sie vermittelt den Umgang mit Verschiedenheit und

somit interkulturelle Kompetenz; sie sensibilisiert für Geschlechtergerechtigkeit. Dadurch wird gewährleistet, dass alle Schülerinnen und Schüler einen erfolgreichen Schulabschluss erreichen können.

DIE LINKE in Bayern setzt sich für Maßnahmen ein, die das Wiederholen von Jahrgangsstufen unnötig machen. Flächen- und bedarfsdeckend sind Ganztagschulen anzubieten, die nicht lediglich »Verwahranstalten am Nachmittag« sind. Die gegenwärtige »Ganztagschule«, die um 15 Uhr endet und für die z. B. in München nur 3000 Euro pro Jahr und Klasse budgetiert sind, entspricht bei weitem nicht den pädagogischen und sozialen Zielen. Ganztagschulen sind so einzurichten, dass den Schülerinnen und Schülern auch nachmittags Bildungs- und Betreuungsangebote zur Verfügung stehen, insbesondere für kreatives und experimentelles Lernen. Bei der Erledigung der Übungs- und Wiederholungsaufgaben werden die Schülerinnen und Schüler von voll qualifizierten Lehrkräften unterstützt. Diese Ganztagschulen müssen gemeinsam mit der freien Jugendhilfe, mit Vereinen und der örtlichen Sozialarbeit entwickelt und gestaltet werden.

Die Ausbildung der Lehrerinnen und Lehrer an bayerischen Universitäten muss künftig den Erfordernissen inklusiver Bildung und der inneren Schulentwicklung besser Rechnung tragen. Daher müssen in der Lehrer/innenbildung Schwerpunkte auf die Herausbildung psychologischer sowie pädagogischer Kompetenzen und zur Gestaltung inklusiver Lernprozesse gesetzt werden. Dazu gehört der professionelle Umgang mit heterogenen Lerngruppen genauso wie mit einer

zunehmend interkulturell zusammengesetzten Schülerinnen- und Schülerschaft.

Wir wollen den Lehrer/innenberuf schrittweise vom laufbahnrechtlichen Ballast befreien: gleichwertige Ausbildungen sollen auch zu gleichwertigen Berufsperspektiven führen. Deshalb setzt sich DIE LINKE insbesondere für eine Abkehr vom schulartenbezogenen und der Hinwendung zu einem schulstufenbezogenen Lehramtsstudium ein – inklusive gleiche Studienzeiten für sämtliche Lehramtsstudiengänge.

### ***DIE LINKE steht für:***

- in der aktuellen Diskussion um die Verkürzung der Gymnasialzeit stehen wir für die Überwindung des vielgliedrigen Schulsystems durch »eine Schule für alle« als flächendeckendes Ganztagsangebot.
- die Rücknahme der Personalkürzungen und Arbeitszeitverlängerungen sowie die Anrechnung mindestens einer Stunde (perspektivisch drei Stunden) im Wochenstundendeputat für Lehrkräfte mit Klassenleitungstätigkeit, Eltern- und Schülerinnen- und Schülersprechstunden.
- die Reduzierung von Klassengrößen auf höchstens 25 Schülerinnen und Schüler. Mittelfristig sind zwei Lehrkräfte für 16 Schülerinnen und Schüler abzustellen, damit auch diejenigen mit besonderem Förderbedarf angemessen unterrichtet werden können.
- die Erprobung neuer Lehr- und Lernformen und die Stärkung der pädagogischen Freiheit der Lehrkräfte: die

Reduzierung des Frontalunterrichts zu Gunsten beteiligungsorientierter Unterrichtsmethoden. Geschlechtergerechte und geschlechtssensible Unterrichtsmaterialien und -methoden, insbesondere mit Blick auf Homo-, Bisexualität und Transgender

■ die inklusive Pädagogik in der Lehrerinnen- und Lehrerbildung zu verstärken und gemeinsam mit dem Bund einen Ausbau der Studienplätze für Lehramtsstudierende – zunächst als Kontingent im Rahmen des Hochschulpakts – voranzutreiben. Studierende, die die Lehramtsausbildung in Form eines Bachelor-/Masterstudiengangs absolvieren, erhalten nach einem Bachelorabschluss, auf Wunsch auch nach einer Praxisphase, einen Rechtsanspruch auf einen Masterstudienplatz, um das Studium erfolgreich beenden zu können. Strukturell soll es nur noch eine schulstufenbezogene Ausbildung mit gleichwertigen Berufsperspektiven geben.

■ die Einrichtung von Schulsozialarbeit in allen Schulen

■ die Wiederherstellung der Ausbildungsförderung von Schülerinnen und Schülern an weiterführenden allgemeinbildenden Schulen in der Oberstufe, Berufsfachschulen sowie Fach- und Fachoberschulklassen auch dann, wenn die Schülerinnen und Schüler bei den Eltern wohnen oder einen eigenen Haushalt gründen

■ Mitbestimmungsrechte für verfasste Vertretungen von Schülerinnen und Schülern bei Schulverwaltung und Lehrplan-Erstellung

■ Militär muss raus aus den Schulen, der Beutelsbacher Konsens ist zu

achten! Militärische Werbung ist im Umfeld von Bildungseinrichtungen zu untersagen.

## **Berufliche Bildung verbessern**

Die berufliche Erstausbildung ist der Einstieg in das Berufsleben. Die prekäre Lage auf dem Ausbildungsmarkt hat sich trotz weniger Bewerberinnen und Bewerber aufgrund der demografischen Entwicklung kaum entspannt, viele Auszubildende klagen über eine mangelnde Qualität der Ausbildung und zu geringe Bezahlung. Unternehmen haben die gesellschaftliche Verantwortung für die Finanzierung und für die Bereitstellung von Ausbildungsplätzen wahrzunehmen und dürfen das Ausbildungsangebot nicht von Renditezielen abhängig machen.

DIE LINKE unterstützt überbetriebliche Ausbildungsverbände.

Auch in der beruflichen Bildung sollen integrative Angebote für Menschen mit Behinderungen Vorrang haben. Lernbeeinträchtigte, sozial Benachteiligte und Jugendliche mit Migrationshintergrund sind differenziert und gezielt zu fördern. Ziel sind die soziale Integration und der Zugang zum ersten Arbeitsmarkt.

Wir lehnen die Aufbewahrung von Schulabgängerinnen und –abgängern ohne betrieblichen Ausbildungsplatz im so genannten »Übergangssystem« ab. Dass Menschen unter 25 Jahren ohne Ausbildungs- und Arbeitsplatz laut SGB II eine »Bedarfsgemeinschaft« mit ihren Eltern bilden müssen, ist ein gesellschaftspolitischer Skandal!

Die besondere Qualität der Berufsausbildung im dualen System besteht in der Verzahnung von betrieblicher und schulischer Ausbildung. Die Situation an vielen Berufsschulen ist allerdings verheerend: Stundenausfall, veraltete Lehr- und Lernmittel sowie Schulgebäude, die oft in einem desolaten Zustand sind. Hier muss die Staatsregierung für Abhilfe sorgen. Die finanzielle Benachteiligung vieler Berufs- und Fachoberschulen im Vergleich zu Gymnasien gehört beendet.

Während die Ausbildung in den Betrieben bundeseinheitlich durch das Berufsbildungsgesetz (BBiG) und die Ausbildungsordnungen geregelt ist, unterliegt die Berufsschule der Regelungskompetenz der Länder. Um die Zusammenarbeit der Lernorte Berufsschule und Betrieb zu verbessern, muss die Berufsschule in das BBiG integriert werden. Beide Lernorte, Betrieb und Schule, müssen gleichwertig nebeneinander stehen. Die Berufsschule hat einen eigenständigen Bildungsauftrag, der über das Vermitteln von reinem Fachwissen hinausgeht. Daran muss festgehalten werden.

### ***DIE LINKE steht für:***

- eine Ausbildungsabgabe für Unternehmen mit über zehn Mitarbeitenden, die nicht mindestens sieben Prozent ihrer Arbeitsplätze als qualifizierte Ausbildungsplätze zur Verfügung stellen. »Berufsfördermaßnahmen« sind durch Ausbildungswerkstätten und Berufsfachschulen mit der Möglichkeit auf qualifizierte berufliche Aus- und Weiterbildung im gewünschten Beruf zu ersetzen.
- berufsorientierende Maßnahmen, Verbesserung und Aufwertung von

Berufsberatung und Berufsvorbereitung sowie endlich eine sinnvolle und enge Verzahnung der Lernorte Betrieb und Berufsschule

- Beendigung der Ausbeutung von Auszubildenden als billige Arbeitskräfte, eine Ausbildungsvergütung, von der Auszubildende gut leben können, sowie die Aufstockung der Berufsausbildungsbeihilfe
- Erhöhung der Stellen für Lehrerinnen und Lehrer an berufsbildenden Schulen, um mindestens 13 Unterrichts-Wochenstunden zu gewährleisten
- Kontrolle und Mitbestimmung bei der Ausbildung durch die Auszubildendenvertretungen und ihrer Gewerkschaften sowohl in der betrieblichen als auch in der schulischen Ausbildung sowie eine Rechtsverordnung, die die Wahl einer Interessenvertretung auch in außerbetrieblichen Bildungseinrichtungen sicherstellt
- qualifizierte, geprüfte Ausbilderinnen und Ausbilder für eine qualifizierte Ausbildung sowie den Ausbau begleitender Hilfen, um auch Auszubildende aus schwierigen Lebens- und Familienverhältnissen durch kompetentes pädagogisches Personal rechtzeitig zu fördern.

### **Für eine demokratische Hochschule**

Die Hochschulpolitik hat unter dem Postulat der Wettbewerbsförderung, politisch gesetzter Standortkonkurrenz und vermeintlicher Exzellenzförderung den Hochschul-Alltag radikal verändert.

Dies betrifft nicht nur die Zusammensetzung der Studierenden, sondern auch die vermittelten Inhalte sowie den Charakter des Studiums. So hat sich die soziale Auslese an den Hochschulen durch die Einführung der Studiengebühren nachweislich verschärft und die Durchlässigkeit des deutschen Bildungssystems ein weiteres Mal verringert. Durch real schrumpfende BAföG-Sätze steigt der soziale Druck, sodass Studierende aus geringverdienenden Haushalten einer Doppelbelastung durch Studium und Beruf ausgesetzt sind und immer häufiger von einem Studium absehen bzw. ihr Studium abbrechen müssen.

Auch die Umstellung von Diplom- und Magister- auf Bachelor- und Masterabschlüsse im Rahmen der Bologna-Reform hatte verheerende Auswirkung auf die Studiensituation in Deutschland. Mit der Definition des Bachelor zum ersten berufsqualifizierenden Abschluss wurde faktisch eine weitere Stufe der Selektion auf dem Weg zu einem wissenschaftlichen Abschluss eingezogen, die Reform ist eine weitere Bildungskürzung. Statt der erhofften Förderung von Mobilität der Studierenden vollzieht sich die Einschränkung von selbstbestimmtem und kritischem Lernen und Forschen sowie der permanente Zwang zum Erwerb von Credit Points in strikt regulierten und modularisierten Studiengängen und die unkritische Standardisierung von Lehr- und Lerninhalten.

Verschärft wird diese Krise der Wissenschaften außerdem durch das Leitbild der »unternehmerischen Hochschule«. Anstatt die Autonomie der Hochschulen durch die öffentliche Ausfinanzierung sicherzustellen,

werden diese zu einem permanenten Konkurrenzkampf um die Einwerbung von wettbewerblich oder privat vergebenen Drittmitteln gezwungen. Dies führt dazu, dass sich die Hochschulen bei finanzstarken Unternehmen anbieten, Wissenschaft auf reines Verwertungswissen ausrichten, dass inhaltliche und methodischer Pluralität beschränken und Lehrinhalte unkritisch an die Ideologie des »freien Marktes« anpassen, wie etwa bei den Wirtschaftswissenschaften zu beobachten ist. Bei Kooperationen der Wissenschaft mit Rüstungsunternehmen beispielweise tritt an Stelle des Forschens für ein friedliches Zusammenleben das Forschen für eine optimale Kriegsführung.

Leidtragende dieser Veränderungen sind nicht nur die Studierenden, sondern die Gesellschaft insgesamt. Im Rahmen der Logik der Kostenminimierung und zeitlich begrenzter Forschungsaufträge wurden Arbeitsverhältnisse zunehmend prekariert, vom »Traumjob Wissenschaft« kann keine Rede mehr sein. Durch die Reformen an den Hochschulen wurde die Mitsprache der Studierenden und der Beschäftigten weiter eingeschränkt. Auf wesentliche Fragen, wie z. B. ihr Arbeitsumfeld oder ihre Forschungsschwerpunkte, haben sie immer weniger Einfluss.

### ***DIE LINKE steht für:***

- die öffentliche Finanzierung der Hochschulen anstatt der Orientierung auf wettbewerblich und privat vergebene Mittel
- den freien Zugang zum Master für alle Bachelor-Studierenden als ersten Schritt zur Überwindung des Bache-

lor-Master-Systems, die Änderung der Strukturvorgaben, die gewährleistet, dass in allen Studiengängen ein angemessener Anteil der Lehrveranstaltungen frei wählbar ist und so eine eigene Schwerpunktsetzung im Studium ermöglicht sowie die Aufhebung der Begrenzung der Regelstudienzeit

■ die Öffnung der Hochschulen für Berufstätige, z.B. durch mehr Angebote für ein- und zweijährige Zusatzausbildungen auf Master-Niveau

■ die Öffnung der Hochschulen auch für Menschen ohne Abitur, den an der realen Nachfrage orientierten Ausbau der Studienplatzkapazitäten sowie die Abschaffung sämtlicher Studien- oder Prüfungsgebühren

■ den Ausbau der sozialen Infrastruktur und des studentischem Wohnraums durch bessere Finanzierung der Studierendenwerke und die Entkommerzialisierung des Campus

■ eine Neufassung des Bayerischen Hochschulgesetzes. Wichtig sind insbesondere die innere Demokratisierung der Hochschule mit gesetzlicher Verankerung der Verfassten Studierendenschaft als rechtsfähige Teilkörperschaft mit voller Satzungs- und Finanzautonomie mit gesicherter Mitgliedschaft aller Studierenden und allgemeinpolitischem Mandat, die Abschaffung der Hochschulräte, die Einführung der Viertelparität, die allen Statusgruppen der Hochschule (Professorinnen und Professoren, Studierenden, wissenschaftlichem und wissenschaftsunterstützendem Personal) die Mitbestimmung sichert sowie die Abschaffung des Einspruchsrechts der katholischen Kirche bei der Besetzung von Lehrstühlen

■ eine Professorinnenquote, eine genderechte Studienganggestaltung und Maßnahmen, um der strukturellen Diskriminierung von Frauen im Wissenschafts- und Lehrbetrieb entgegenzuwirken

■ die Verankerung von Zivilklauseln im bayerischen Hochschulgesetz sowie in den Statuten der Hochschulen: Forschung soll ausschließlich friedlichen und zivilen Zwecken dienen.

■ die Wiederherstellung von Tarifautonomie für wissenschaftlich Beschäftigte auch im Bereich Hochschule und Forschung und die Durchsetzung guter Arbeitsbedingungen an den Hochschulen: Umwandlung befristeter Arbeitsverhältnisse in unbefristete, insbesondere im Planstellenbereich und für den Mittelbau, und tarifliche Arbeitsverhältnisse auch für studentische Beschäftigte.

### **Erwachsenenbildung fördern – Weiterbildung ausbauen**

Weiterbildung erhöht die Chancen auf Teilhabe in Gesellschaft und Arbeitswelt. Sie ist eine Notwendigkeit im beruflichen bzw. persönlichen Alltag und als Rechtsanspruch gesetzlich zu verankern. Ein breit gefächertes, flächendeckendes Weiterbildungsangebot ist eine öffentliche Aufgabe. Weiterbildung soll finanzierbar sein und darf nicht vom eigenen Geldbeutel abhängen. Kürzungen wie z. B. im Bereich der politischen Bildung von der schwarz-gelben Regierung vorgenommen bedeuten Entdemokratisierung und sind vor dem Hintergrund der Neonazi-Aktivitäten und der NSU-Mordserie verantwortungslos.



Im öffentlich geförderten Teil der beruflichen Weiterbildung müssen Erwerbslose sowie deren Qualifikationsbedürfnisse stärker im Mittelpunkt stehen. Die schnelle Vermittlung in schlecht bezahlte Jobs lehnt DIE LINKE ab. Langzeitarbeitslose dürfen nicht in Maßnahmen gezwungen werden. Qualifizierungsangebote mit Wahlmöglichkeiten sollen eine tatsächliche Verbesserung der persönlichen und beruflichen Qualifikation – im Sinne anerkannter Abschlüsse – bieten.

Gesellschaft, Unternehmen und Freistaat müssen Möglichkeiten schaffen, berufliche Arbeit, Persönlichkeitsentwicklung und Weiterbildung zu verbinden. Daher sollen feste Arbeitsverhältnisse in diesem Bereich wieder zur Regel werden. Beschäftigte in der Weiterbildung haben Anspruch auf eine angemessene Bezahlung. Sie sind entsprechend den tariflichen Regelungen wie in anderen öffentlichen Bildungsbereichen zu bezahlen. Willkürliche Befristungen oder scheinselfbstständige Beschäftigungsverhältnisse über Werkverträge lehnt DIE LINKE Bayern ab.

Der Freistaat soll die ausreichende Finanzierung von Personalräte-Qualifizierungen sicherstellen sowie die Freistellungstunden bei Lehrkräften einplanen, die als Personalrätinnen und Personalräte gewählt worden sind; deren Genehmigung darf nicht von der Kassenlage abhängig sein.

Für freiberuflich tätige Lehrkräfte, die mit ihrem Honorar Ausgaben wie Sozialversicherung, Ausfallzeiten wegen Krankheit, Urlaub, Auftragsausfall, Unterrichts- oder Seminarvorbereitung usw. selbst tragen, setzt sich DIE LINKE für ein Mindesthonorar von

derzeit 30 Euro pro Unterrichtseinheit zuzüglich des Arbeitgeberanteils zur Sozialversicherung ein. Der Freistaat Bayern soll über den Bundesrat die Initiative ergreifen für diese Beschäftigtengruppe den Zugang zur Künstler-sozialversicherung zu ermöglichen.

### ***DIE LINKE steht für:***

- ausreichende finanzielle und persönliche Ausstattung aller Bereiche der öffentlich geförderten Weiterbildung
- den Erhalt und Ausbau der Volkshochschulen; die Anhebung der VHS-Förderung durch den Freistaat von derzeit 0,45 Euro je Unterrichtseinheit und Teilnehmer auf mindestens einen Euro
- die Bereitstellung öffentlicher Bibliotheken als Teil des Bildungsauftrages der bayerischen Verfassung und Pflichtaufgabe der Kommunen sowie eine ausreichende Beteiligung des Freistaats an deren Finanzierung
- die Einführung eines Weiterbildungsgesetzes auch in Bayern, inklusive dem Recht auf einen mindestens zweiwöchigen gesetzlichen Bildungsurlaub in Bayern
- ein Mindesthonorar von derzeit 30 Euro pro Unterrichtseinheit zuzüglich des Arbeitgeberanteils zur Sozialversicherung für freiberuflich tätige Lehrkräfte

### **Elementarbildung, Jugendhilfe und Sozialarbeit**

Bildung ist ein vielschichtiger, lebensbegleitender Prozess, der bereits vor der Einschulung beginnt. Besonders wichtig für die Entwicklung sozialer

Fähigkeiten ist die Elementarbildung schon im frühen Kindesalter. Jedes Kind sollte individuell frei und zugleich mit anderen solidarisch aufwachsen.

Kindertagesstätten (Kitas) sind unverzichtbar für den Abbau von Benachteiligungen beim Zugang zu schulischer Bildung sowie für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Das Bayerische Kinderbildungsgesetz (BayKiBiG) schafft keine angemessenen Voraussetzungen, um dieser Herausforderung gerecht zu werden. Der jetzige Anstellungsschlüssel von 1:11,5 (Erziehende zu Kindern), gewährleistet keine gute, pädagogisch wertvolle Kinderbetreuung. Er verschleiert noch dazu die wirkliche Situation, da er alle Personalstunden im Verhältnis zu den gebuchten Stunden stellt und bis zu 30 Prozent der Zeiten ausklammert, die nicht mit Kindern verbracht werden. Es fehlen außerdem die Zeiten für Urlaub, Krankheit, Fortbildung, Freistellungen u.a. Für Kinder unter 3 Jahren gilt pauschal der Faktor 2, ohne die riesigen Entwicklungsunterschiede des Kindes unter einem Jahr und von Dreijährigen zu berücksichtigen. Bei dem viel zu niedrigen Basiswert, von dem alle anderen Pauschalen abgeleitet sind, kann pädagogische Qualität von den Trägern nicht bezahlt werden. Dies können allenfalls reiche Eltern.

Bayern liegt weit hinter dem in Europa definierten Betreuungsschlüssel von 1:8 (unter 3 Jahren von 1:4) als Voraussetzung für gute Frühbildung. Das Modell der »Großtagespflege« bietet auch den Beschäftigten keine sichere Existenzgrundlage. Bei den hinzukommenden gewerblichen, gewinnorientierten Trägern steht

das Wohl der Kinder nicht an erster Stelle.

Wir brauchen in Bayern Kindertageseinrichtungen, in denen Kinder mit unterschiedlichem Förderbedarf mit- und voneinander lernen. Die Einstellung einer heilpädagogischen Fachkraft in jeder Kita ist hierfür eine wichtige Voraussetzung. Eltern sollten sich frühzeitig für eine Förderung in einer Kindertagesstätte entscheiden können. Die Sprachenvielfalt in einer Gruppe ist kein Handicap; sie sollte als Vorteil wertgeschätzt werden.

Kinderpflegerinnen und Kinderpfleger, Erzieherinnen und Erzieher sowie Sozialpädagoginnen und -pädagogen tragen im Umgang mit Kindern und Jugendlichen große Verantwortung. Sie brauchen eine qualifizierte Ausbildung, so z. B. im Bereich der Diagnostik und der Sprachförderung sowie in der Zusammenarbeit mit Eltern. Dazu bedarf es ausreichender Weiterbildungsangebote und genügend Zeit, um alle Kinder individuell fördern zu können. In Bayern ist insbesondere die Fachkraftquote von 50 Prozent zugunsten einer von 66 Prozent zu verbessern, wobei den Pflegerinnen und Pflegern sowie den Eltern eine großzügige Weiterbildung zu gewähren ist.

Die Zusammenarbeit von Eltern, Kinder- und Jugendarbeit, von Jugendhilfe und Schule, von Fachkräften der Schul-, Heil- und Sozialpädagogik sowie therapeutischen Kräften ist notwendiger Bestandteil inklusiver Bildung und Erziehung. Dazu brauchen wir personelle und rechtliche Voraussetzungen, aber auch ein generelles Umdenken.

## ***DIE LINKE steht für:***

- flächendeckend inklusive gebührenfreie Tageseinrichtungen mit dem dafür erforderlichen Personal und die Abschaffung des derzeitigen auf Personaleinsparung ausgerichteten Systems der Buchungszeiten (BayKiBiG) zugunsten eines pädagogisch sinnvollen Gesamtbildungskonzepts; in einem ersten Schritt soll für das erste Kita-Jahr ein Rechtsanspruch auf kostenfreien Zugang geschaffen werden
- Kinderpfleger/innen sind in S6 statt S4, Erzieher/innen in S8 statt S6 einzugruppieren
- die sofortige Erhöhung des Grundbetreuungsschlüssels auf 1:10 (eine Erziehungsperson für maximal zehn Kinder), mittelfristig auf 1:8, bei bis zu Dreijährigen auf 1:4 sowie die Entbürokratisierung der pädagogischen Arbeit, u.a. durch Wegfall von Beobachtungsbögen und anderer einseitig geforderter statistischer Leistungen ohne Personalausgleich
- ein angemessenes Verhältnis des Schlüssels für Kinder mit Migrationshintergrund und für Kinder aus schwierigen sozialen Lagen sowie kompetente interkulturelle Erziehung
- den Wegfall staatlicher Förderung gewinnorientierter Kindertagesstätten sowie ein flächendeckendes Angebot nicht religiös gebundener Kindertagesstätten
- gesunde und kostenfreie Mahlzeiten für die Kinder in allen Einrichtungen

## **Freiheit für Kunst und Kultur**

Für DIE LINKE steht der Mensch im Mittelpunkt der Politik. Damit ist DIE LINKE, ist die von uns vertretene Politik, selbst ein kulturelles Projekt.

Kulturelle Bildung und künstlerische Tätigkeiten sind kein Luxus oder gar nutzloser Zeitvertreib, sondern ein wesentlicher Bestandteil der Persönlichkeitsentwicklung und Grundbedürfnis aller Menschen. Alle sollen daran teilhaben können, nicht nur als Konsumentinnen und Konsumenten, sondern als selbst tätige, schöpferische Gestalterinnen und Gestalter.

Kunst ist ein Spiegel der Gesellschaft. In ihm erkennen wir Strömungen und Probleme der Gesellschaft als kreative Abbildung der Realität. Orte, an denen Kunst und Kultur stattfindet, sind außerdem Orte der Begegnung und des Dialogs unterschiedlicher Kulturen. Hier werden Verständnis und Toleranz für das Andere und für das Eigene gefördert. Kultursponsoring durch finanzkräftige Geldgeber birgt die Gefahr der Instrumentalisierung von Kunst und kann durch »Event«-Orientierung zu einer Verflachung führen. Öffentliche Mittel und öffentliche kreative Frei-Räume fördern die Vielfältigkeit kultureller Äußerungsmöglichkeiten.

## ***DIE LINKE steht für:***

- eine Kulturpolitik, die ein vielfgestaltetes und ausgewogenes kulturelles Angebot schafft, das für die Allgemeinheit zugänglich bleibt
- die Verbesserung der Situation von Kunst und Kulturschaffenden. Dafür wollen wir Arbeitsplätze, Projekte

und Regelungen schaffen, die Kunst und Kultur im Alltag der Gesellschaft verankern.

- die Unterstützung der kulturellen Infrastruktur bayerischer Kommunen im ländlichen Bereich
- den bezahlbaren Besuch von Theatern, Museen und anderen Kunstinstituten, die Teilnahme an musischer Weiterbildung – z. B. an der Volkshochschule – für alle und den Ausbau kultureller und musischer Bildung in den Schulen gleichberechtigt zu anderen Fächern in den Lehrplänen zu berücksichtigen
- Kulturpolitik, die darauf hinwirkt, ein vielgestaltiges und ausgewogenes kulturelles Angebot zu schaffen, das für die Allgemeinheit zugänglich bleibt
- Der Franz-Josef-Strauss-Flughafen soll umbenannt werden in Flughafen München/Freising: Die Namen der Flughäfen richten sich nach den Orten an denen sie liegen

### **Medienvielfalt statt kommerzieller Verflachung**

Medien filtern die Informationen für die Bevölkerung und prägen die Kultur. Wer Medien besitzt oder kontrolliert, kann gesellschaftliche Entwicklungen beeinflussen. Die einflussreichsten Medien in Bayern festigen oft die von der CSU geschaffenen herrschenden Verhältnisse und mythisieren einseitig ein Geschichtsbild, das in Deutschland seinesgleichen sucht. Die Versuche der CSU, auf die Berichterstattung verschiedener Presseorgane und des Bayerischen Rundfunks Einfluss zu nehmen, sind ein Skandal und verdeutlichen den politischen Handlungsbedarf.

In Presse, Fernsehen, Internet und Radio werden kommerzielle Interessen immer bestimmender. Konzentrationsprozesse und Renditedruck führen zur Verflachung der Berichterstattung. Der Einfluss von PR-Agenturen auf Redaktionen hat beängstigend zugenommen. Die Arbeitsbedingungen für Journalistinnen und Journalisten haben sich stetig verschlechtert und fördern vielerorts die Neigung zu einer freiwilligen Selbstzensur und mangelnder Recherche aus Zeitgründen. Dies alles geht zu Lasten verlässlicher Information und berührt die demokratische Substanz unserer Gesellschaft. Besonders beunruhigend ist, dass sich Finanzinvestoren in immer größerem Ausmaß des Mediensektors bemächtigen, denen es vor allem um ihre Rendite geht. In einer solcherart deformierten Medienlandschaft wird der öffentlich-rechtliche Rundfunk seinem eigentlichen Auftrag immer weniger gerecht.

DIE LINKE verteidigt in Bayern die Pressefreiheit, unterstützt unabhängige Medienmacherinnen und Medienmacher und trägt selbst zur Herstellung von demokratischer Gegenöffentlichkeit bei.

DIE LINKE setzt sich für Medienvielfalt ein, die eine unabhängige Information der Bevölkerung im Sinne gesellschaftlicher und individueller Emanzipation ermöglicht. Sie setzt sich für Redaktionsstatute ein, die den Redaktionen unabhängigeres Arbeiten garantieren. Dies könnte im Landtag durch ein Landespressegesetz verbindlich festgelegt werden.

Mit der Verbreitung des digitalen Netzes entstehen spezifische soziale und räumliche Mechanismen der Ausgren-

zung, denn in Bayern ist der Zugang zu digitalen Informations- und Kommunikationstechnologien nach Einkommen und Region ungleich verteilt. Dies spaltet die Gesellschaft und steht im Widerspruch zu demokratischen Grundideen.

### ***DIE LINKE steht für:***

■ die Stärkung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks und die Unabhängigkeit des Bayerischen Rundfunks bei der Programmgestaltung. Dafür sind die Aufsichtsgremien des Senders entsprechend den vielfältigen Interessen der Gesellschaft zu besetzen und die Regeln gemäß Landesmediengesetz Art. 4 im Sinne der Ausgewogenheit des Gesamtangebots und der Meinungsvielfalt einzuhalten.

■ den Stopp weiterer Kommerzialisierung des öffentlich-rechtlichen Programmangebots die Rücknahme

der überhöhten Förderung privater Fernsehsender aus dem bayerischen Staatshaushalt; stattdessen könnte die Rundfunkgebührenpflicht entfallen

■ die Regeln gemäß Landesmediengesetz Artikel 4 im Sinne der Ausgewogenheit des Gesamtangebots und der Meinungsvielfalt einzuhalten

■ eine Förderung der Community Medien und die Anerkennung ihrer wichtigen Rolle für die Medienlandschaft in Bayern. Die Förderung und Entwicklung nichtkommerzieller lokaler und regionaler Medien ist für eine gute und ausgewogenere Berichterstattung in Bayern unentbehrlich. Demgegenüber waren die Kürzungen der letzten Jahre vollkommen falsch.

■ die Bereitstellung einer Infrastruktur für ein bezahlbares »Breitband-Internet« für alle in Bayern

## Demokratie statt Repression und Obrigkeitsstaat

Die bayerische Innen- und Rechtspolitik ist seit Jahren dadurch gekennzeichnet, dass sie vorwiegend repressiv handelt, anstatt selbstbewusst und verantwortungsvoll handelnde Menschen aktiv einzubinden und so gemeinsam mit der Bevölkerung das gesellschaftliche Zusammenleben zu gestalten.

Wir sind Verfechter des Rechtsstaates. Rechtsstaat heißt zum Beispiel, dass es ein bestimmtes Verfahren braucht, wenn jemand inhaftiert werden soll. Das heißt auch, dass bei

einem Streit alle, also auch die wirtschaftlich Schwächeren, ihre Meinung vortragen dürfen. Der Zugang zu den Gerichten darf nicht nur denen vorbehalten sein, die es sich leisten können. Eine Verschärfung der Prozesskostenhilfebestimmungen lehnen wir strikt ab. Wir wollen, dass sich der Freistaat Bayern hierfür auch in Berlin einsetzt.

Wir sind gegen Gewalt. Die Alternative zur Gewalt sind Dialog und Diskussion. Hierbei ist es Aufgabe der Politik, Angebote zu schaffen. Hierzu brauchen wir Jugendzentren,

die für Jugendliche und Heranwachsende unentgeltlich sind. Wir brauchen Stellen für Streetworker. Sicherheit gibt es durch soziale Integration, und einer Einbindung aller Menschen. Demokratie, soziale Gerechtigkeit und Sicherheit sind unmittelbar miteinander verknüpft.

### **Mehr Mitsprache in einem demokratischen Bayern ermöglichen**

»Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus«. So bestimmen es Artikel 20 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes und Artikel 2 der bayerischen Verfassung. Nur noch eine Minderheit der Bevölkerung empfindet diese Rechtsnorm jedoch als Realität. Eine immer weiter zurückgehende Wahlbeteiligung macht deutlich, wie gering die Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger an positive politische Veränderungen sind. Das ändert sich nur, wenn alle Menschen an den Entscheidungsprozessen teilnehmen können. Zu hoch sind die Hürden für Mitsprachemöglichkeiten bei Volksentscheiden und Bürgerbegehren.

#### ***DIE LINKE steht für:***

- die Senkung der rechtlichen Hürden für kommunale und landesweite Volksabstimmungen
- die Streichung des Artikels 73 der bayerischen Verfassung (»Über den Staatshaushalt findet kein Volksentscheid statt.«); Bürgerhaushalte müssen möglich werden
- die Ausweitung des allgemeinen Wahlrechts auf alle Bürgerinnen und Bürger, die in Bayern leben und über 16 Jahre alt sind

■ die generelle Anwendung des demokratischen Hare-Niemeyer-Auszählverfahrens bei Wahlen

■ die Stärkung politischer Vielfalt in den kommunalen Parlamenten durch eine Vereinfachung der Möglichkeit, bei Kommunalwahlen antreten zu können

■ die Förderung des Demokratieverständnisses aller und im Besonderen der jungen Bürgerinnen und Bürger sowie der Initiativen und Einrichtungen für selbst verwaltete Jugend- und Kulturarbeit durch den bayerischen Landtag

### **Für Chancengleichheit und Geschlechtergerechtigkeit**

Trotz rechtlicher Gleichstellung und Fortschritten in der Chancengleichheit von Frauen und Männern bleiben der weitere Abbau von Benachteiligung von Frauen und die Geschlechtergerechtigkeit ständige Aufgabe. Ohne Geschlechtergerechtigkeit keine Demokratie. Gesellschaftlich bedingte strukturelle Benachteiligungen existieren besonderes in Bayern. Deshalb streitet DIE LINKE dafür, das gesellschaftlich noch immer verankerte Machtgefälle zwischen Männern und Frauen aufzuheben.

In Bayern muss eine gleichstellungspolitische Strategie für das gesamte Bundesland und für alle Ressorts entwickelt werden. Unter dem Motto »Gleichstellung weiter denken« wollen wir alle Ministerien und die Verwaltungen der Regierungsbezirke zu einem gleichstellungspolitischen Rahmenprogramm verpflichten, politische Vorhaben mit gleichstellungspolitischen Zielen zu verbinden – ob im Sport,

bei Existenzgründungsprogrammen, in der Jugendhilfe, beim Schutz vor häuslicher und sexueller Gewalt, in der Landesentwicklung oder in der Haushaltspolitik (Gender Budgeting). Dieses neue Vorgehen verbindet Geschlechterpolitik und Frauenförderung, die sinnvoll und notwendig ist.

DIE LINKE tritt für die strikte Quotierung von Führungspositionen auf allen Ebenen und in allen Bereichen sowie für paritätische Gremienbesetzungen ein. Alle Vorhaben und Beschlüsse von Politik und Verwaltung sind hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf Männer und Frauen zu überprüfen.

Frauen- und Gleichstellungspolitik muss trotz der Querschnittsfunktion ein eigenständiger Politikbereich sein, mit entsprechenden personellen, materiellen und finanziellen Ressourcen, als Doppelstrategie von Gender Mainstreaming und Frauenförderung.

## **Öffentliche Verwaltung demokratisieren**

Verwaltungsreform darf nicht wie in der Vergangenheit Personalabbau, Arbeitsverdichtung und Beschneidung der Mitbestimmung der Beschäftigten im Öffentlichen Dienst heißen. DIE LINKE fordert auf jeder Verwaltungsebene Bürgerbeauftragte (Ombudsleute) mit aufschiebendem Vetorecht, die als neutrale Schlichtungsinstanzen auf vorgerichtlicher Ebene zwischen Bürgerinnen und Bürgern und den einzelnen Ämtern und Behörden auftreten. Hierzu ist Personal erforderlich.

### ***DIE LINKE steht für:***

■ einen öffentlichen Dienst, in dem bei allen Beschäftigungsverhältnissen

die einschlägigen Tarifbestimmungen gelten und eingehalten werden

■ die Demokratisierung öffentlicher Betriebe und Dienststellen in Bayern

■ den Ausbau und die Stärkung der Beteiligungsrechte von Bürgerinnen und Bürgern

■ die Erweiterung des Wahlrechts bei den Wahlen zu Personal-, Jugend- und Auszubildendenvertretungen

■ die Bildung eines Landespersonalrats und einer Landes-, Jugend- und Auszubildendenvertretung auf der Ebene des Ministerrats, die mit den vollen Rechten des BayPVG ausgestattet sind

■ die verstärkte Einstellung von Bürgerinnen und Bürgern mit Migrationshintergrund

■ die Abschaffung des Fragebogens zur Verfassungstreue

■ mehr Einstellungen von Streetworkern im öffentlichen Dienst

■ die Einbeziehung von Bürgerinnen und Bürgern und Bürgerinitiativen bei Großprojekten sowie beim Siedlungs- und Wohnungsbau

Wir wollen die Bezirksregierungen als verlängerten Arm der Staatsregierung abschaffen und die demokratischen Entscheidungs- und Gestaltungsmöglichkeiten der Regionen stärken. *DIE LINKE* fordert die Dezentralisierung möglichst vieler Kompetenzen, damit mehr Entscheidungen vor Ort getroffen werden können. Dafür müssen die kommunalen Körperschaften mit den erforderlichen Finanzen ausgestattet werden.

## **Für die innere Sicherheit dürfen keine Freiheitsrechte geopfert werden**

Im Grundgesetz verankerte persönliche Freiheitsrechte, die die einzelnen Bürgerinnen und Bürger vor staatlichen Übergriffen schützen, werden unter dem unbestimmten Begriff der »Gefahrenabwehr« eingeschränkt. Das betrifft insbesondere das Recht auf Versammlungs- und Demonstrationenfreiheit. Mit der Einschränkung von Freiheitsrechten, dem Ausbau des Überwachungsstaates und der Militarisierung der Innenpolitik wird die Gefahr von Terroranschlägen in der Bundesrepublik nicht verringert.

Es ist nicht Aufgabe der Innenpolitik, die Bürgerinnen und Bürger zu bespitzeln und unter Generalverdacht zu stellen. Es ist Aufgabe der Politik, die Bürgerinnen und Bürger zu schützen, auch und vor allem vor staatlichen Übergriffen. DIE LINKE sagt entschieden nein zu dem Vorhaben, öffentliche Sicherheit mit der Einschränkung von Freiheitsrechten herstellen zu wollen.

Probleme der öffentlichen Sicherheit sind auch eine soziale Frage. Die Ursachen von Kriminalität müssen ergründet und bekämpft werden. Fehlende Perspektiven, Armut, Erwerbslosigkeit und mangelnde Integration von Menschen dürfen keinen Vorschub leisten oder zu vorurteilsbehaftetem Verhalten der Behörden führen. Es dürfen keine »Einsparungen« in der Arbeitsmarktpolitik, in der Sozialarbeit, an Sprachkursen, an Beratungs- und Hilfsangeboten erfolgen. Wir sprechen uns zudem klar gegen sozial diskriminierendes und stigmatisierendes Polizeiverhalten aus.

## ***DIE LINKE steht für:***

- die Beschränkung polizeilicher Maßnahmen wie das befristete Einsperren ohne Urteil, Platzverweis und Aufenthaltsverbot
- das generelle Verbot von Videoüberwachung auf öffentlichen Plätzen, bei Versammlungen und Demonstrationen
- die Abschaffung von Rasterfahndung und der Erhebung biometrischer Daten
- eine verstärkte Sensibilisierung der Polizeibeamten im Umgang mit der Zivilbevölkerung und deren Bürgerrechten, um diskriminierender Behandlung vorzubeugen
- die ersatzlose Auflösung der Verfassungsschutzbehörde
- den umfassenden Ausbau von Beratungs- und Hilfsangeboten der Sozialarbeit
- die Einrichtung eines Menschenrechtsausschusses im bayerischen Landtag
- eine an den Landtag angebundene unabhängige Beschwerdestelle, die mittels umfassender Rechte mögliche Rechtsverletzungen der Polizei überprüft und ihre Arbeitsergebnisse bei Verdacht von Rechtsverletzungen an die Staatsanwaltschaft weiterleitet
- die politische Unabhängigkeit der Staatsanwaltschaft sowie die Überwachung der Staatsanwaltschaft durch alle im Landtag vertretenen Parteien
- das Verbot von Agents Provocateurs



- eine bessere Ausbildung der Polizei, vor allem in Bezug auf Deeskalationsverhalten sowie zur Bekämpfung von Wirtschaftskriminalität

- das Verbot des Einsatzes der Polizei zur Durchsetzung politischer oder wirtschaftlicher Interessen

- die individuelle Kennzeichnungspflicht von Polizistinnen und Polizisten

- die ersatzlose und sofortige Auflösung der polizeilichen Sondereinheit USK

- die Abschaffung der Vorratsdatenspeicherung

## **Versammlungsfreiheit verteidigen**

Der Versuch, das bayerische Versammlungsgesetz massiv zu verschärfen, ist aufgrund breiten gesellschaftlichen Protestes und einer Eilentscheidung des Bundesverfassungsgerichtes vom 17. September 2009 gescheitert. Dennoch wurden mehrere Verschärfungen im Vergleich zum alten Versammlungsgesetz durchgeführt. Wir stehen für eine Liberalisierung des Versammlungsgesetzes vor allem für soziales und antifaschistisches Engagement.

Wir wollen, dass sich die Bevölkerung ohne Angst vor Registrierung, Beobachtung und Videoaufzeichnungen durch den Staat ihr grundgesetzlich garantiertes Demonstrationsrecht wahrnehmen und ohne Angst an der politischen Willensbildung teilnehmen kann. Die Teilnahme an einer Demonstration darf kein Hinderungsgrund sein, in den öffentlichen Dienst aufgenommen zu werden. Dies ist vor

den geschichtlichen Hintergründen unseres Landes wichtig.

Das berechnete und notwendige Verbot neonazistischer Aufmärsche darf nicht gegen soziales und antifaschistisches Engagement ins Gegenteil verkehrt werden. Unser Maßstab ist Art. 8 des Grundgesetzes, das Grundrecht der Versammlungsfreiheit.

### ***DIE LINKE steht für:***

- Rücknahme der Regelung, dass bereits zwei Personen eine Versammlung darstellen können

- das Verbot von »Kleiderordnungen« bei Versammlungen

- den Schutz persönlicher Daten der Ordnerinnen und Ordner

- eine Vereinfachung der Anmeldung von Versammlungen

- die uneingeschränkte Möglichkeit gerichtlicher Überprüfung im Falle eines Verbots oder von Auflagen durch zu kurzfristige Bekanntmachung des Bescheides durch Behörde oder Polizei

- das Verbot verdeckter Ermittler, insbesondere von Agent Provocateurs

- das Verbot von Polizeikesseln und Bedrängung von Demonstrations Teilnehmer/innen

- den Schutz antifaschistischer Demonstrationen vor neonazistischen Übergriffen und Provokationen

- das Verbot der Speicherung von Daten der Demonstrations Teilnehmer/innen

## **Drogenpolitik – Hilfe statt Repression**

Im Bereich der Drogenpolitik muss ein Umdenken erfolgen. Die Erfahrungen zeigen, dass Drogenkonsum durch Verbote nicht eingeschränkt werden kann. Kriminalisierung und Ausgrenzung tragen weder zur Sicherheit der Bevölkerung bei, noch sind sie eine Hilfe für die Abhängigen. Wir wollen keine Angst verbreiten, sondern über die Gefahren und Risiken des Drogenkonsums informieren. Frühestmögliche und umfassende Aufklärung ist das beste Mittel, um dem Missbrauch von Drogen und Medikamenten sinnvoll entgegenzutreten.

DIE LINKE steht für eine Drogenpolitik, die sich am aktuellen wissenschaftlichen Stand und am Wohl der Allgemeinheit orientiert. Wir wollen politische Maßnahmen, Angebote und Prävention, anstatt diese Problematik alleine als polizeiliche Aufgabe zu betrachten.

DIE LINKE setzt auf eine akzeptierende Drogenpolitik, bei der nicht die Entwöhnung der Süchtigen im Vordergrund steht, sondern die Verbesserung ihrer Lebenssituation bei gleichzeitiger Akzeptanz des Drogenkonsums. Dieser Ansatz resultiert auch aus der Erfahrung des Misserfolges von Zwangstherapien und dem Elend und der Kriminalisierungsspirale, in welchen viele Konsumenten von sogenannten »harten« Drogen stecken: Beschaffungskriminalität, (Zwangs-)Prostitution, Gefängnis, Ansteckung mit Hepatitis, HIV und anderen, schlimmen Erkrankungen und Todesfällen durch Streckmittel oder falsche Dosierung.

## ***DIE LINKE steht für:***

- objektive Aufklärung im Rahmen des Schulunterrichts über mögliche Folgen des Drogen- und Medikamentenmissbrauchs
- die Entkriminalisierung von Besitz, Erwerb, Einfuhr und Anbau sowie die Zulassung von kontrolliertem Handel mit Cannabis unter Berücksichtigung des Jugendschutzes
- Hilfe für Suchtkranke und deren Angehörige
- psychosoziale Beratungs- und Betreuungsstellen und Streetworker
- Die Zulassung von Drogenkonsumräumen

## **Datenschutz ernst nehmen – Nein zum »gläsernen Menschen«**

Grundlage des Datenschutzes ist das Recht auf informationelle Selbstbestimmung. Jeder Mensch muss selbst frei entscheiden können, was mit seinen personenbezogenen Daten geschieht. Angesichts der wachsenden Bedeutung von Informationstechnologien und elektronischer Datenverarbeitung gewinnt der Datenschutz immer mehr an Bedeutung. Die gegenwärtige Rechtslage setzt zwar der Daten-Sammelwut Grenzen, aber längst nicht im notwendigen Umfang. Wie bereits in sehr vielen Kommunen in Bayern und anderen Bundesländern bereits vorhanden, benötigen wir auch auf Landesebene die Möglichkeit für die Bürgerinnen und Bürger, sich über Behördenvorgänge zu informieren.

## ***DIE LINKE steht für:***

- die Verankerung des Datenschutzes in die Landesverfassung
- ein von der Regierung unabhängiges Landeszentrum für Datenschutz
- die Ausweitung des Datenschutzgesetzes auf alle Bereiche der öffentlichen Verwaltung
- die Einführung des Anspruchs aller Bürgerinnen und Bürger auf kostenlose Auskunft, Korrektur und Löschung von Daten in zentralen Datenbanken
- die personelle und finanzielle Aufwertung von Datenschutzbeauftragten und ihrer Arbeitsmöglichkeiten
- die Löschung aller über den gesetzlichen Rahmen hinausgehenden, über ein Jahr alten Daten von Schülerinnen und Schülern
- ein Informationsfreiheitsgesetz auch in Bayern

## **Religionsfreiheit, Trennung von Kirche und Staat, Gewissensfreiheit, Recht auf Kriegsdienstverweigerung**

DIE LINKE bekennt sich zu einer Trennung von Staat und Religion.

Die Religionsfreiheit muss dabei gewährleistet sein. Religionsfreiheit heißt, dass Menschen ihren Glauben, im Rahmen des Grundgesetzes, leben dürfen ohne dadurch Nachteile zu haben. Religionsfreiheit heißt aber auch, dass Menschen konfessionslos oder Atheisten sein dürfen, ohne dadurch Nachteile zu haben. Dazu gehört das Asylrecht für alle die wegen ihres

Glaubens oder ihrer Weltanschauung verfolgt werden. Keine Religion, Glaubensrichtung oder Weltanschauung darf einer anderen gegenüber bevorzugt oder benachteiligt werden. Historisch Gewachsenes kann nicht in Kürze mit einem Federstrich beseitigt werden, jedoch müssen bisherige Privilegien der Religionen und weltanschaulichen Gemeinschaften abgebaut und beseitigt werden.

Rechte von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern dürfen nicht dadurch beschränkt werden, weil sie bei religiösen oder weltanschaulichen Tendenzbetrieben arbeiten. DIE LINKE fordert daher die Abschaffung aller Sonderregelungen für religiöse oder weltanschauliche

»Körperschaften des öffentlichen Rechts« im Betriebsverfassungsgesetz (§ 118) und im Allgemeinen Gleichstellungsgesetz. Über die für alle Tendenzbetriebe geltenden Besonderheiten hinaus dürfen die Rechte von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern nicht beschnitten werden. (Das heißt: Persönliches Verhalten oder persönliche Lebensumstände dürfen jenseits eines engen, in herausragender Weise religiös oder weltanschaulich geprägten Kernbereiches von Beschäftigungsverhältnissen, kein Einstellungs- oder Entlassungsgrund sein.)

DIE LINKE vertritt die Rechtsauffassung, dass die Beschäftigten der Religionsgemeinschaften, ihrer Organisationen und aller weltanschaulichen Gemeinschaften das Recht auf Mitbestimmung, Koalitionsfreiheit und Tarifautonomie haben.

DIE LINKE steht für Toleranz gegenüber allen Religionen und

Weltanschauungen, sowie für eine gleichberechtigte Behandlung aller Glaubens- und Weltanschauungsgemeinschaften.

DIE LINKE steht auch für die gegenseitige Toleranz und Rücksichtnahme und gleichberechtigtes Miteinander aller Religionen und Weltanschauungen. Dies betrifft auch Arbeitsbefreiungen an Feiertagen. Die gegenseitige Rücksichtnahme sollte vor allem an Feiertagen von Toleranz geprägt sein und Vorrang vor wirtschaftlichen Interessen bekommen. Einschränkungen des gesellschaftlichen Lebens an religiös oder weltanschaulich motivierten Feiertagen sollen auf das Nötigste begrenzt werden.

DIE LINKE steht für die Freiheit der Lehre an Universitäten und Hochschulen. Bei der Besetzung von theologischen Lehrstühlen ist die Freiheit der Lehre, die Religionsfreiheit sowie die Trennung von Staat und Religionsgemeinschaften zu berücksichtigen. Bei Ethik, Philosophie, geisteswissenschaftlichen, pädagogischen und anderen Lehrstühlen ist den Religionsgemeinschaften keine Beteiligung einzuräumen.

DIE LINKE steht auch für eine neutrale gemeinsame weltanschauliche Bildung. Wir fordern deshalb, dass an allen öffentlichen Schulen der Religionsunterricht durch einen allgemeinen Ethikunterricht ersetzt wird. Im Rahmen dieses neuen Unterrichtsfaches sind alle bedeutsamen Religionen und Weltanschauungen in angemessenem Umfang darzustellen. Dieser Unterricht dient ausschließlich der allgemeinen Wissensvermittlung und nicht einer missionarischen Betätigung der Glaubensvermittlung.

Der rechtswirksame Eintritt und Austritt aus einer Religionsgemeinschaft (Kirche) oder weltanschaulichen Gemeinschaft muss für die Bürgerinnen und Bürger kostenfrei sein und darf nicht behindert werden.

Im Rundfunkrat der öffentlich-rechtlichen Fernseh- und Radioanstalten sollen keinerlei Vertreterinnen und Vertreter der Religionsgemeinschaften oder weltanschaulichen Gruppierungen vertreten sein.

DIE LINKE ist eine Friedenspartei

DIE LINKE ist eine Antikriegspartei.

Die Verweigerung des Kriegsdienstes ist ein Beitrag zum Frieden.

DIE LINKE ist für die Aufnahme von Kriegsdienstverweigerern und Deserteurinnen und Deserteuren (Asylrecht) aus anderen Staaten. Sich der Gewalt zu verweigern ist positiv.

### **Gewalt gegen Frauen bekämpfen**

Noch immer unterliegen viele Frauen und Mädchen patriarchalen Gesellschafts- und Familienverhältnissen und werden zu Opfern von Zwang und Gewalt. Sie brauchen Schutz vor Diskriminierung und Gewalt und sie brauchen Unterstützung, damit sie selbstbestimmt leben und ihre Existenz eigenständig sichern können. Das gilt nicht nur, aber auch für Migrantinnen und Flüchtlinge. Dazu gehören Ausweitungen bei der Anerkennung geschlechtsspezifischer Asylgründe (z. B. Genitalverstümmelung) und die Einführung des eigenständigen Aufenthaltsrechts von Frauen, die Opfer von Gewalt in der Ehe, Zwangsheirat oder Menschenhandel sind.

Bei all dem kommt den selbstverwalteten Frauenprojekten besondere Bedeutung zu. Sie bieten vielseitige und niedrigrschwellige Angebote und sind als Orte der Selbstorganisation und des Erfahrungsaustausches von Frauen unverzichtbar. Sie arbeiten hochprofessionell und verfügen über eine gut vernetzte Infrastruktur.

Deshalb setzt sich die DIE LINKE nachdrücklich dafür ein, dass vom Land Bayern ausreichend Ressourcen bereitgestellt werden, damit Frauenprojekte organisatorisch unabhängig und finanziell unbefristet planen und arbeiten können.

### **Flüchtlinge brauchen Schutz – Asylrecht ausbauen**

Deutschland ist ein Einwanderungsland. Diese Tatsache muss in ganz Bayern zur Leitlinie der Politik werden und ist in allen Gesetzen und Verwaltungsvorschriften zu berücksichtigen.

Solange es Kriege, Ausbeutung, soziale Ungleichheit und Ungerechtigkeit gibt, wird es Flucht geben. Es ist daher falsch, mit einer repressiven Asylpolitik gegen Flüchtlinge und nicht gegen die Ursachen der Flucht zu kämpfen. Das Asylrecht ist Teil der Menschenrechte und Ausdruck unserer politischen, humanitären und geschichtlichen Verantwortung.

Freiheitsentziehung ist in unserem Rechtsstaat der größtmögliche Eingriff in die Rechte der Menschen. Dies setzt ein rechtsstaatliches Verfahren nach dem Grundgesetz und insbesondere nach den Vorschriften der Strafprozessordnung voraus. Menschen alleine deswegen einzusperren, weil sie keinen Aufenthaltstitel haben und

nicht ausreisen, stellt keinen Grund dar, diese Menschen auszugrenzen oder gar zu inhaftieren. Dies ist kein Vergehen oder gar Verbrechen.

Die auf Landesebene erlassenen Verwaltungsvorschriften zum Aufenthaltsgesetz – früher Ausländergesetz – sind von dem falschen Leitgedanken getragen, Ausländerinnen und Ausländer zur Ausreise zu bewegen, außer Landes zu befördern und Integration, Einwanderung und Aufenthaltsverfestigung zu erschweren. Wir wollen ein gastfreundliches, menschliches Bayern.

### ***DIE LINKE steht für:***

- die Aufhebung der Drittstaatenregelung und das Engagement des Freistaates Bayern hierzu in Berlin
- die Unwiderruflichkeit des Asylrechts bei anerkannten Flüchtlingen
- die Anerkennung des Aufenthalts auch von abgelehnten Asylbewerberinnen und Asylbewerbern oder Migrantinnen und Migranten ohne Papiere,
- das Verbot von Abschiebungen und staatlicher Gewalt gegen Menschen, die kein Aufenthaltsrecht haben
- die Gewährung des Bleiberechts auch für Erwerbslose, Kranke, Alte und Menschen mit Behinderung
- die Auszahlung von Sozialleistungen in Geld und nicht in Form von Essenspaketen oder Gutscheinen
- den erleichterten Zugang von Fällen zur Härtefallkommission und die gesetzliche Garantie, dass während

des Härtefallverfahrens keine aufenthaltsbeendenden Maßnahmen vorgenommen werden dürfen

- die Einrichtung einer flächendeckenden und kostenlosen Beratungsstruktur für Migrantinnen und Migranten und Aufstockung der Mittel für Beratungsstellen
- die Abschaffung der Lager
- die Abschaffung der Residenzpflicht
- den sofortigen Stopp von Ausreiseaufforderungen in die Herkunftsländer, die Flüchtlinge an ihre Folterer und Mörder ausliefern
- die Abschaffung der Flüchtlingsheime, in denen die Flüchtlinge vom gesellschaftlichen Geschehen ausgegrenzt sind
- Anerkennung laufender Asylanträge und viel höhere Anerkennungsquoten
- die uneingeschränkte Arbeitserlaubnis für Menschen mit unsicheren Aufenthaltsstatus
- eine Initiative Bayerns beim Bund zur Aufhebung der Abschiebehaft; in Bayern ab sofort keine Abschiebehaftanträge mehr

### **Migrations- und Integrationspolitik zukunftsfähig gestalten**

Nach weit mehr als 50 Jahren bundesdeutscher Migrationsgeschichte stellen wir fest, dass Bürgerinnen und Bürger mit Migrationshintergrund noch immer vielfachen gesellschaftlichen Ausgrenzungen ausgeliefert sind. Allzu häufig sind sie in ihrer Wohnumgebung isoliert, in der Arbeits-

welt überproportional ausgebeutet, mit niedrig qualifizierten Tätigkeiten betraut und vom gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Leben ausgeschlossen.

Der Verlust des Arbeitsplatzes geht sehr oft mit dem Verlust der Aufenthaltserlaubnis einher, so dass es den Betroffenen de facto nicht möglich ist, sich gegen schlechte Arbeitsbedingungen und niedrige Löhne zu wehren. Wie bei Hartz IV werden die Betroffenen staatlicherseits gezwungen, schlechte Arbeitsbedingungen und niedrige Löhne anzunehmen.

Integration ist die gleichberechtigte Teilhabe aller Menschen am kulturellen, politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben in einer solidarischen und demokratischen Gesellschaft. Dies wollen wir auch in Bayern so.

Ausgrenzung, Arbeitslosigkeit und mangelnde Bildung sozial Benachteiligter sind Bestandteile der allgemeinen Verschlechterung der Lebens- und Arbeitsbedingungen in Deutschland. Sie wirken auf Menschen mit Migrationshintergrund in besonderem Maße negativ. Ihnen wird oft einseitig die Schuld an ihrer Situation zugeschrieben. Wir sind gegen jede Politik, die Zugewanderte und Einheimische gegeneinander ausspielen will.

Menschen mit Migrationshintergrund sind vom Sozialabbau besonders hart betroffen. Durch Hartz IV sind der Anschluss an den Arbeitsmarkt und die Familienzusammenführung fast unmöglich geworden. Aufgrund des ALG II erhalten viele kein dauerhaftes Bleiberecht mehr. Zudem wird die

Einbürgerung erschwert und im Extremfall droht die Nichtverlängerung oder Verkürzung bzw. Befristung der Aufenthaltserlaubnis. Dies beraubt die Migrantinnen und Migranten ihrer Arbeitnehmerrechte. Aus Angst vor einer Ausweisung müssen Migrantinnen und Migranten jede Arbeits- und Lebensbedingung hinnehmen. Gleichzeitig werden die Migrantinnen und Migranten damit gegen die sonstigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ausgespielt.

Ein großer Teil der Menschen mit Migrationshintergrund hat keinen Zugang zu weiterführender Bildung. Für die nachfolgenden Generationen setzt sich diese negative Entwicklung fort. Der Zugang zu weiterführenden Bildungsabschlüssen hat sich auch in den letzten Jahren wieder verschlechtert.

Migrantinnen und Migranten gelten in unserer Gesellschaft häufig als unqualifiziert und ungelernt. Ihre schulischen und beruflichen Abschlüsse aus den Herkunftsländern werden besonders in Bayern nur unter komplizierten Voraussetzungen oder überhaupt nicht anerkannt.

Die erste Generation der Migrantinnen und Migranten hat längst das Rentenalter erreicht. Viele von ihnen brauchen Unterstützung und Pflege durch öffentliche Einrichtungen. Diese müssen personell und materiell besser ausgestattet werden.

### ***DIE LINKE steht für:***

- Einbürgerungserleichterung in Bayern
- das Wahlrecht für alle, die ihren Hauptwohnsitz in Bayern haben

- die Bestimmung einer/eines Landesbeauftragten zur Förderung der Chancengleichheit, die/der Gesetze, Verwaltungsrichtlinien und Verwaltungshandeln auf Rassismus, Intoleranz und Diskriminierung überprüft

- ein tragfähiges Migrations- und Integrationskonzept, das auf allen Ebenen des Freistaates umzusetzen ist und das auch auf die Gefahren der Selbstisolation eingeht. Die Umsetzung muss in regelmäßigen Abständen überprüft und bewertet werden. Die notwendigen finanziellen Mittel sind bereitzustellen.

- die Einbeziehung von Privatpersonen, Vereinen und Institutionen, die sich mit Migration und Integration auseinandersetzen, in die Erarbeitung und Umsetzung entsprechender Maßnahmen

- die gute finanzielle Ausstattung von Vereinen und Wohlfahrtsverbänden, die sich um Integration kümmern

- die Förderung interkultureller Kompetenz von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Öffentlichen Dienst. Bewerberinnen und Bewerber mit Migrationshintergrund und entsprechender Qualifikation sollen verstärkt eingestellt werden.

- die Anerkennung ausländischer Bildungsabschlüsse

- mehr und verbesserte Deutschkurse

- die Förderung der Integration durch Projekte wie die »Soziale Stadt«

- das Engagement des Freistaates Bayern im Bund für eine erleichterte Erlangung der doppelten Staatsbürgerschaft.

## **Faschismus und Nationalismus bekämpfen**

»Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung. Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel.« So heißt es im Schwur der überlebenden Häftlinge des Konzentrationslagers Buchenwald. Dieser Schwur ist für DIE LINKE eine Verpflichtung.

In Bayern gehören auch heute Rassismus und Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus, Muslimfeindlichkeit und Antiziganismus zum Alltag. Alarmieren muss: bis weit in die gesellschaftliche Mitte hinein hat in Bayern jede vierte Person ein rassistisches Weltbild. Und gerade in Zeiten der Krise versuchen rechte Gruppierungen aus sozialen Unterschichten und Präkarisierung Kapital zu schlagen. Erschreckendes Alarmsignal hierfür ist die NSU-Mordserie der letzten Jahre, fünf der Opfer lebten in Bayern.

Allen Ungleichheitsideologien tritt DIE LINKE entschieden entgegen. Neofaschismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit können nur wirksam bekämpft werden, wenn auch die Ursachen der Ungleichheit und der Besitzverhältnisse unserer Gesellschaft erkannt und geändert werden.

Das Verbot und die Auflösung aller neofaschistischen Organisationen, die Einziehung ihres Vermögens und das Verbot von Ersatzorganisationen würden die Strukturen des organisierten Neofaschismus erheblich schwächen. DIE LINKE fordert, dass sich das Land Bayern der Initiative für ein erneutes NPD-Verbotsverfahren anschließt. Die Alimentierung der NPD durch den

Verfassungsschutz muss beendet, V-Leute müssen abgezogen werden.

Durch die Gleichsetzung von Antifaschismus mit Rechtsextremismus werden antifaschistische und engagierte Organisationen gesellschaftlich ausgegrenzt und ihr finanzieller Handlungsspielraum massiv beschnitten. Antifaschistische Initiativen in Bayern leisten wertvolle Arbeit beim Kampf gegen rechte Ideologien und Einstellungen. Sie müssen öffentlich gefördert werden.

Zudem fordert DIE LINKE ein flächendeckendes Netz von Beratungsstellen für Opfer neofaschistischer Gewalt. Nach dem Vorbild von »Exit« werden wir uns für Ausstiegsprogramme für Rechte in Bayern einsetzen.

DIE LINKE unterstützt antifaschistische Bündnisse und versteht sich als Bestandteil der antifaschistischen Bewegung. Wir werden weiterhin zum Protest gegen Naziaufmärsche aufrufen und uns aktiv an der Verhinderung solcher Aufmärsche, beispielsweise durch Blockaden, beteiligen.

Eine demokratische und antifaschistische Erinnerungskultur ist notwendig für die Gestaltung von Gegenwart und Zukunft. Museen und Gedenkstätten bedürfen unserer besonderen Aufmerksamkeit. Auseinandersetzung mit dem deutschen Faschismus und Gedenken an die Millionen Opfer sind dabei zentrale Punkte.

DIE LINKE fordert die Abschaltung der Internetplattform »Bayern gegen Linksextremismus«. Die aus Steuermitteln finanzierte Plattform diffamiert offen DIE LINKE und Organisationen wie die Vereinigung



der Verfolgten des Naziregimes/  
Bund der AntifaschistInnen  
(VVN-BdA) und regionale Aktions-  
bündnisse gegen rechtsradikale  
Aktivitäten.

Das bayerische Innenministerium  
setzt Trojaner ein, um neben der  
Überwachung von Telefongesprächen  
kompletten Zugriff auf die IT-  
Kommunikation zu haben. Der Ein-  
satz von Trojaner-Software ist eine  
unkalkulierbare Sicherheitsgefahr.  
Daten und Dokumente werden von  
fremden Rechnern gelesen, Screen-  
shots werden erstellt und Mikrofone  
und Webcams für die Raumüber-  
wachung aktiviert. Trojaner  
manipulieren auch Daten auf dem  
Zielcomputer und ermöglichen die  
Speicherung von Dateien durch  
die Ermittler auf dem PC des  
Verdächtigen.

### ***DIE LINKE steht für:***

■ die Förderung und Unterstützung  
zivilgesellschaftlicher Aktivitäten  
gegen Rechtsextremismus und  
Ausländerfeindlichkeit

■ Beendigung des »Staatstrojaners«  
in Bayern

■ die politische und finanzielle  
Unterstützung antifaschistischer  
und antirassistischer Projekte  
und Initiativen

■ die konsequente strafrechtliche  
Verfolgung rassistischer,  
antisemitischer und neonazistischer  
Straftaten

■ den Abzug aller V-Leute aus  
NPD und anderen Parteien  
und Organisationen

■ das Verbot von NPD, FNS  
und weiterer neonazistischen  
Organisationen

■ Streetworker, die das Umfeld der  
Neonazis ausdünnen und den Zulauf  
junger Menschen in die Neonazi-  
Szene verhindern

■ die Förderung der Erinnerungs-  
kultur durch Ausstellungen,  
Informationsveranstaltungen  
und Gedenkstätten

## Ein anderes Bayern: Kooperativ und solidarisch

Die Marktwirtschaft lebt von Bedin-  
gungen, die sie selbst nicht schaffen  
kann. Bund, Länder und Gemeinden,  
immer mehr auch europäische und  
weltumspannende öffentliche Institu-  
tionen setzen die politischen Rahmen-  
bedingungen. Städte, Gemeinden,  
Landkreise und auch die Bundeslän-  
der gewährleisten technische, soziale  
und kulturelle Einrichtungen. Die

Weiterentwicklung dieser Infrastruk-  
tur stellt die Weichen für Lebensqua-  
lität und wirtschaftliche Chancen auf  
Jahre und Jahrzehnte im Voraus. Linke  
Politik interveniert in diese Planungs-  
prozesse, um ein Gegengewicht zu  
den Ungerechtigkeiten des Marktes  
zu schaffen. Uns geht es um verbes-  
serte Lebensbedingungen für die  
einzelnen Menschen und um Teilhabe

aller Gemeinden und Regionen an der wirtschaftlichen Entwicklung. Unser Ansatz einer solidarisch-ausgleichenden Strukturpolitik ist gerade heute wichtig, wo wir erleben, dass das Ziel gleichwertiger Lebensverhältnisse für Frauen und Männer, Kinder, Jugendliche und Studierende, Erwerbstätige und Rentnerinnen und Rentner allzu oft nur noch ein Lippenbekenntnis ist: Öffentliche Mittel wandern in die Regionen mit boomender Wirtschaft, während der Zugang zu öffentlichen Gütern und Einrichtungen denen schwer gemacht wird, die sie am dringendsten brauchen.

### **Nein zur »Schuldenbremse«**

DIE LINKE will mit ihren Konzepten zur Steuergerechtigkeit einen handlungsfähigen Staatshaushalt schaffen. Der Ausbau sozialer Absicherung, kostenfreie Bildungsangebote und ein sozial-ökologischer Wandel sind notwendige Investitionen in die Zukunft und müssen durch eine ausgleichende Steuerpolitik refinanziert werden.

Über Jahrzehnte haben CSU, FDP, SPD und Grüne durch Steuererleichterungen für Reiche dafür gesorgt, dass die Einnahmen im Staatshaushalt niedriger als die Ausgaben lagen. Die Staatsverschuldung in Deutschland ist bei gleichbleibender Staatsquote kontinuierlich gestiegen, alleine zwischen 1995 und 2011 von 56 Prozent auf 81 Prozent des BIP. Diese Parteien versuchen nun, mit einem Volksentscheid für eine »Schuldenbremse« in der Bayerischen Verfassung ihre eigene bundespolitische Verantwortung in der Steuerpolitik auf den Freistaat und die Kommunen abzuwälzen, indem diese zu Ausgabenkürzungen und Privatisierungen gezwungen werden.

Durch ihre Ausnahmeregelungen (Naturkatastrophen, Finanzkrisen, etc.) verhindert die sogenannte »Schuldenbremse« auch keine Neuverschuldung, sie wirkt lediglich als Kürzungszwang für langfristige Posten wie Bildung, Umweltschutz und Sozialsysteme. Nicht gesellschaftspolitische Notwendigkeiten, nicht demokratisch gewählte Parlamente, sondern die Steuergesetzgebung des Bundes und die Buchhaltungsabteilung im Finanzministerium wird unter einer »Schuldenbremse« mit Verfassungsrang die Politik des Freistaates bestimmen.

Für DIE LINKE muss der Staat auch und gerade in Zeiten konjunktureller Schwäche dafür sorgen können, soziale Sicherungssysteme, Bildungsangebote und Investitionen in den sozial-ökologischen Wandel aufrechtzuerhalten. DIE LINKE wirbt deshalb für eine Ablehnung des Volksentscheids zur Schuldenbremse, denn sie ist ein Blankoscheck für Sozialabbau.

### **Bayern kann es nicht alleine!**

Das Bundesland Bayern ist seit Jahrzehnten ein Land im Umbruch. In der Zeit nach dem 2. Weltkrieg ergriff die industrielle Entwicklung auch sämtliche ländlichen Gebiete des Flächenstaates. Das bäuerliche Dorf und die beschauliche Kleinstadt veränderten sich zu Kleinzentren und/oder Schlafgemeinden. Im Wirtschaftsleben ging der Anteil der bäuerlichen und handwerklichen Familienbetriebe und der kleinen Geschäfte zurück. Regionale Wirtschaftskreisläufe brachen zusammen. Die industrielle Produktion für den Weltmarkt und die Versorgung mit Gütern aus aller Welt bestimmen inzwischen das Bild.

Bayern konnte diese große Modernisierung nicht aus eigener Kraft bewältigen und schon gar nicht im Selbstlauf marktwirtschaftlicher Kräfte. Politische Entscheidungen von Bund und Freistaat bestimmten die Entwicklung. Jahrzehntelang beanspruchte der Freistaat Zuweisungen aus dem Länderfinanzausgleich. Gezielte und politisch motivierte Investitionsentscheidungen großer Konzerne trugen zum Aufschwung der Industrie bei. Das Land wurde als »Ordnungszelle Bayern« bevorzugter Standort von Atom- und Rüstungsindustrie. Die Wiederaufbereitungsanlage in Wackersdorf sollte Bayern zum Zentrum der Atom- und Reaktorwirtschaft machen.

### **Ballung und Schrumpfung – zwei alarmierende Entwicklungen**

In den letzten Jahrzehnten ist weltweit ein Wandel der Industriegesellschaften in Gang gekommen. Man spricht von der wissensbasierten Industriegesellschaft, einer überall wirksamen Tendenz zur Verstädterung, ja sogar von der »Metropolisierung der Erde«. Unbestritten ist, dass wirtschaftliche Entwicklung heute eine sinnvolle Kombination von Industrie, Wissenschaft, Kultur, von Einrichtungen der sozialen Daseinsvorsorge und der technischen Infrastruktur voraussetzt. Wenn die Politik nicht oder ungenügend steuert, kommt es zu überhitzten Ballungsprozessen, daneben können ganze Regionen veröden. Dieses Problem zeigt sich auch im Freistaat Bayern.

Die wirtschaftliche Entwicklung konzentriert sich hier auf zwei Ballungsräume. Der Norden Bayerns,

das Frankenland mit den zusammenwachsenden Städten Nürnberg, Erlangen, Fürth und Schwabach als Kern hat es schwer, an seine großen Industrie- und Handelstraditionen anzuschließen. Im Süden entwickelt sich im Großraum München eine Ballung, die den Großteil der bayerischen Ressourcen an sich zieht. Daneben boomen noch unter anderem die vom Automobilbau und ihren Zuliefern geprägten Zentren wie Regensburg und Ingolstadt. Abseits von den Zentren kommt die Entwicklung nicht mit, es sind Rückschritte und Schrumpfungsprozesse zu spüren. Ganze Landstriche drohen zu veröden, weil über Jahrzehnte der junge und qualifikationsorientierte Teil der Bevölkerung – der Logik der bayrisch-sächsischen Zukunftskommission folgend – anderswo Arbeit suchen musste. Das sind Folgen einer Politik, die sich an die marktgetriebenen Ballungsprozesse und wirtschaftliche Konzentrations-tendenzen anhängt, anstatt gezielt gegenzusteuern.

Der Entwurf zur »Gesamtfortschreibung des Landesentwicklungsprogramms Bayern (LEP)« vom Herbst 2012 zeigt exemplarisch das Vorgehen der schwarz-gelben Staatsregierung. Dieses Manifest der Deregulierung verabschiedet sich von jeder landesplanerischen Wirkung. Insbesondere die Festlegung, dass Einzelhandelsgroßprojekte künftig erst ab 1200 qm Verkaufsfläche beginnen, statt wie bisher ab 800 qm, wird dramatische Auswirkungen auf eine ausgewogene Nahversorgung haben. Die Verödung der Innenstädte, insbesondere in kleineren Städten und Gemeinden, wird sich weiter beschleunigen.

## **Greater Munich (»Groß-München«) – eine gescheiterte Strategie**

Die bayerische Landespolitik der Ära Stoiber wollte aus München eine »Global City« machen: Hochhaus-Skyline für München, Transrapid zum Flughafen, Flughafen als globales Drehkreuz, München als Finanzplatz für den Alpen-Adria-Raum, schließlich München als Veranstalter der Olympischen Winterspielen. Diese Pläne sind gescheitert. Geblieben ist eine überhitzte Konjunktur im Großraum München, die gerade nicht die anderen Regionen mitzieht, sondern belastet.

Die Prozesse wirtschaftlicher Ballung faszinieren Gesellschaft und Politik. Die Ballung ist als Standort von Konzernzentralen, von großen Medieneinrichtungen, von Finanzinstitution und Wissenschaftseinrichtungen interessant. Bei den Einzelnen weckt das Aufstiegshoffnungen, bei der Politik schaut man auf die Steuererträge. Aus dem Blick gerät, dass der wirtschaftliche Erfolg nicht auf dem Aufstieg Einzelner beruht, sondern auf der Arbeit der Vielen. So werden Karrieren überbewertet und auch überbezahlt, Arbeit wird unterbewertet. Bereits jetzt kann ein großer Teil der Menschen, deren Arbeit die Stadt und ihre Wirtschaft am Laufen hält, von ihrem Arbeitslohn in München nicht leben.

Die Folgen für die Menschen: Wildwüchsige Ballung führt zu explodierenden Lebenshaltungskosten, vor allem der Mieten, die eine große und wachsende Zahl von Menschen nicht aufbringen kann. Die Kultur des sozialen Ausgleichs, in den großen Städten des Landes mit Nachdruck von den Gewerkschaften und den Sozialverbän-

den vertreten, verfällt. Luxus macht sich neben Armut breit. Viele haben Arbeit und sind trotzdem zur Armut verurteilt. Außerhalb der Ballung, in den weiten ländlichen Räumen des Flächenstaates kommt es in einer großen Zahl von Landkreisen, ja sogar in ganzen Regierungsbezirken zum Rückgang an Arbeitsplätzen und zur Abwanderung besonders jüngerer Menschen. Dort wird es für die Gemeinden immer schwieriger, angemessene Einrichtungen für Erziehung, Bildung, Gesundheit und das Leben im Alter zu unterhalten.

Eine Politik, die im Freistaat mit Unterstützung vor allem aus der Münchner Politik auf die Entwicklung von »Greater Munich« zur »Global City« gesetzt hat, führte in eine Sackgasse. Aus dieser gibt es einen Ausweg, wenn Politik und Wirtschaft von den Menschen zum Umdenken gezwungen werden. Dass dies möglich ist, hat der erfolgreiche Widerstand gegen den Ausbau des Landes zum Zentrum der Atomwirtschaft gezeigt. Weitsichtige Bürgerbewegungen haben bereits in den 1980er-Jahren Staat und Wirtschaft bei der Errichtung der Wiederaufbereitungsanlage Wackersdorf hartnäckig kritisiert und gestoppt. Über den Ausbau Münchens zum globalen Finanzplatz haben die Finanzmärkte den Daumen gesenkt. Nach Fehlspekulationen und zahlreichen Unregelmäßigkeiten, die die bayerischen Steuerzahler mehrere Milliarden Euro kostete, wurde die Hypo-Alpe-Adria für einen Euro nach Österreich verkauft. Ein Bürgerentscheid verhinderte schon vorher den Hochhaus-Ausbau Münchens mit Türmen, die Anspruch auf Macht und Weltgeltung signalisieren. So ist auch der Ausbau des Flughafens zur globalen Drehscheibe überflüssig geworden. Dieser Plan scheiterte am

Bürgerentscheid, nachdem bereits vorher das Transrapid-Projekt aufgegeben werden musste. Bayern wird nicht München, München wird keine Weltmetropole.

### **Wir wollen ein anderes Bayern: Kooperativ und solidarisch**

Bayerische Entwicklung scheitert, wenn sie auf Ballung in Zentren setzen. Sie kann gelingen, wenn sie Arbeits- und Lebensbedingungen im ländlichen Raum und in den Zentren zusammen denkt und plant. Statt Standortkonkurrenz muss eine kooperative Entwicklung gefördert werden.

Die Voraussetzungen für eine nachhaltige Entwicklung sind in ganz Bayern gut. Überall gibt es eine entwickelte Gewerbe- und Industriekultur und die dazugehörige Infrastruktur. Überall wissen die Bürgerinnen und Bürger die natürlichen Lebensbedingungen zu schätzen. Überall sind die Menschen an besten Bildungseinrichtungen für ihre Kinder und für das eigene, lebenslange Lernen interessiert. Die meisten Leute wollen in einer sozial und kulturell vielseitigen Umgebung leben. In so gut wie allen Religionsgemeinschaften gibt die Grundhaltung für Toleranz gegenüber anderen Bekenntnissen und Lebensstilen.

Obwohl der kalte Krieg lange vorbei ist, sind die Landkreise im Norden und Osten hin zu Thüringen, Sachsen und der Tschechischen Republik Grenzgebiete geblieben. Obwohl Österreich, die Schweiz, Baden-Württemberg und Hessen nie durch einen »Eisernen Vorhang« von Bayern getrennt waren, haben sich auch hier Grenzräume herausgebildet und fühlen sich viele Gemeinden und Kreise in einer Sack-

gasse. Eine Politik des »Mia san mia« verstellt den Blick auf die Chancen, die sich aus einer intensiven Kooperation zwischen Stadt und Region, in den ländlichen Gebieten, mit den angrenzenden Nachbarstaaten Europas und den Nachbarländern in der Bundesrepublik ergeben. Bayern ist im Weltmaßstab eine bestenfalls mittelgroße Wirtschaftsregion, die ihre Stärke heute in der Zusammenarbeit mit nahen Nachbarn suchen und entwickeln muss. Eine Schlüsselrolle spielen dabei die Kommunikationswege, Internet, Medien und Verkehr, Bildungs- und Kulturaustausch und öffentlicher Verkehr. Auf der Straße haben wir schon ein Europa ohne Grenzen, bei Bussen und Bahnen gilt nach wie vor Kleinstaaterei des 19. Jahrhunderts.

Für den Ausbau der Nachbarschaftsbeziehungen sind eine beiderseitige Beteiligung der Öffentlichkeit und auf Konsensfindung angelegte Verfahren unerlässlich.

Im ersten Schritt soll die kommende Staatsregierung deshalb einen Bericht vorlegen, in dem der Stand sämtlicher grenzübergreifender Kooperationen und Planungen dargelegt wird (z. B. Alpenkonvention, Donaauraum). Benachbarte Bundesländer und europäische Nachbarstaaten werden eingeladen, ihre Erwartungen zu formulieren, z. B. zu Bus- und Bahnanschlüssen in die angrenzenden Nachbarländer.

Zur Entwicklung freundschaftlicher Beziehungen zur Tschechischen Republik ist es erforderlich, dass die bayerische Staatspolitik mit Verweis auf die Rechtssicherheit in Europa ihren anmaßenden Anspruch als »Schirmherr der Sudetendeutschen« endlich aufgibt.

## **Nachhaltige Entwicklung braucht demokratische Verfahren**

Eine nachhaltige Entwicklung in allen Regionen Bayerns ist das Ziel linker Strukturpolitik. Wir stehen für eine Entwicklung, die den Bedürfnissen der jetzigen Generation bei möglichst kleinem ökologischen Fußabdruck dient. Sie darf die Möglichkeiten künftiger Generationen nicht gefährden und muss ihre Bedürfnisse befriedigen. Die regionalen Bedingungen sind entscheidend dafür, aus welchen Elementen eine solche nachhaltige Entwicklung bestehen kann.

In all den Fragen der Regional- und Strukturplanung setzt DIE LINKE auf die demokratische Beteiligung der Öffentlichkeit. Gerade für Großprojekte wie Flughafenausbau, Autobahnbau oder auch eine Bewerbung um Olympische Spiele ist sie unerlässlich. Überdimensionierte und undurchsichtige Projekte werden von den Bürgerinnen und Bürgern meist abgelehnt. Das Mitwirken vieler und Rücksicht auf Einwände aller Art ist nötig und wichtig. Denn die Entwicklungsmöglichkeiten der Einzelnen müssen respektiert werden, wenn die Entwicklung Aller gutgehen soll. Vor Ort kann am besten erarbeitet werden, welche sozialen, kulturellen, wirtschaftlichen und ökologischen Mindeststandards gelten müssen, um z. B. den Verbleib im ländlichen Raum in allen Lebenslagen zu ermöglichen.

## **Bestandteile linker Struktur- und Regionalpolitik**

Zahlreiche Aspekte linker Strukturpolitik finden sich in den anderen Abschnitten dieses Wahlprogramms:

Sei es der sozial-ökologische Umbau zur Stützung regionaler Wirtschaftskreisläufe, wohnortnahe Bildungsmöglichkeiten und Gesundheitsversorgung, Erhalt und nachhaltige Weiterentwicklung industrieller Kerne, schnelles und bezahlbares Internet, Flächentarife, die gleichwertige Lebensstandards in ganz Bayern ermöglichen, und vieles mehr. Zur Vermeidung zusätzlicher Verkehrswege aufgrund zunehmender Zentralisierung setzen wir uns für die Förderung von dezentralen Nachbarschaftszentren in ländlichen Regionen ein, von Einkaufsmöglichkeiten des täglichen Bedarfs, Päckchenannahme und -abgabestelle, Internetcafé, zeitweise besetzter Arztpraxis, Bücherei, bis zur Mobilitätszentrale.

**Finanzen:** Entscheidend ist eine bessere finanzielle Ausstattung von Städten und Gemeinden. Zur Umsetzung regional erarbeiteter Entwicklungskonzepte ist ausreichend »eigenes Geld« erforderlich. Eigene Steuerquellen, insbesondere Gewerbe- und Grundsteuer, sind von zentraler Bedeutung. Eine Schuldenbremse in der Bayerischen Verfassung lehnen wir ab. Durch sie wird aus falscher Steuerpolitik im Bund und aus konjunkturellen Dellen ein Zwang zum Abbau öffentlicher Leistungen im Land und den Kommunen. Darüber hinaus fordern wir vom Freistaat Bayern, mehr Landesmittel für den kommunalen Finanzausgleich zur Verfügung stellen, damit die kommunale Selbstverwaltung auch in wirtschaftsschwächeren Regionen handlungsfähig bleibt. Sparkassen und regionale Genossenschaftsbanken als Instrument örtlicher Wirtschaftsförderung müssen erhalten bleiben. Den strukturell abgehängten Räumen vor allem in

den Randlagen/Grenzbereichen sind zusätzliche Finanzmittel zur Förderung noch bestehender Wirtschaftskerne und Unterstützung bei der Entwicklung/Ansiedelung neuer Wirtschaftsbereiche mit Arbeitsplätzen und Wertschöpfung vor Ort zur Verfügung zu stellen. Die Energiewende mit den Möglichkeiten von Energiegenossenschaften bietet sich hier als eine besonders zu fördernde Möglichkeit an.

**Verkehr:** Eine gut funktionierende Politik hält Arbeit und Wohnen zusammen und dämpft so das Verkehrsaufkommen. Netzwerkartige Bahnverbindungen sind zentraler Bestandteil einer zukunftsfähigen Verkehrsinfrastruktur. Eine Zentrierung aller Verkehrsachsen ist kein tragfähiges Konzept, wie das Beispiel des zweiten Stammstreckentunnels in München zeigt. Statt Milliarden Euro im Münchner Zentrum zu vergraben, muss der Bahn-Südring, der ja schon vorhanden ist, für die S-Bahn ausgebaut werden. Die Anbindung des Münchner Flughafens an den Münchner Hauptbahnhof könnte durch eine Express-S-Bahn realisiert werden, wie sie die Bürgerinitiativen vorgeschlagen haben, die gegen den Transrapid gekämpft haben. Die Mittel für diesen Service sollte aber der Münchner Flughafen als Begünstigter aufbringen, nicht der Steuerzahler. Ein Verkehrsplan, der Möglichkeiten einer netzwerkartigen Verbindung der Siedlungsgebiete Bayerns darstellt, muss erarbeitet werden. Ein moderner, verlässlicher ÖPNV muss auch in dünn besiedelten Regionen angeboten werden. Gewollt ist ein Bayern-Takt für Bus und Bahn nach dem Vorbild der Schweiz. Im Mittelpunkt linker Politik steht die

Reisekette von Tür zu Tür anstatt Höchstgeschwindigkeiten zwischen Oberzentren. In einem ersten Schritt wollen wir Bus- und Bahnanschlüsse optimal aufeinander abstimmen. Wir wollen einen verbindlichen Landesmobilitätsplan erstellen. Die zentrale Fragestellung lautet, wie wir zukünftig eine bezahlbare Mobilität für alle Menschen sicherstellen können, mit weniger Verkehr (und seinen schädlichen Auswirkungen). Dabei ist der Klimaschutz zu berücksichtigen.

**Rüstungskonversion:** DIE LINKE sieht Krieg nicht als Mittel der Politik. Deshalb bekämpfen wir jeden Export von Rüstungsgütern. Rüstungsproduktion und Export von Waffen sind jedoch nur zwei Seiten einer Medaille. Daher wollen wir weg von der Rüstungsproduktion, die gerade in Bayern noch sehr stark vertreten ist. Wir fordern die Einleitung von Konversionsprozessen, die die Umstellung auf zukunftsfähige Arbeitsplätze unterstützen. Die Konversion freiwerdender Militärflächen sehen wir als Chance, vor Ort Konzepte eines sozial-ökologischen Umbaus zu erproben.

**Dezentral:** Zur Stützung des ländlichen Raums und für eine solidarische Landespolitik ist es erforderlich, der überhitzten Entwicklung im Raum München entgegenzuwirken. Dies kann geschehen durch eine gezielte dezentrale Ansiedlung standortunabhängiger Behörden, aber auch durch Förderung von Kultur-, Bildungs- und Forschungseinrichtungen. Zum Schutz örtlicher Kleinzentren gilt jedoch: Innenentwicklung und Umnutzung hat Priorität, eine weitere Zersiedelung lehnen wir ab. Für München fehlen Maßnahmen, die der Maximalverwertung von Grund und Boden entgegen-

wirken. Dazu gehört beispielsweise ein Umwandlungsverbot von Miet- in Eigentumswohnungen.

**Transparenz:** Wir setzen uns ein für demokratische Planungsprozesse. Dafür unerlässlich sind bessere Mitwirkungsmöglichkeiten einer breiten Öffentlichkeit. Kontinuierliche Berichterstattung und Veröffentlichung aktueller Planungen kann durch die

digitalen Medien unterstützt werden.

**Vielfalt:** Monostrukturen sind wenig anpassungsfähig an wechselnde Bedingungen. Nur eine breite Mischung von Industrie, Wissenschaft, Dienstleistung, Forschung, Kultur, Bildung, Landwirtschaft und Landschaftspflege, Tourismus kann eine stabile Basis sein für eine nachhaltige und solidarische Entwicklung in Bayern.

## Für den Frieden – gegen Auslandseinsätze der Bundeswehr und die weitere Militarisierung Bayerns

Die CSU ist seit langem eine treibende Kraft der Militarisierung Deutschlands. Der frühere bayerische Ministerpräsident Franz Josef Strauß spielte dabei nicht zuletzt in seiner Funktion als Bundesminister eine bedeutende Rolle.

Das Land Bayern und die bayerischen Abgeordneten im Bundestag – mit Ausnahme derer der Fraktion DIE LINKE – befürworten bis heute die deutsche Beteiligung an den weltweit geführten Angriffskriegen der USA und der NATO.

In der Innenpolitik gehören Scharfmacher wie Herrmann und Friedrich zu den politischen Kräften, die eine Verwischung der Trennung von polizeilichen und militärischen Aufgaben als sicherheitspolitische Errungenschaft verkaufen wollen.

Bayern ist die große Rüstungsschmiede Deutschlands. Der Panzerbauer Krauss-Maffei rüstet nicht nur die

Bundeswehr aus. Deutsche Panzer sind ein Exportschlager. Sie werden an 21 Staaten – zum Teil in Krisen- und Kriegsregionen – geliefert. EADS in der Nähe Münchens und DIEHL mit der Konzernzentrale in Nürnberg zählen zu den größten Rüstungsunternehmen. Zwar sind die Militärpolitik und die großen Rüstungsprojekte in erster Linie Sache der Bundesregierung, aber die bayerische Regierung steht an vorderster Front, wenn es um die Aufrüstung Deutschlands und die Kriegsfähigkeit der Bundeswehr geht. Friedenspolitik hat im Bayerischen Landtag bis jetzt keine politische Heimat.

Bayern stellt, noch vor Hessen und Rheinland-Pfalz, den größten Teil der militärischen Infrastruktur für die ca. 55 000 in Deutschland stationierten US-Soldaten zur Verfügung. Grafenwöhr in der Oberpfalz ist der größte US-Truppenübungsplatz in Europa. Hier wurden und werden Tausende von US-Soldaten für ihre Kampfeinsätze



ausgebildet und anschließend an die Kriegsfront im Irak und in Afghanistan geschickt. Das 21 000 Hektar große Gelände wurde inzwischen für zusätzliche 3000 Soldaten ausgebaut.

Im mittelfränkischen Ansbach/Katterbach will das US-Militär eine Hubschrauberbasis zur zentralen Drehscheibe seiner weltumspannenden Kriegseinsätze aufrüsten. Auf 150 Hektar Naturfläche entsteht ein zusätzliches umzäuntes Kasernenghetto für bis zu 2100 Soldaten. Diese überdimensionierten Ausbaupläne bedeuten die Vernichtung eines 50 Hektar großen Biotops, die Enteignung mehrerer Landwirte, Fluglärm und Luftverschmutzung durch die 112 Kampfhubschrauber und massive Steuergeldverschwendung. Das Entstehen von Windenergie im Raum Ansbach wird durch die Kriegsübungen der Kampfhubschrauber verhindert. Die US-Militärpräsenz ist somit ein bleierner Hemmschuh für das Gelingen der Energiewende in Bayern. Die Staatsregierung verweigert der Stadt Ansbach jegliche Unterstützung, die Belastungen von Mensch und Umwelt infolge der Stationierung zu verringern.

Bayern ist damit ein wichtiger Bestandteil der US-Kriegsmaschinerie und leistet Beihilfe zur Vorbereitung und Führung von Angriffskriegen – auch wenn das gegen das Grundgesetz (Artikel 26) verstößt und keine Rücksicht auf die Interessen der Bevölkerung vor Ort nimmt.

Die CSU-Staatsregierung unterstützt die seit vielen Jahren in München abgehaltene sogenannte Sicherheitskonferenz, auf der NATO-Strategen ihre Planungen besprechen. Der bayerische Ministerpräsident lässt

den Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Konferenz regelmäßig nicht nur mit einem Gala-Dinner politische Unterstützung zukommen. Gleichzeitig werden Tausende bayerische Polizistinnen und Polizisten gegen diejenigen eingesetzt, die sich auf der Straße an Demonstrationen gegen die kriegerische Politik der NATO beteiligen.

DIE LINKE ist die einzige politische Partei, die im Bundestag ihre Stimme gegen die Kriegseinsätze der Bundeswehr erhebt, weil sie militärische Konfliktlösungen als Mittel internationaler Politik ablehnt. DIE LINKE begreift sich als Teil der Friedens- und Antikriegsbewegung und unterstützt alle Initiativen, die eine Rückkehr des Militarismus in das politische Repertoire der Bundesrepublik nicht hinnehmen wollen.

### ***DIE LINKE steht für:***

- die Unterstützung der anhaltenden Bürgerinnen- und Bürgerproteste gegen Projekte wie z. B. die Hubschrauberbasis in Ansbach: Im Landtag werden wir uns mit Nachdruck für den Stopp solcher Ausbaupläne einsetzen.
- Einsatz für die Kündigung der Stationierungsrechte des US-Militärs in Deutschland
- Abzug der U.S. Army aus Bayern und die Schließung ihrer militärischen Stützpunkte in Ansbach, Illesheim und Grafenwöhr
- die Entwicklung von Konversionskonzepten sowohl für die zivile Nutzung ehemaliger Bundeswehrstandorte und Standorte der US-Armee als auch für die in Bayern angesiedelte Rüstungsproduktion

■ die Beendigung der politischen Unterstützung der »NATO-Sicherheitskonferenz« in München

■ eine Abkehr von der weiteren Militarisierung der deutschen Innen- und Außenpolitik und eine Beendigung der Auslandseinsätze der Bundeswehr

## Für ein lebenswertes Bayern

Intakte Lebensgrundlagen sowie eine ökologische, nachhaltige und gerechte Nutzung der Ressourcen sind für DIE LINKE untrennbar mit der sozialen Gestaltung unserer Gesellschaft verknüpft. Deshalb sind für uns Ökologie, Natur- und Umweltschutz Teil einer sozialen und solidarischen Gesellschaft. Darüber hinaus achtet DIE LINKE den Eigenwert der Natur. Denn Pflanzen und Tiere sowie Biotope oder Landschaften sind auch dann schutzbedürftig, wenn sie keinen erkennbaren Nutzen für die Menschen haben. Unsere Partei tritt zudem für einen konsequenten Tierschutz ein.

Die wichtigste Bedrohung für die Umwelt weltweit sind der fortschreitende Klimawandel und die Zerstörung der natürlichen Lebensräume.

Bayern, das sich selbst gern »mit Laptop und Lederhose« sieht, ist Bundesland eines der größten Industriestaaten der Erde. Als solches muss es einen spürbaren Anteil für die Verantwortung für die Zukunft unseres Planeten übernehmen. Der ökologische Fußabdruck unserer Wachstums- und profitorientierten Wirtschafts- und Konsumweise ist unakzeptabel hoch. Denn sowohl der Pro-Kopf-Ausstoß von Treibhausgasen als auch der Verbrauch von Ressourcen liegt hierzulande um ein Vielfaches höher als in Entwicklungsländern. Für den Verbrauch von Rohstoffen und Energie

muss gleichermaßen gelten: vermeiden, Effizienz erhöhen, nicht erneuerbare durch erneuerbare Ressourcen ersetzen. Eine Diskussion über Sinn und Zweck von Wachstum wie über unsere Konsumgewohnheiten ist deshalb zwingend notwendig.

DIE LINKE wendet sich gegen Scheinlösungen und Hochrisikotechnologien, auf die die Staatsregierung setzt, wie die Atomforschung, die Agrotechnik oder die Abscheidung und unterirdische Verpressung von Kraftwerksemissionen. Ferner gilt es, die ursprüngliche biologische Vielfalt zu bewahren bzw. wieder herzustellen und eine weitere Zerstörung der bayrischen Landschaften zu verhindern.

Ein weiteres Problem sind die vielen frei verkäuflichen (Alltags-)Produkte mit Nano-Teilchen, deren Zahl sich ständig erhöht und deren Gefährdungspotential für Mensch und Umwelt noch nicht erforscht sind.

Gerade wenn es um den Ausbau der erneuerbaren Energien geht, melden sich aus den Reihen von CDU/CSU und FDP sogenannte Sachwalter des »Kleinen Mannes« zu Wort, die davor warnen, dass die Energiewende für Geringverdienende zu teuer wird und deshalb nicht stattfinden darf. Das sind genau die Kräfte, die die Armut in Deutschland befördern durch Dumpinglöhne, prekäre Beschäftigungs-

verhältnisse und Sozialleistungen, die den Namen nicht verdienen. Die selbst produzierten Armen werden jetzt gegen die erneuerbaren Energien ins Feld geführt. Ähnliches gilt auch für den Umwelt- und Gesundheitsschutz.

Hieraus folgt, dass eine vernünftige Energie- und Umweltpolitik nur gelingen kann, wenn auch die übrige Politik darauf ausgerichtet ist, Armut zu bekämpfen. Eine deutlich gerechtere Verteilung von Vermögen, Einkommen und Arbeitszeiten ist ebenso ein zwingendes Element eines ökologischen Wirtschaftsmodells wie globale (Umwelt-)Gerechtigkeit und die Demokratisierung von Wirtschaft und Gesellschaft.

### **Klima schützen, Energie umbauen – sozial und ökologisch**

DIE LINKE unterstützt die weitere Förderung innovativer und klimaschonender Techniken zur Energiebereitstellung in Bayern. Im Unterschied zu anderen Parteien verbinden wir damit die Forderung, dass mit dem verstärkten Einsatz erneuerbarer Energien ein sozialer Fortschritt einher geht. Für die immer häufiger propagierte »Green Economy« trifft das keinesfalls zu, denn sie blendet Herrschafts- und Ausbeutungsverhältnisse völlig aus. »Grüner« Agrosprit aus tropischen Palmölplantagen beispielsweise fördert Enteignungen von Bauern (»Land Grabbing«) und Ausbeutung der Landbevölkerung.

Wir lehnen die grundwasserverseuchende Förderung des oberflächennäheren und in Gesteinen gebundenen »Natur«-Erdgases (»Fracking«) entschieden ab.

Gegen die Wert- und Preislogik des grünen Kapitalismus setzt DIE LINKE auf den sozial-ökologischen Umbau (Transformation) aller Wirtschaftsbereiche. Wir unterstützen daher eine dezentrale Energiebereitstellung, an der Verbraucherinnen und Verbraucher selbst beteiligt sind. Neben Kleinanlagen können dies auch größere, genossenschaftlich verwaltete Anlagen sein. Mit Windkraft, Solar- und Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen schaffen wir so neue regionale Wertschöpfung und befreien uns aus der Feudalherrschaft der Energiekonzerne.

DIE LINKE fordert ein gerechteres Preissystem für Energie. Die EEG-Umlage muss reformiert werden: Viele Ausnahmetatbestände, die die Industrie von der Zahlung der Umlage zu Lasten der Verbraucher befreit, müssen entfallen. Verbraucherinnen und Verbraucher, die Ihre Rechnung nicht bezahlen können, dürfen nicht vom Netz getrennt werden. Wir wollen die Grundversorgung sicherstellen und Verschwendung eindämmen: Energieversorger werden dazu verpflichtet, einen Sockeltarif für Strom einzuführen, durch den jeder Privathaushalt ein kostenloses, an der Haushaltsgröße orientiertes Grundkontingent an Strom erhält. Für Haushalte mit hohen spezifischen Stromverbräuchen aufgrund von Nachtspeicherheizungen oder einer elektrischen Warmwasserbereitung muss es zusätzliche Grundkontingente geben. Dabei ist eine möglichst rasche Umstellung auf ökologisch und ökonomisch günstigere Heizungen anzustreben.

Überdies ist es erforderlich, Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel zu ergreifen, der Bayern

in besonderer Weise betrifft. In den bayerischen Alpen fiel die Erwärmung, wie im gesamten Alpenraum, doppelt so hoch aus wie im globalen Durchschnitt. Bis Ende des Jahrhunderts wird es kaum noch Alpengletscher geben.

In Bayern ist jetzt schon mit niederschlagsärmeren und heißeren Sommern und deutlich niederschlagsreicheren Wintern zu rechnen. Das Land muss sich auf ein Abtauen großer Bereiche des alpinen Dauerfrostbodens und auf Starkregenereignisse einstellen. Die Lebensräume vieler Arten werden sich verschieben.

DIE LINKE in Bayern unterstützt die »Energievision Bayern« der Umweltverbände, nach der der Energieverbrauch im Freistaat bis 2030 halbiert werden soll

DIE LINKE fordert den vollständigen Ausstieg aus der Atomkraft auch in Bayern bis Ende 2014.

Auch wenn die erneuerbaren Energien im Freistaat künftig deutlich schneller wachsen als bislang, wird in Bayern der Bau einiger flexibler Gaskraftwerke aus Ausgleich für wegfallende AKW-Kapazitäten unvermeidbar sein.

Der beschleunigte Ausstieg aus der Atomenergie ist für Bayern eine große Chance. Das Land muss sich als Innovationsmotor für Energieeffizienz, regenerative Energien und moderne Energiemanagementsysteme profilieren. Ein Neubau von Kohlekraftwerken als Ersatzkapazitäten wäre dagegen ein Weg in die Vergangenheit und ein Schlag gegen den Klimaschutz. DIE LINKE in Bayern lehnt ihn deshalb

ab. Gleiches gilt für Beteiligungen von bayerischen Stadtwerken an Kohlekraftwerken in anderen Bundesländern.

Dagegen können dezentrale Blockheizkraftwerke auf Gasbasis und Mini-KWK einen Beitrag zur Systemintegration der erneuerbaren Energien leisten, wenn viele von ihnen zusammengestaltet und stromgeführt (zentral) gesteuert werden. Sie können so einen Teil der schwankenden Einspeisung von Strom aus Wind und Sonne abfedern.

DIE LINKE fordert die Rückführung des Übertragungsstromnetzes in die öffentliche Hand sowie die Rekommunalisierung der Erzeugungskapazitäten.

DIE LINKE wird im Landtag dafür eintreten, Rahmenbedingungen zu schaffen, die den Rückkauf von Stadtwerksanteilen von E.ON oder anderen EVUs befördern.

Nur so kann Oligopol-Absprachen, Preismissbrauch und Strukturkonservatismus der überkommenen fossil-atomaren Energielobby wirksam entgegengetreten werden.

So lassen sich am einfachsten innovative Strategien zur Energieeinsparung und zum Ausbau erneuerbarer Energien entwickeln und umsetzen. Wir unterstützen das Ziel des Bund Naturschutz, nach dem künftig mindestens 50 Prozent des in Bayern produzierten Stroms aus kommunalen und Bürgergesellschaften kommen soll.

DIE LINKE stemmt sich dagegen, ärmere Haushalte von einem angemessenen Wärme- und Strom-

verbrauch auszuschließen. Deshalb sind wir auch für ein Verbot von Stromabschaltungen.

Der Staatsregierung bzw. dem bayerischem Parlament kommt dabei die Aufgabe zu,

- für Bayern nicht einen konstanten, sondern einen bis 2030 um mindestens 50 Prozent sinkenden Energieverbrauch als Ziel festzusetzen und dieses Ziel entsprechend zu verfolgen

- darauf hinzuwirken, dass Gaskraftwerke nicht mehr ohne KWK gebaut werden dürfen

- durch finanzielle Anreize, Aufklärung, Information und Kennzeichnungspflichten die Anschaffung von stromsparenden Haushaltsgeräten in privaten Haushalten zu befördern

- der neu gegründeten Energie Agentur Bayern (»Energie Innovativ«) beim Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie so auszurichten, dass kommunale Energieagenturen u. a. darin unterstützt werden, Haushalten mit niedrigen Einkommen kostenfreie Energieberatungen anzubieten

- bei der Beschaffung für die öffentliche Hand und bei öffentlichen Investitionen, besonders energiesparende Geräte und Bauweisen vorzuschreiben

Im Bundesdurchschnitt werden rund 40 Prozent der Treibhausgasemissionen im Gebäudebereich erzeugt, insbesondere bei der Raumheizung und Warmwasserbereitstellung. In Bayern gehen 85 Prozent der eingesetzten Energie in die Heizungen. Darum muss die Wärmedämmung

nicht nur bei Neubauten, sondern auch im Gebäudebestand deutlich verbessert werden.

### ***Unsere Ziele sind,***

- das längst überfällige Programm zur energetischen Gebäudesanierung aufzulegen. Bayern muss sich eigene Sanierungsziele für den Gebäudebestand setzen und dafür Fördermittel bereitzustellen bzw. in öffentlichen landeseigenen Gebäuden energetische Sanierungen selbst durchführen: Der Vollzug der geltenden Energieeinsparverordnung (EnEV) muss deutlich verbessert werden.

- ein Austauschprogramm für ineffiziente Heizkessel ins Leben zu rufen, da auch hier besonders preiswerte CO<sub>2</sub>-Einsparpotenziale liegen

- ein Austauschprogramm für Nachtspeicheröfen aufzulegen, um diese besonders klimaschädliche Art der Wärmebereitstellung zu beenden

- den Bau von Niedrigenergie- und Passivhäusern zu fördern

- über den Bundesrat tätig zu werden, um das Mieterrecht dahingehend zu stärken, dass Miet- bzw. Nebenkostenabschläge möglich gemacht werden, sofern sich Hauseigentümer einer sinnvollen Wärmesanie rung verweigern

- sich im Bundesrat dafür einzusetzen, dass die geplante steuerliche Förderung der energetischen Gebäudesanierung so geregelt wird, dass Personen mit niedrigerem Einkommen nicht gegenüber Personen mit höherem Einkommen benachteiligt werden

Energiegewinnung aus Biomasse ist nur sinnvoll, wenn nur Gülle und landwirtschaftliche Reststoffe zur Beschickung der Anlagen verwendet werden. DIE LINKE wendet sich gegen die »Vermaisung« der Landschaft zu Gunsten der Energieerzeugung.

Sie wendet sich zudem dagegen, aus tropischen Ländern Agrokraftstoffe oder Palmöl zu importieren, weil diese zum Großteil im Zusammenhang mit Raubbau an Tropenwäldern und Vertreibungen von indigenen Völkern und Kleinbauern produziert werden.

Probleme gibt es bisher noch bei der Speicherung des Stroms aus erneuerbaren Energien. Pumpspeicherwerke können nur einen geringen Teil der künftig erforderlichen Speichervolumen übernehmen. Bayern sollte darum als »Innovationsland Nummer Eins in Deutschland«, wie es die Staatsregierung bezeichnet, führend bei der Entwicklung und Marktüberführung von »Power-to-Gas«-Systemen werden. Zeitweise überschüssiger Ökostrom könnte so Wasserstoff oder besser noch in Methan umgewandelt und ins Erdgasnetz eingespeist werden. Bei Windflauten und Dunkelheit könnte die Energie rückverstromt werden.

Die Staatsregierung bzw. das Parlament in Bayern steht dabei vor der Aufgabe,

■ Initiativen zu ergreifen, die die Blockierung des Windenergieausbaus durch (angebliche) Anforderungen militärischer Einrichtungen (Radaranlagen etc.) beenden

■ die Effizienzsteigerung und naturverträgliche Gestaltung der bestehenden großen Wasserkraftwerke mit genügend Restwassermengen, Fischwanderhilfen und Schutz von Gewässerorganismen vor der Turbinenpassage zu unterstützen und – entgegen den Planungen der Staatsregierung – aus Naturschutzgründen auf den weiteren Ausbau der kleinen Wasserkraftwerke zu verzichten; die wenigen verbliebenen frei fließenden Gewässerstrecken sind zu erhalten

■ die Anwendung der Tiefengeothermie zur Stromerzeugung in Bayern zu fördern, für die sich mit dem süddeutschen Molassebecken gute geologische Bedingungen bietet.

■ die angemessene Nutzung von Biomasse aus Abfällen insbesondere in dezentralen Anlagen zur gemeinsamen Erzeugung von Strom und Wärme in stationären Anlagen zu unterstützen. Zugleich sollte sich die Staatsregierung auf europäischer Ebene und im Bundesrat dafür einsetzen, Biokraftstoffziele aufzugeben. Importe aus Großplantagen sind auszuschließen; der Einsatz von Palmöl darf nicht mehr über das EEG gefördert werden.

■ den Ausbau insbesondere der Stromverteilnetze für die Mittelspannung (bis 20 KV) sowie für Haushaltsstrom (bis 400 V) zu beschleunigen, um die Integration von Ökostrom aus dezentralen Erzeugungsanlagen zu ermöglichen.

Um den schwierigen Umbau des fossil-atomaren auf ein nachhaltiges und versorgungssicheres Energiesystem voranzubringen, sind neue Forschungsleistungen erforderlich.

## **Mobilität ja, aber nicht auf Kosten von Umwelt und Gesundheit**

Verkehrslärm gehört zu den am stärksten empfundenen Lärmbelastigungen. Die Mobilität in Bayern ist unter dem Gesichtspunkt des Klimaschutzes und der Lärmvermeidung zu planen. Dazu gehört auch ein Nachtflugverbot an allen bayerischen Flughäfen.

Die bezahlbare Mobilität aller Menschen in Bayern muss sichergestellt sein. Für Arme wie für Reiche, für Großstädte wie für ländliche Regionen, für Menschen mit und ohne Auto. Im Mittelpunkt linker Verkehrspolitik stehen die Menschen, nicht Autos oder Flugzeuge.

Die maßgebliche Beeinflussung der Verkehrspolitik durch die Automobilkonzerne muss gerade in Bayern thematisiert werden. Die CSU-Landesregierung scheint eher Sachwalter der Interessen der Aktieninhaber der Automobilkonzerne zu sein als verantwortlich für die Zukunftsinteressen der Bevölkerung.

Linke Verkehrspolitik setzt auf eine starke Gemeinwohlverantwortung des Staates. Die öffentliche Hand finanziert seit vielen Jahren die Verkehrsnetze und sichert durch Milliardenbeträge, dass Mobilität erst möglich wird. Diese Verantwortung und die bereits erbrachten Vorleistungen dürfen nicht privatisiert werden.

Der Einsatz von Agrotreibstoffen ist keine Alternative zur Senkung des CO<sub>2</sub>-Ausstosses. Auch die Binnenschifffahrt kann in Europa zu einer Verlagerung von Gütern weg von der Straße beitragen. Auf bestehenden

Achsen wie beispielsweise dem Main ist Binnenschifffahrt als Erschließung von Industriezentren sinnvoll. Dies darf jedoch nicht bedeuten, dass aus lebendigen Flüssen betonierte Kanalbecken werden. Die Schiffe müssen sich den Flüssen anpassen, nicht umgekehrt. Wir wollen auch weiterhin eine frei fließende Donau.

DIE LINKE tritt in Bayern wie auf Bundesebene für eine grundlegende Überarbeitung des Bundesverkehrswegeplans ein. Soziale, raumordnerische und ökologische Belange sind mindestens gleichwertig zu betrachten. Modernisierung und Sanierung vorhandener Infrastruktur müssen vor Neubau Vorrang haben. Wir wollen einen Bundesmobilitätsplan, statt eines »weiter so« wie bisher mit ungehemmten Straßenbau- und Prestigeprojekten bei der Eisenbahn und bei den Flughäfen. Den Radverkehr als umweltfreundliche Alternative zum Auto im Nahverkehr wollen wir intensiv ausbauen. Radverkehrsinfrastrukturen und insbesondere sichere Radabstellanlagen wollen wir fördern.

### ***DIE LINKE steht für***

- keine weitere Privatisierung der Deutschen Bahn AG
- die Modernisierung und den Ausbau der vorhandenen Schieneninfrastruktur. Dies gilt für Fernverkehrsverbindungen sowie die verkehrstechnische Erschließung und Einbindung aller bayerischen Regionen.
- die Reaktivierung stillgelegter Strecken
- den Aufbau von Regio-Tramnetzen und Stadtumlandbahnen insbesondere

in Regionen und Städten wie Erlangen, Würzburg, Regensburg oder Passau

- den flächendeckenden Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs auch im ländlichen Raum. Als Mindestangebot gilt hier ein ganztägiger Stundentakt zwischen allen Grund- und Mittelzentren.

- die Schaffung von Rufbussen und Anrufsammeltaxis, die in Gebieten mit einem geringen Angebot an öffentlichen Verkehrsmitteln die Versorgung sicherstellen

- eine bessere Verknüpfung aller Verkehrsträger untereinander

- die kostenlose Schulwegbeförderung

- verbindliche Fahrgastrechte für ganz Bayern. Bei den derzeitigen freiwilligen Vereinbarungen haben die Fahrgäste nur in fünf Prozent der Fälle überhaupt einen Anspruch.

- bezahlbare öffentliche Verkehrsmittel. Wir wollen einen Bayern-Tarif statt ÖPNV-Kleinstaaterei. Für finanziell schwächer Gestellte soll ein landesweites Sozialticket eingeführt werden.

### ***Beim Flugverkehr:***

- keine dritte Startbahn am Flughafen München. Die vorhandene Infrastruktur ist für bayerische Verhältnisse mehr als ausreichend – viele innerdeutsche Flüge sind schlicht unnötig oder unnötig. Der Flughafen München muss und darf nicht zum fünften globalen Drehkreuz in Mitteleuropa mutieren.

- keine Erweiterung des Nürnberger Flughafens und kein weiterer Ausbau von Regionalflugplätzen. Wir wollen keine weitere Subventionierung von (Regional-) Flughäfen. Gerade auf Kurzstrecken gibt es durch andere Verkehrsträger bessere Alternativen.

- umgehende Abschaffung der Kerosinzuschüsse für den Münchner Flughafen

- Besteuerung von Kerosin

- Mehrwertsteuer auch auf internationale Flugtickets

### ***Beim Straßenverkehr:***

- kein weiterer Neubau von Autobahnen und Fernverkehrsstraßen

- Straßenneu- und -ausbauten, wie z. B. Ortsumfahrungen, sollen nur dann realisiert werden, wenn durch diese Maßnahme eine erhebliche Verkehrsberuhigung innerorts erreicht und dem Naturschutz Rechnung getragen wird.

- die Förderung Kraftstoff sparender Fahrzeuge

- keine Beimischungsquote für Agrotreibstoffe

- ein Tempolimit auf allen bayerischen Autobahnen

- eine Änderung der Stadtentwicklungspolitik, um unnötigen Verkehr möglichst zu vermeiden

- die Förderung der gemeinschaftlichen Nutzung von Autos, wie Carsharing oder Pendlernetze.

- Ausbau des Radwegenetzes



### ***Beim Güterverkehr:***

- Verlagerung des Güterverkehrs von der Straße auf die Schiene und stärkere Finanzierung des Gleisanschlussprogramms. Neue Gewerbe- und Industriegebiete dürfen nur noch in der Nähe von Bahnstrecken entstehen bzw. müssen durch die Schiene erschlossen werden.
- Besonders der Lärm der Güterzüge ist ein Problem. Güterwaggons mit älteren Bremssystemen verursachen störende Rollgeräusche. Hier sind die Bremssysteme durch moderne geräuscharme Systeme zu ersetzen
- keine Zulassung von sogenannten »Monster-Trucks« (extralange und extraschwere LKW) auf Bayerns Straßen

### ***Bei der Binnenschifffahrt:***

- die Anpassung der Schifffahrt an die natürlichen Gegebenheiten
- den schonenden Ausbau der Donau zwischen Straubing und Vilshofen ohne Kanalisierung und Staustufen

### **Natur und Landschaften schützen**

Bayern hat eine vielgestaltige, in einigen Regionen auch einzigartige Natur- und Kulturlandschaft. Sie reicht vom Frankenwald über die bayerischen Seen bis hin zu den Alpen. Die übergroße Mehrheit der Menschen in Bayern ist mit diesen Regionen tief verbunden. Dennoch ist sie bedroht. Zunehmende Flächenversiegelung, Intensivlandwirtschaft, Schadstoffeinträge der Industrie, Zerschneidung von Naturräumen, Verkehrsemissionen und Lärm sowie teilweise auch touristische Übernutzungen

schädigen Landschaften und Biotope. Zunehmend setzt auch der Klimawandel den heimischen Arten zu.

Die völlig unregelte Freisetzung von Nanopartikeln in die Umwelt ist eine Gefahr für die Umwelt und die Gesundheit von Mensch und Tier. Die am häufigsten verwendeten Materialien (Siliziumdioxid, Titandioxid, Zinkoxid, Silber, Kohlenstoff) sind in makroskopischer Form nicht toxisch, aber als Nanopartikel haben sie oft veränderte chemische und physikalische Eigenschaften und damit auch einen anderen Einfluss auf Umwelt und Gesundheit. Zum Beispiel hat sich das antibakteriell wirkende Nano-Silber als schädlich für nützliche Wasser-Bakterien herausgestellt, Nano-Titandioxid verursacht im Tierversuch Lungenkrebs und beim Nachwuchs Schäden des Hirns und des Nervensystems. Über die Umweltgefährdungen, die von den Nanotechnologien ausgehen, ist bisher wenig bekannt.

Die Anzahl der unzerschnittenen verkehrsarmen Landschaftsräume in Bayern ist seit 1975 auf etwa die Hälfte zurückgegangen. Auch hat das Spektrum unterschiedlicher Lebensräume abgenommen. Damit zusammenhängend ist ein deutlicher Rückgang der Artenvielfalt zu verzeichnen. Insbesondere sind Arten der Offenlandschaften betroffen, so z. B. wie Feld- und Wiesenbrüter.

Pro Tag wird in Bayern die Fläche von 20 Fußballfeldern der Natur entrissen und für immer versiegelt. Ein Neuntel der Gesamtfläche Bayerns ist bereits zugebaut. Dies war verursacht durch eine exzessive Wirtschafts- und Immobilienpolitik der CSU. Dieser Entwicklung muss unverzüglich

Einhalt geboten bzw. durch Rückbau umgekehrt werden, damit auch in Zukunft für nachfolgende Generationen genügend Flächen für den Naturschutz und für eine nachhaltige Landwirtschaft zu Verfügung stehen.

Der sich immer mehr ausweitende Flächenbedarf ist zu hinterfragen sowohl für Wohnen, Verkehr als auch für Gewerbe. Sollte eine Ausweitung der zu bebauenden Fläche wirklich unabwendbar sein, sollte möglichst ein Bauen in die Höhe statt in die Fläche verordnet werden.

Gemeinden dürfen sich nicht weiterhin einen Wettbewerb um die günstigsten Gewerbesteuersätze liefern. Sinnvoll ist die Erhebung einer Versiegelungsabgabe.

Strukturschwache Gebiete können nur durch eine sinnvolle Förderung aufgewertet werden und damit einer weiteren Entvölkerung mit den Konsequenzen für die Zuzugsgebiete entgehen.

Die bayerische Staatsregierung bzw. das Landesparlament sind aufgefordert,

- den Anteil von Schutzgebieten an der Landesfläche von gegenwärtig 13,5 Prozent auf mindestens 20 Prozent zu erhöhen.

- innerhalb der Schutzgebiete auch Rückzugsräume für die Natur zu schaffen, in denen sie sich weitgehend ohne Einfluss des Menschen entwickeln kann.

- den Anteil von Naturschutzgebieten von gegenwärtig 3,5 Prozent nach naturfachlichen Kriterien deutlich auszuweiten.

- die bestehenden und neu zu schaffenden Schutzgebiete großräumig miteinander zu vernetzen, um Tieren und Pflanzen die Möglichkeit zu geben, zu wandern, sich zu paaren bzw. sich genetisch auszutauschen. Dies wäre gleichzeitig ein Beitrag zur Anpassung an den Klimawandel. Denn die erwartete Verschiebung der Vegetationsgrenzen um hunderte Kilometer in Richtung der Pole sowie die Verschiebung der Dauerfrostgrenze um mehrere hundert Meter nach oben wird für viele Arten Wanderungen in neue Lebensräume erzwingen. Schutzgebietsbrücken sind dafür unerlässlich.

- eine »Flächen-Versiegelungsabgabe« einzuführen, um den zusätzlichen Flächenverbrauch für Verkehrs- und Siedlungsflächen in Höhe von gegenwärtig rund 20 Hektar am Tag zu stoppen sowie Entsiegelungen an nicht mehr benötigten Flächen vorzuschreiben bzw. attraktiv zu machen.

- die Einhaltung der guten fachlichen Praxis in der Landwirtschaft und der Düngemittelverordnung besser zu überwachen und den ökologischen Landbau als besonders naturschonende Variante der Landwirtschaft stärker zu fördern.

- die bestehenden Arten- und Biotopschutzprogramme stärker an den sich vollziehenden Klimawandel auszurichten sowie Programme aufzulegen, die den Schutz vor Bergrutschen infolge des Auftauens des Permafrostbodens in den hochalpinen Gebieten zum Inhalt haben.

- im Bundesrat einen Gesetzentwurf einzubringen mit dem Ziel, dass der Einsatz synthetischer Nanomateria-

lien in umweltoffenen und verbraucher-nahen Anwendungen solange gestoppt wird, bis wirksame nano-spezifische Regelungen in Kraft sind, die mögliche Risiken für Menschen und Umwelt ausschließen, sowie eine Kennzeichnungspflicht für Nanomaterialien in Produkten enthalten.

## **Flüsse müssen frei fließen**

Die Flüsse haben in der Vergangenheit an Wasserstraßenprojekten und wasserbaulichen Maßnahmen gelitten. Nur 12,5 Prozent der natürlichen Gewässer Bayerns sind unverbaut oder gering verbaut.

Nach wie vor ist der Donauausbau durch die Betonfraktion in Bayern nicht vom Tisch. In tollkühner Selbstherrlichkeit ignoriert die niederbayerische Bezirksregierung einen Bundestagsbeschluss von 2002, den Donauausbau zwischen Straubing und Vilshofen möglichst umweltschonend ohne Staustufen vorzunehmen.

Noch ist die Unterstützung der Staatsregierung und CDU/CSU-Bundestagsabgeordneter nicht gebrochen, uralte Pläne voran zu treiben, den Abschnitt mit einer Staustufe und einem Durchstich bei der Mühlhamer Donauschleife auszubauen. Wird dieses Vorhaben verwirklicht, bliebe eine einzigartige Auenlandschaft, die heute noch eines der letzten Rückzuggebiete für bedrohte Tier- und Pflanzenarten ist, zugunsten einer Donauautobahn für den Schwerlastverkehr auf der Strecke. Trotz neuerer Einsichten bei der CSU besteht diese Gefahr immer noch.

4250 Wasserkraftanlagen finden sich an Bayerns Fließgewässern. Den wesentlichen Anteil der Stromerzeu-

gung mit 92 Prozent leisten allerdings nur 219 Anlagen, die sich vor allem an den alpinen Flüssen Isar, Inn, Lech und Iller befinden. Über 4000 Kleinstwasserkraftanlagen mit einer Leistung unter 1000 kW erbringen insgesamt nur 8 Prozent der Leistung. Sie leisten damit nur einen sehr geringen Beitrag zum Klimaschutz, hindern aber Fische an der Wanderung und zerstören massiv Fließgewässerlebensräume.

### ***DIE LINKE fordert daher:***

- die freifließende Donau zu erhalten. Baumaßnahmen darf es nur umweltschonend und ohne Staustufen und Kanalisierung geben.
- den Neubau von Wasserkraftwerken in unseren Flüssen zu stoppen.
- die naturverträgliche Gestaltung der bestehenden Wasserkraftwerke mit genügend Restwassermengen, Fischwanderhilfen und Schutz von Gewässerorganismen vor der Turbinenpassage
- die Erhaltung der wenigen verbliebenen frei fließenden Gewässerstrecken

Klimawandel und fortschreitende Bodenversiegelung sind die Hauptursachen für immer verheerendere Hochwasserereignisse entlang der bayerischen Flüsse. Der bisher als Gegenmaßnahme praktizierte Deichbau ist keine Lösung, sondern verschärft das Problem.

### ***DIE LINKE will:***

- keine neuen Staustufen in Flüssen
- keine Baumaßnahmen auf Hochwasser gefährdeten Flächen und angrenzend keine Versiegelung

■ eine Rückverlegung von Deichen und Anlage von Poldern

■ die Beförderung von Bewirtschaftungsformen, die Bodenverdichtung, bewuchsfreie Perioden und Oberflächenabfluss minimieren. Das sind besonders Verzicht auf schwere Maschinen und Mais in der Fruchtfolge sowie Bevorzugung von Wiese und Wald.

■ eine Renaturierung von Flussläufen

■ eine Sicherstellung der Durchgängigkeit der Gewässer für wandernde Fischarten

Ökologischen Hochwasserschutz verbinden wir mit allgemeinem Gewässerschutz, der die Bewahrung immer seltener werdender Lebensräume mit guter Wasserqualität bedeutet. Natürliche Hochwasserereignisse entfernen lokal und zeitweise das Sediment und lagern es an anderer Stelle ab. Selten gewordene Tier- und Pflanzenarten können in diesen vielfältigen Lebensräumen überleben.

Eine neue Gefahr für die Wasserqualität besteht unterhalb von Biogasanlagen. Wir fordern daher Maßnahmen zur Vermeidung von Nährstoffeinträgen aus Biogasanlagen in Oberflächengewässer.

## **Für einen ökologisch orientierten Landbau**

Die bisherige Landwirtschaftspolitik stört unser Umweltgleichgewicht. Ein ökologisch orientierter Landbau trägt hingegen zum Gewässerschutz bei, erzeugt weniger Treibhausgase und ist in der Lage, diese zu binden, erhält die

Artenvielfalt und bewahrt die kleinteilige, reich strukturierte Kulturlandschaft.

DIE LINKE setzt sich für eine soziale und ökologische, also nachhaltige Landwirtschaft ein, die regionale Wertschöpfung befördert, existenzsichernde Arbeitsplätze schafft und im Sinne einer gerechteren Welthandelsordnung agiert. Dazu gehören auch existenzsichernde Erzeugerpreise.

Die Nachfrage nach gering belasteten, ökologisch erzeugten Lebensmitteln steigt. Der Bedarf wird nur zu einem geringen Teil durch die inländische Landwirtschaft gedeckt.

Drei Entwicklungsperspektiven für die bayerische Land- und Forstwirtschaft wollen wir besonders fördern:

■ den Umbau der Förderung land- und forstwirtschaftlicher Betriebe hin zu umweltverträglicheren Produktionsformen

■ die Stärkung und den Ausbau der landschaftspflegerischen Aktivitäten nach den örtlichen Gegebenheiten, z. B. Almwirtschaft, grüne Fluss-Auen, Bannwald.

■ den Zusammenschluss und die Kooperation von Bäuerinnen und Bauern (beispielsweise durch Erzeuger- oder Absatzgenossenschaften).

## **Bayerns Äcker ohne Gentechnik, keine Patente auf Leben**

Gentechnik in der Landwirtschaft ist nutzlos und riskant. Die so genannte Agro-Gentechnik stiftet Unfrieden in den Dörfern. Sie gefährdet die gentechnikfreie Landwirtschaft und

Imkerei. Sie bringt Bäuerinnen und Bauern in immer stärkere Abhängigkeit von transnationalen Agrochemie-Konzernen wie Monsanto, Bayer oder BASF. Diese haben nur ihre Profitmaximierung, aber nicht die Interessen der Landwirtschaft im Kopf. Gentechnisch veränderte Pflanzen können sich unkontrolliert ausbreiten, auf andere Äcker oder auch in die Natur. Die Trennung von gentechnisch veränderten und normalen Pflanzen ist in der Praxis kaum möglich. Dafür gibt es unzählige Beispiele internationaler Skandale.

Im Freistaat Bayern findet die Agrogentechnik bisher wenige Freunde. Seit Jahren gibt es Freisetzungsversuche, die mit Steuermitteln finanziert werden. Landwirtschaftsbetriebe haben sich bisher aber bis auf wenige Ausnahmen in den Landkreisen Kitzingen und Würzburg noch gar nicht überzeugen lassen, auf ihren Äckern Genmais auszusäen. Das soll so bleiben!

DIE LINKE in Bayern lehnt die Agrogentechnik ab. Wir brauchen weder Genmais auf unseren Äckern, noch Gensoja in den Futtertrögen unserer Milchkühe. Wir unterstützen basisdemokratische Proteste und die Einrichtung von gentechnikfreien Regionen oder Kommunen. Wir fordern: Keine Steuermittel für riskante Freisetzungsversuche. Kein Anbau von Genmais und anderen gentechnisch veränderten Organismen auf bayerischen Staatsgütern.

Stattdessen muss die konventionelle und ökologische Forschung gestärkt werden. Wir brauchen regionale Lösungen und nicht internationale Laborpflanzen, die nur zur Profit-

maximierung weniger Konzerne dienen.

Immer öfter kommt es vor, dass Biotech-Firmen, wie z. B. Monsanto, auch Patente auf konventionell gezüchtete Pflanzensorten und Nutztiere beantragen. Dann kann es dazu kommen, dass diese Firmen Anspruch auf die entsprechenden Pflanzen oder Tiere bei den Bauern anmelden und Lizenzgebühren verlangen. Wir fordern die bayerische Staatsregierung auf, alle Mittel einzusetzen, um bäuerliche Betriebe vor diesen Ansprüchen zu schützen. Patente auf Leben darf es nicht geben.

### **Wenn die Biene stirbt, stirbt auch der Mensch**

Der Einsatz von Gentechnik und die intensive Landwirtschaft (Monokulturen) schaden den Bienen und anderen Insekten. Besonders zu hinterfragen und zu verbieten sind Schädlingsbekämpfungsmaßnahmen, z. B. bei Mais-Saat durch Beizung mit neonikotinoidhaltigen Beizmitteln, die sowohl zum Bienensterben als auch zum Aussterben von Bodenbakterien und damit zur Bodenerosion beitragen.

Die Zahl der Insekten einschließlich der Bienen nimmt weltweit ab. Dadurch sinkt der Ertrag wegen mangelnder Bestäubung. Die erforderlichen Gegenmaßnahmen haben schon zu einer Verteuerung der Agrarprodukte, besonders in den USA, geführt.

Eine Bekämpfung des Maiswurzelbohrers ist auch ohne Pestizide möglich. Wenn Mais nicht immer wieder auf derselben Fläche, sondern im Wechsel mit zwei anderen Kulturen angebaut wird, besteht keine Gefahr der

Massenvermehrung des Schädlings mehr. Dass ein Verzicht auf bienengefährdende Beizmittel die Landwirtschaft nicht schädigt, zeigt die landwirtschaftliche Praxis in Frankreich.

Wir unterstützen alle Maßnahmen, die den Pestizid- und Herbizideinsatz eindämmen und die Möglichkeit geben, weg vom einseitigen Anbau von Getreide, Mais und Raps wieder hin zur Gestaltung von Fruchtfolgen, die der Gesunderhaltung von Böden, Pflanzen, Tieren und Menschen dient.

Um das Überleben der Imkerei in Deutschland zu sichern, kämpfen wir für die berechtigten Forderungen der Imkerinnen und Imker, also mindestens für eine Bestäubungsprämie und für die Aufhebung des Sonntagsfahrverbotes für die zahlreichen Freizeitimkerinnen und -imker. Als Vorreiter für diese Forderung sind die Länder Spanien, Portugal, Frankreich, Italien und die USA zu nennen. Die Steigerung des Ertrages wird bei der Mandelblüte um das 70-fache angegeben. Die Imkerinnen und Imker erhalten dafür eine Vergütung von 150 bis 200 Dollar pro Volk.

### **Rohstoffe erhalten und wiederaufarbeiten**

Die Menge der Abfälle in Bayern aus Haushalten und haushaltsähnlichen Abfällen hat sich seit 1990 kaum verändert. Sie liegt bei jährlich 511 kg je Einwohner. Abfallvermeidungsstrategien, so es sie gab, haben also offensichtlich nicht gegriffen.

Die Verwertung dieser Abfälle liegt zwar mit 71,9 Prozent rechnerisch auf einem hohen Niveau. Sie besteht zumindest bei den Restabfällen fast

ausschließlich in der Verbrennung, der so genannten energetischen Verwertung – Bayerns Abfallpolitik ist von Pyromanen gestrickt.

Im Gegensatz zu beispielsweise Niedersachsen oder den neuen Bundesländern hatten in Bayern biologisch-mechanische Abfallbehandlungsanlagen (MBA) bislang keine Chance. Dabei sind sie für die Bürgerinnen und Bürger preiswerter und lassen sich im Gegensatz zu Müllverbrennungsanlagen dezentral in kleineren Anlagen betreiben. Das vermindert Transportwege. Zudem liefern die MBA nach der Verrottung oder Vergärung der Abfälle rund zu zwei Dritteln ein bodenähnliches Substrat und zu einem Drittel heizwertreiche Stoffe, die zur Energiegewinnung genutzt werden kann.

Seit einigen Jahren sind bundesweit zahlreiche sogenannte Ersatzbrennstoffkraftwerke (EBS-Kraftwerken) in Planung. Hier wird durch Abfallverbrennung Strom und Dampf für Industriebetriebe produziert. Für größere Firmen eröffnen sie die Möglichkeit, preiswert Strom für den Eigenverbrauch zu produzieren und darüber hinaus an den gegenwärtig hohen Preisen am Entsorgungsmarkt zu profitieren. Zudem unterliegen diese Kraftwerke nicht dem Emissionshandel.

Zahlreiche Bürgerinitiativen kämpfen gegen EBS-Kraftwerke. Sie befürchten aufgrund der oft gewaltigen Dimensionen der Anlagen zu Recht Mülltourismus. Darüber hinaus rechnen sie damit, dass die zulässigen Immissionsgrenzwerte voll ausgeschöpft werden, weil jeder zusätzliche Filter den Wirkungsgrad der Anlage

mildert, was das Umweltbundesamt bestätigt. Zudem besteht die Gefahr, dass Wertstoffe, die eigentlich recycelt werden könnten, bei steigenden Energiepreisen künftig in Kraftwerken landen. Dies wäre ein Bärendienst an der Kreislaufwirtschaft.

Die Mehrwegquote bei Getränkeverpackungen ist bundesweit dramatisch gesunken. Die Hoffnungen, die mit der Einführung des Pflichtpfands verbunden wurden, haben sich also offensichtlich nicht erfüllt, weil die Wirtschaft auf Einweg ausgewichen ist. Das schadet nicht nur der Umwelt, sondern kostet auch jede Menge Arbeitsplätze in der Getränkewirtschaft.

Die bayerische Staatsregierung bzw. das Landesparlament sind aufgefordert,

- ein Programm aufzulegen, welches die Einführung von biologisch-mechanischen Abfallbehandlungsanlagen in Bayern fördert

- den Müllimport aus dem Ausland entsprechend den Möglichkeiten des Abfallverbringungsgesetzes zu verbieten

- im Bundesrat einen Gesetzentwurf einzubringen, welcher eine Planrechtfertigung für alle Abfallanlagen, wie klassischen Müllverbrennungsanlagen, MBA oder EBS, vorschreibt, ob diese entsprechend des Grundsatzes der ortsnahen Entsorgung überwiegend aus Abfällen der Region beliefert werden können

- im Bundesrat auf die Einführung einer Abgabe auf Einweg-Getränkeverpackungen hinzuwirken, um den Mehrweganteil anzuheben

- auf ein völliges Verbot von Plastik-Einkaufstüten zu drängen

## **Wasser ist keine Ware**

Die Bayern haben in den vergangenen Jahren Wasser gespart. Der Wasserverbrauch im Freistaat ist gesunken. Die Qualität des Trinkwassers ist dank eines flächendeckenden Trinkwasserschutzes überwiegend von sehr guter Qualität.

Das System kleinteiliger Wasserversorgung durch eine Vielzahl von Wasserbetrieben, die sich überwiegend in kommunaler Hand befinden, hat sich bewährt.

DIE LINKE wendet sich gegen Privatisierungen bei der Wasserwirtschaft. Zudem setzt sich DIE LINKE für einen Kampf gegen Korruption bei der Vergabe von Bauaufträgen beim Bau von Kläranlagen, Leitungsnetzen und anderen öffentlichen Vorhaben ein.

## **Bayerns Wälder: Kulturgüter, Naherholungsgebiete und Wirtschaftsfaktoren**

Für den Schutz von Wasser, Luft und Boden haben die bayerischen Wälder eine herausragende Bedeutung. Durch Monokulturen und die ausschließlich gewinnorientierte Bewirtschaftung ist ihr Zustand besorgniserregend.

DIE LINKE tritt für eine nachhaltige und ökologische Bewirtschaftung der bayerischen Wälder ein.

Die bayerischen Wälder dienen vorrangig dem Gemeinwohl und der Daseinsvorsorge und erst danach der Holznutzung und Erwerbsfunktion.

Ziel linker Politik ist die Erhaltung einer flächendeckenden Land- und Forstwirtschaft sowie auch die Gewinnung von Einkommensalternativen für die Land- und Forstwirte. Die landwirtschaftliche Produktion hat sich an den lokalen Standortbedingungen und den Bedürfnissen der Menschen zu orientieren.

### ***DIE LINKE steht für:***

- die Ablehnung der Privatisierung von Staats- und Kommunalwäldern und den Rückkauf privatisierter Wälder
- die Überarbeitung und Weiterentwicklung des Waldgesetzes für Bayern, den Vorrang von naturschutzrelevanten Zielen vor ökonomischer Nutzung, die Rücknahme von Privatisierungen bei der Waldnutzung, das Verbot von großflächigen Kahlschlägen und des Pestizideinsatzes.
- keine Privilegierung der Jagd, keine willkürliche Tötung von Haustieren im Wald – Vorrang des Naturschutzes
- die verstärkte Ausweisung von Naturschutzgebieten und Förderung von Naturschutz- und Landschaftspflegemaßnahmen
- den Vorrang des Schutzes der Lebensräume von Tier- und Pflanzenarten in den Wäldern vor der Holznutzung
- die Förderung der Land- und Forstwirtschaft als Motor für die Entwicklung ländlicher Räume und des Tourismus

### **Tierschutz: Ein Gebot der Menschlichkeit**

DIE LINKE setzt sich für eine artgerechte Tierhaltung ein. Nutztiere

müssen ihr angeborenes Verhaltensrepertoire ausleben können.

DIE LINKE fordert die Förderung von Forschung und den Einsatz von Methoden, die Tierversuche ersetzen. Wir setzen uns für ein Verbandsklagerecht von Tierschutzorganisationen ein. Bisher können nur Tierhalter oder Tiernutzer, wie z. B. Experimentatoren, gegen Tierschutzauflagen klagen. Das heißt, es kann nur klagen, wer weniger Tierschutz durchsetzen will. Mit einem Verbandsklagerecht könnte die Einhaltung geltender Tierschutzbestimmungen gerichtlich geprüft und durchgesetzt werden.

Wild lebende Tiere sind eine Bereicherung für Bayern. Die Wiederansiedlung hier ausgerotteter Tierarten ist möglich und sinnvoll. DIE LINKE fordert ein vorausschauendes Wildtiermanagement, mit dem die Bedürfnisse von Mensch und Tier ausbalanciert werden.

### ***DIE LINKE fordert:***

- eine artgerechte Tierhaltung durch Ausbau der Ställe, ausreichenden Platz sowie genügend Bewegungsmöglichkeiten. Anbindehaltung für Milchkühe, Spaltenböden für Schweine und Käfighaltung von Geflügel sind damit nicht vereinbar.
- endlich tierschutzgerechte Rahmenbedingungen für Zucht, Haltung und Mast von Kaninchen
- ein Verbot von Akkordarbeit und Dumpinglöhnen in Schlachthöfen
- das Verbot des Schlachtens und chirurgische Manipulationen an Tieren ohne wirksame Betäubung und insbesondere die Abschaffung



der betäubungslosen Kastration von männlichen Ferkeln

■ das Stoppen von langen Schlachtiertransporten, die nicht selten durch ganz Europa und darüber hinaus gehen. Tiere sind grundsätzlich am nächstgelegenen Schlachthof zu schlachten.

■ das Verbot von Tierversuchen für Inhaltsstoffe von Kosmetika und für die Tabakindustrie sowie für Stoffe, die bereits bewährt und getestet sind

■ eine tierversuchsfreie Ausbildung an den bayerischen Unis

■ eine Kennzeichnungspflicht auch für Flüssig- und Eiprodukte bezüglich ihrer Herkunft,

■ das Verbot der Einfuhr und des Handels von Wildtieren aus aller Welt – nicht nur für in der EU gefangene Wildvögel

■ das Verbot der Haltung von Wildtieren im Zirkus

■ ein Verbandsklagerecht für Tierschutzorganisationen

■ das Verbot, einzelne Hunde auf unbewohnten Grundstücken zu halten

■ das Verbot des Schenkelbrandes bei Pferden

■ klare Regelungen zum Verbot von Qualzuchten

■ die Aufnahme einer rechtlich verbindlichen Schonzeit für den Rotfuchs, die vom 1. Januar bis zum 30. September reicht, in die jeweiligen Jagdzeitenverordnungen

■ die Beteiligung von Bund und Ländern an den Kosten für kommunale Tierheime

## **Impressum**

DIE LINKE.Bayern

Schwanthalerstraße 91

80336 München

Telefon: 089/51 08 60 92

Fax: 089/51 08 60 93

E-Mail: [info@die-linke-bayern.de](mailto:info@die-linke-bayern.de)

**[www.die-linke-bayern.de](http://www.die-linke-bayern.de)**

V.i.S.d.P. XXXXXXXXXXXX

## Ich mache aktiv im Wahlkampf mit!

Ja, ich möchte im Bundestagswahlkampf aktiv werden und meine Ideen, mein Engagement und mein Wissen einbringen. Bitte haltet mich über die weiteren Pläne auf dem Laufenden und informiert mich über konkrete Wahlkampfaktivitäten!

---

Name, Vorname

---

Geburtsdatum

---

PLZ, Ort

---

Straße, Nr.

---

Telefon

---

E-Mail-Adresse

Ich bin Mitglied der LINKEN  Ja  Nein  Ich möchte Mitglied werden

---

Ich bin Mitglied in folgender/folgendem Verband, Gewerkschaft, Verein, Initiative und möchte dort für DIE LINKE werben. (mehrere Angaben möglich)

**Im Wahlkampf möchte ich ...** (mehrfaches Ankreuzen möglich)

- |   |   |
|---|---|
| <input type="checkbox"/> bei Infoständen mitmachen.       | <input type="checkbox"/> Material in Briefkästen verteilen. |
| <input type="checkbox"/> beim Plakate aufhängen helfen.   | <input type="checkbox"/> Flugblätter/Zeitungen verteilen.   |
| <input type="checkbox"/> Veranstaltungen mit vorbereiten. | <input type="checkbox"/> durch eine Spende unterstützen.    |

Folgendes machen: \_\_\_\_\_

**Zum Zeitungen/Material verteilen in meinem Umfeld, bestelle ich**

100 Stück  200 Stück  500 Stück  mehr \_\_\_\_\_

Die Angaben werden von der Partei DIE LINKE in der Bundesgeschäftsstelle der Partei DIE LINKE und ihren Gliederungen entsprechend den Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes (BDSG) gespeichert, verarbeitet, übermittelt, aufbewahrt und nur zum Zweck der Wahlwerbung für diese und weitere Wahlen bis zum Widerruf dieser Einwilligung verwendet.

---

Ort, Datum, Unterschrift

Das Formular bitte ausgefüllt und unterschrieben per Post an DIE LINKE, Wahlquartier, Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin, Kennwort **»Linksaktiv 2013«** oder per Fax an 030/24 00 94 80 senden. Rückfragen per E-Mail über linksaktiv2013@die-linke.de oder telefonisch unter 030/24 00 91 11. **www.linksaktiv2013.de**

[www.die-linke-bayern.de](http://www.die-linke-bayern.de)